



Marco Dorow / Bundeswehr

Deutsche Puma-Panzer bei Manövern in Litauen, Dezember 2023. Die Bundeswehr will „Hunderte“ dorthin schicken, aber wird sie die Soldaten dafür haben?

Für Arbeitermobilisierungen gegen Krieg gegen Russland und China

Der deutsche Imperialismus auf dem Kriegspfad

Werktätige, Immigranten im Visier: Unser Feind sind die Herrschenden hier

In seiner ersten Regierungserklärung nach seinem Amtsantritt, am 14. Mai versprach, bzw. drohte, der neue Bundeskanzler Friedrich Merz, die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ zu machen. Noch vor der Einberufung des neu gewählten Bundestags hatte er vom scheidenden Parlament eine Verfassungsänderung durchgesetzt, um die unbegrenzte Erhöhung der Militärausgaben zu ermöglichen. Diese werden 2026 bereits 108 Milliarden Euro erreichen, eine Steigerung von 25 % gegenüber dem Vorjahr. Und die Vorbereitungen für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland in 2026 sind bereits in vollem Gange. Flugzeit nach Moskau: 6 Minuten. In den Medien als „Abschreckungsmittel“ verkauft, handelt es sich um eine enorme Eskalation der nuklearen Bedrohung gegen Russland.

In derselben Erklärung wettete Merz gegen eine „verschärfte Sicherheitslage“, der mit verstärkter Polizeigewalt begegnet werde („Sicherheitsbehörden gezielt stärken und besser ausrüsten“), und dass „mit aller Entschlossenheit“ gegen „Feinde unserer Demokratie“ vorgegangen werde. Er würde „dem unerträglichen Antisemitismus, der in alten und neuen Formen auf deutschen Straßen und im deutschen öffentlichen Leben wieder auftaucht, den Kampf ansagen“ – d. h. mehr Re-

pression gegen pro-palästinensische Proteste, Fortsetzung der militärischen Unterstützung von Israel und natürlich kein Wort über den Völkermord, begangen von den Zionisten (mit Munition und Bombern aus den USA). Des weiteren, gesteigerte europäische Intervention in der Ukraine, wo „die Friedensordnung unseres ganzen Kontinents auf dem Spiel“ stehen soll.

Das Ganze ist eine Kampfansage an Russland, das im Koalitionsvertrag für die Regierung der Christdemokraten und Sozialdemokraten als Hauptfeind erklärt ist: „Die größte und direkteste Bedrohung geht dabei von Russland aus“. Falsch. Die größte Gefahr geht von schießwütigen, kriegstreiberischen Machthabern in Berlin, Paris und London aus, die versuchen, die Kriegshysterie anzustacheln. Jeden Tag bekommen wir „Nachrichten“, dass Russland demnächst Deutschland angreifen werde. Drohnen (aus Holz) in Polen, Drohnen in Dänemark, russischer Überflug vom Luftraum Estlands (im Baltischen Meer), russische „Desinformation“ die umfassend unterdrückt werden muss. Diskussionsthema beim NATO-HQ in Brüssel: soll man russische Kampfflugzeuge abschießen? Im Ernst. Sonst marschiert Putin übermorgen in Berlin ein. Verrückt.

Die CDU/CSU/SPD-Regierungserklärung verspricht „Wohlstand für alle“. Noch mehr Wahnsinn. Ende 2025 steigt das Staatsdefizit aufgrund der Rüstungsausgaben in die Höhe, die Metall- und Chemieindustrie stecken in der Krise, die Entlassungen in diesen Sektoren dauern an, und Renten und Arbeitslosengeld stehen unter Beschuss. Die Arbeitslosigkeit erreichte im August mit rund 3,025 Millionen den höchsten Stand seit 15 Jahren. Volkswagen schließt zum ersten Mal seit 88 Jahren ein Werk in Deutschland. Reales Bruttoinlandsprodukt (preis- und saisonbereinigt): 2023: -0,27 %; 2024: -0,5 %; 2025: 0,0 %. Fazit: Stagnation. Grund: Vor allem die hohen Energiepreise, als Konsequenz der Abschaffung günstigen russischen Erdgases aufgrund von Sanktionen, was zu Massenentlassungen und Werksschließungen geführt hat. Immer wieder spricht Merz von einem (mythischen) russischen Überfall auf Deutschland oder NATO-Gebiet. „Wir würden russische Angriffe erwidern“ sagte er neulich (*Die Welt*, 17. Dezember 2025).¹ Unter dem unaufhörlichen Propagandafeuer ist es der Regierung gelungen, 49 % der

¹ Dem Bundesnachrichtendienst wird die „operative Anschlussbefugnis“ für „präventive“ Sabotageakte in einem nicht erklärten Krieg gegen Russland erteilt, „wenn geeignete polizeiliche oder militärische Hilfe nicht rechtzeitig erlangt werden kann oder die Maßnahme im Hoheitsgebiet eines fremden Staates durchgeführt werden soll“, d. h. auch innerhalb Deutschlands (<https://www.tagesschau.de>, „Spionage, Sabotage – brisanter Entwurf zum BND-Gesetz“, 18. Dezember 2025). Die NATO führt bereits von Estland aus einen Cyberkrieg gegen Russland (*Die Welt*, 19. Dezember).

deutschen Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Russland eine Bedrohung darstellt, laut einer YouGov-Umfrage für die Deutsche Presse-Agentur (20. Juli 2025). Dagegen glaubten jedoch 44 % der Befragten, dass Moskau eine geringe oder überhaupt keine Gefahr darstelle. Trotz allem Gerede über die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands, ist festzustellen, dass weiterhin *keine* Kriegsbegeisterung und Opferbereitschaft herrschen.

Dieser Quatsch kann jedoch schwerwiegende Folgen haben. Als Mitte September berichtet wurde, dass russische Kampfflugzeuge in der Nähe von Estlands Vaindloo-Insel² flogen, startete der italienische Kommandant F-35-Kampfflugzeuge, die in Quick Reaction Alert-Bereitschaft standen, um die russischen Mig-31 Jets abzufangen. Die Sprecherin der NATO warf Russland Rücksichtslosigkeit vor. Ganz im Gegenteil, die Reaktion der westlichen Militärallianz war leichtsinniges Spiel mit dem Atomkrieg. Und da die europäischen NATO-Staaten selbst mit ihrer geplanten Aufrüstung nicht in der Lage sein werden, einen direkten Krieg gegen Russland zu führen, weist dies auf das Haupt-Angriffsziel dieser Militarisierung hin: die eigene Bevölkerung; die Panzer werden in Deutschland und der EU zum Einsatz kommen.

weiter auf Seite 14

² Die Insel (eine von über 2000, die Estland in der Ostsee hat) liegt in der Mitte vom Finnischen Meerbusen, auf direkter Flugstrecke von Sankt Petersburg, und hat eine Flächengröße von 0,064 km². Zum Vergleich: der Volkspark Friedrichshain in Berlin, mit einem halben Quadratkilometer Fläche, ist mehr als achtmal größer.

Verteidigt Venezuela gegen die imperialistischen Piraten der USA 3
„Waffenstillstand“ in Gaza: Es gibt keinen Frieden. 5
Trumps Polizeistaat abbrechen. 9-13

Leben in einer „Panzerrepublik“ 16
Europäische Hafenarbeiter rufen zu Streiks auf, um Waffenlieferungen zu stoppen. 18
Massenstreik für Gaza bringt Italien zum Stillstand 19

Von Red Media und Rote Hilfe bis...?

„Debanking“ der Linken: Kriegstreiber-Hexenjagd

Schluss mit der imperialistischen Sanktionsdiktatur und der finanziellen Strangulierung von linken Organisationen und Journalisten!

Mit der Kündigung der Geschäftskonten der Roten Hilfe durch die GLS Bank und die Sparkasse Göttingen kurz vor Jahresende geht der Angriff gegen linke Gruppen sowie missliebige Journalisten und Blogger, allgemein gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und demokratische Rechte, in der BRD und EU in eine weitere finstere Runde. Im Fall der Roten Hilfe wurde vermutet, dass der Angriff seinen Auslöser in den USA haben könnte (*taz*, 23. Dezember 2025), wo mit Wirkung zum 20. November die „Antifa Ost“ zusammen mit einer italienischen und zwei griechischen Gruppen vom US-Außenministerium als Foreign Terrorist Organizations [FTOs, ausländische terroristische Vereinigungen] erklärt wurden (und wo Trump zuvor „Antifa“ generell als „Terroristen“ geschmäht hatte). Es ist klar, dass die Rote Hilfe in ihrer Funktion als legale Verteidigungsorganisation in ihrer Arbeit existentiell angewiesen ist auf Geschäftskonten, z. B. für den Empfang von Spendenzahlungen und für Zahlungen an Anwälte und Mitarbeiter.

Bereits vor knapp zwei Wochen war bekannt geworden, dass die GLS Bank der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) die Konten zum Jahresende gekündigt hat, mit lapidarem Verweis auf die Geschäftsbedingungen als „Begründung“. Zuvor, im September, hatte die GLS Bank die DKP angeschrieben und sich für Eingänge von Spendenzahlungen auf DKP-Konten für Kuba-Solidaritätsprojekte interessiert, insbesondere, ob die Spenden an staatliche Einrichtungen Kubas gingen, und wie das Geld dorthin gelange (*junge Welt*, 11. Dezember 2025). Ein direkter Zusammenhang mit dem US-imperialistischen Kreuzzug scheint wahrscheinlich.

Das „Debanking“ von linken Organisationen hatte im Juni 2025 auch schon den Geschäftsführer Wolfgang Zimmermann der sich als trotzkistisch bezeichnenden SGP (Sozialistische Gleichheitspartei, WSW) und deren Mehring Verlag getroffen, denen Privatkonto bzw. Verlagskonto für gegen Ende Juli ohne Begründung gekündigt wurden, in diesem Fall durch die Postbank. Im Falle der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und der Kündigung der Konten (bei der Commerzbank) einiger ihrer führenden Genossen, verhandelt vor dem Landgericht Essen im April 2022, standen die Kündigungen anscheinend in Zusammenhang mit verdeckten Ermittlungen des Bundesamts für Verfassungsschutz gegen den ML-



Rote Hilfe Infostand in Hanover, 1. Mai 2013.

PD-Vorsitzenden Stefan Engel.¹

Dies sind direkte Angriffe auf die Organisationen der Arbeiterbewegung, und auf das Meinungsrecht überhaupt, die dringend von allen Verteidigern der Bürgerrechte zurückgeschlagen werden müssen!

Der bürokratisch-technokratische Entzug von essentiellen Bürgerrechten hat seit dem US/NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine mit dem Sanktionsregime der EU noch eine neue Dimension angenommen. Seine im Schnitt alle neun bis zehn Wochen upgegradeten Sanktionspakete „gegen Russland“ zielen vermehrt auf den Entzug der finanziellen Existenz- und damit Lebensgrundlagen von missliebigen Einzelpersonen.

Während die EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen sich anfangs vor allem gegen russische Oligarchen gerichtet haben, betreffen sie jetzt auch prominent den deutschen Linken Hüseyin Doğu und seine lange Zeit für die palästinensische Solidaritätsbewegung zentrale Plattform Red Media, sowie die jetzt in Russland lebenden deutschen Journalisten Alina Lipp und Thomas Röper. Das vielleicht prominenteste Opfer der Sanktionswut der EU-Bürokraten ist Jacques Baud, ein ehemaliger Schweizer Oberst und Mitarbeiter der NATO und der UNO, der die Lüge vom angeblich „völlig unprovokierten russischen Angriffskrieg“ aufgedeckt und ausführlich über ukrainische Faschisten geschrieben hat.

Wie die Opfer berichten, wurden sie von den Sanktionen ohne Vorwarnung, Anhörung oder Anklage mit ordentlichem Verfahren direkt getroffen, was mehrfach schon mit

¹ In der Begründung der Abweisung von Engels Klage gegen die Kündigungen wurden Banken von der Einhaltung von Artikel 3 des Grundgesetzes (Diskriminierungsverbot) frei gesprochen (<https://mlpd.de/2022/04/prozess-von-stefan-engel-mlpd-gegen-commerzbank-das-urteil-ist-ein-freibrief-fuer-bankenwillkuer>).

„kafkaesk“ beschrieben wurde. Das „Urteil“ ohne Verfahren wird mit den neuen Sanktionslisten der EU direkt veröffentlicht und die Vollstreckung wird weitgehend automatisiert ausgeführt.² Die Konten der Sanktionierten werden gesperrt, und es ist ihnen bei Strafe untersagt, die Sanktionen zu umgehen durch z. B. Entgegennahme von wirtschaftlichen oder finanziellen oder sonstigen Lebensunterhalt unterstützenden Maßnahmen.

Wer sie in diesem Sinne unterstützt, macht sich ebenso strafbar. Die Sanktionen werden teilweise (im Falle Doğrus) auch auf Familienmitglieder ausgeweitet. Sie erhalten Arbeits- und Reiseverbot in der EU. Doğu berichtet,³ Ausgaben über dem von den Bürokraten genehmigten Maximum, in seinem Fall lächerliche 506 Euro monatlich, sind ihm verboten und dürfen auch nicht von anderen Personen übernommen werden. Einspruch gegen die selbst anzufordernden „Urteilsbegründungen“ oder auch nur Anträge auf Milderungen bzw. einzelne Freigaben für notwendige Zahlungen sind ein bürokratischer Hürdenlauf. Bis zu einem Verfahren oder einer Entscheidung können Monate oder Jahre ohne positives Ergebnis vergehen. Um sich in diesem juristischen Niemandsland zurecht zu finden, und eine Verteidigung aufzubauen, benötigt es Geld, über das sie nicht mehr verfügen können.

Was diese Sanktionierten trotz aller unterschiedlichen politischen Orientierung und Stellung in den Augen ihrer Verfolger vereint: Sie sind den Kriegstreibern in die Quere gekommen, weil sie deren falsche Narrative und regelrechten Lügen vielfach medienwirksam entlarvten. Der schwammige Kampfbegriff der EU-Herrscher gegen solche Informationsquellen lautet vor allem: Kampf gegen „Desinformation“. Letzterer kann gegen alles und jeden angewendet werden. Die Beschuldigungen

² Alle Unternehmen sind verpflichtet, Sanktionslisten zu beachten. (<https://www.bex.ag/blog/sanktionslistenpruefung-pflicht/>). Ihre Unternehmens-Softwaresysteme importieren deshalb regelmäßig automatisch alle neuen Sanktionslisten.

³ Interview mit Hüseyin Doğu auf *Neutrality Studies*, „Death By Sanctions“, 22.12.25 (<https://youtu.be/7LeNcOJz6J4>)



kommen meist in Form von einfachen Behauptungen ohne Beweise, als direkt falsche Behauptungen⁴ oder als falsche Schlussfolgerungen mit absurden Begründungen. So hat sich Doğu gegen Russlands Krieg in der Ukraine ausgesprochen aber sich meistens mit dem Krieg Israels gegen die Palästinenser befasst, dann wurde ihm pro-russische Propaganda vorgeworfen.⁵ Ebenso Baud, dessen fundierte Nachweise beweislos als Desinformation abgetan und dann als „attribuierbar zu Russland“⁶ kategorisiert wurden.

Als Vorbereitung der Sanktionierung findet eine konzertierte Medien-Kampagne – eine „orchestrierte Repression“ (Red Media) statt. Neuestes Gewächs solcher finsternen Medienpropaganda kommt aus den Geschützrohren der *taz* vom 19. Dezember, mit dem Artikel von Nicholas Potter (der schon den Angriff auf Doğu und Red Media angeführt hatte) und seinem Angriff gegen den links-alternativen Eventraum-Betreiber bUm wegen eines Events, zu dem auch Doğu eingeladen war. Potters Titel: „Eine Bühne für Terrorverstärker“, ist aus der Rhetorik der anti-russischen Kampagne entlehnt.

Mit dem antisemitischen Bondi-Attentat in Australien rollt bereits die nächste Welle der Repression gegen Linke und Palästinasolidarität an, indem das Massaker nun als Folge der Palästina-Proteste dargestellt wird – zum Beispiel der Slogan „Globalize the Intifada“. Inzwischen hat ein Berliner Gericht das Verbot von „From the River to the Sea“ bestätigt (18. Dezember 2025).

Die finsternen und (bis zu lebens-) bedrohlichen Angriffe gegen Personen, Meinungsfreiheit und demokratische Rechte allgemein und linke Organisationen im Besonderen, sowie die verleumderische Hetzpropaganda sind allesamt zurückzuschlagen durch die Macht der Arbeiterklasse, deren gewerkschaftliche Organisationen als nächstes auf dem Streich-Menü der Imperialisten stehen würden. *Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Wiedereinsetzung der gekündigten Bankkonten von Rote Hilfe, DKP, MLPD, PSG! Sofortige Aufhebung aller Sanktionen gegen Hüseyin Doğu und alle anderen im Zuge der Russland-Sanktionen sanktionierten Personen! Nieder mit dem kriegstreiberischen, imperialistischen internationalen Sanktionsregime insgesamt! ■*

⁴ So wird Hüseyin Doğu als türkischer Nationalität angehörig ausgegeben, obwohl er in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, dort lebt und (bis zu seiner Sanktionierung) gearbeitet hat und (nur) die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

⁵ „Das Ende von red.media – Berichte über palästinensische Proteste sind jetzt, russische Desinformation“, *NachDenkseiten*, 23. Mai 2025.

⁶ Siehe Interview mit Jacques Baud: <https://youtu.be/CNWKPJSYumA&t=16m33s>

Permanente Revolution

Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche
Sektion der Liga für die Vierte Internationale

Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale,
Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA
Email: internationalistgroup@msn.com

Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg
Email: permanenterrevolution@posteo.de

Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church
Street Station, New York, NY 10008, USA.

Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York,
USA

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Nr. 8

Winter 2025 / 2026

Erklärung der Liga für die Vierte Internationale

Verteidigt Venezuela!

Freiheit für Nicolás Maduro!

Für Arbeitermobilisierung gegen die Yankee-Piraten und ihre Marionetten!

3. JANUAR 2026 – In den frühen Morgenstunden heute, den 3. Januar, griffen die USA Venezuela an, bombardierten die Hauptstadt Caracas, diverse andere Städte und militärische Einrichtungen und kidnaptten Venezuelas Präsident Nicolás Maduro und seine Ehefrau, Cilia Flores. Venezolanische Behörden verlangen Beweise, dass Maduro am Leben ist. Dieser arrogante Akt imperialistischer Yankee-Herrschaft stellt eine Bedrohung dar nicht nur für die Werktätigen und die gesamte Bevölkerung von Venezuela, sondern für ganz Lateinamerika und alle unterdrückten Völker der Welt. Er stellt auch eine Bedrohung dar für die Werktätigen und Verteidiger demokratischer Rechte in den Vereinigten Staaten und ist ein weiterer Ausdruck von Donald Trumps sich entfaltendem Polizeistaatsregime und dessen Krieg gegen Immigranten, mit dem Einsatz maskierter paramilitärischer Einheiten, die in den Straßen marodieren.

Obwohl die Trump-Regierung eine Menge falscher Behauptungen über Drogenschmuggel aufgestellt hat, ist es klar, dass die Offensive gegen Venezuela darauf abzielt, die Kontrolle über die riesigen Ölreserven der Bolivarischen Republik zu übernehmen, die größten der Welt, und den Weg für einen konterrevolutionären Angriff auf Kuba vorzubereiten. Für den Moment scheint die Bolivarische Regierung die Kontrolle in Venezuela zu haben, aber ein Versuch der Marionetten des US-Imperialismus, die

Macht zu übernehmen oder einen militärischen Staatsstreich zu provozieren, ist jederzeit möglich. Während revolutionäre Marxisten die venezolanische Regierung (die nicht sozialistisch, sondern bürgerlich-nationalistisch ist) politisch nicht unterstützen, liegt die Verteidigung Venezuelas und die Zerschlagung der imperialistischen Yankee-Aggression im vitalen Interesse der Arbeiter und Unterdrückten weltweit.

Es ist dringend, dass die Arbeiter und die verarmte Bevölkerung Venezuelas gegen die Yankee-Piraten und ihre Marionetten mobilisieren und dabei gleichzeitig für die Errichtung ihrer eigenen Macht mit einer Arbeiter- und Bauernregierung kämpfen und für sozialistische Revolution in Venezuela, Kolumbien, Ecuador und der gesamten Hemisphäre.

Die Liga für die Vierte Internationale ruft international auf für die volle Mobilisierung unserer Unterstützer und Sympathisanten um zu fordern:

*Verteidigt Venezuela!
Freiheit für Nicolás Maduro!
Für Arbeitermobilisierungen gegen die Yankee-Piraten und ihre Marionetten!
USA: Hände weg von Venezuelas Öl!
Die Verteidigung Kubas beginnt in Venezuela!*

Liga für die Vierte Internationale
3. Januar 2026



Internationalisten bei der Demonstration „No War on Venezuela“ in New York City am 22. November 2025.

Mobilisiert gegen die imperialistische Bedrohung Venezuelas durch die USA!

13. OKTOBER 2025 – Am 2. September gab Donald Trump bekannt, dass er persönlich einen US-Militärschlag gegen ein Boot in der Karibik angeordnet habe, bei dem elf Menschen an Bord getötet wurden, die er als „Drogenterroristen“ bezeichnete. In den folgenden Wochen, als die USA Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge in die Region verlegten, wurden drei weitere Boote angegriffen, wodurch sich die Zahl der auf hoher See ermordeten Menschen verdoppelte. Unterdessen setzte der Oberbefehlshaber des mörderischen US-Imperialismus ein Kopfgeld von 50 Millionen Dollar auf den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro aus. Und am 1. Oktober teilte Trump dem US-Kongress mit, dass sich die USA in einem „bewaffneten Konflikt“ mit Drogenkartellen befänden. In Wirklichkeit sind die Terroristen, die in der Karibik ihr Unwesen treiben, die US-Marine und die US-Luftwaffe, und sie bedrohen ganz Lateinamerika.

Schon bevor Trump am 20. Januar sein Amt antrat, war klar, dass Venezuela im Fadenkreuz der neuen Regierung stehen würde, so wie es auch unter den Demokraten Biden und Obama der Fall war. Dies hat nichts mit Trumps vorgeschobener Begründung zu tun, der absurden Behauptung, dass die Vereinigten Staaten angeblich einer militärischen Invasion durch Venezuela über die Trende-Aragua-Bande ausgesetzt seien, von der selbst der US-amerikanische Nationale Geheimdienst erklärt hat, dass sie nichts mit der venezolanischen Regierung zu tun hat (die sie sogar bekämpft). Als diese Fiktion nicht funktionierte, belebte Trump den mythischen Cartel de los Soles wieder, eine Erfindung der Rechten, um das venezolanische

Militär als „Drogenhändler“ zu brandmarken.

Seit Jahrzehnten versucht der US-Imperialismus, das populistisch-nationalistische Regime in Venezuela zu stürzen und Marionetten zu installieren, die bedingungslose Lakaien der jeweiligen Regierung in Washington wären. Ein Grund dafür ist natürlich, dass Venezuela über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt verfügt. Seit dem ersten Golfkrieg 1991 haben die US-Herrscher wiederholt Kriege geführt, um weiter die Hand am Ölhahn zu halten, selbst wenn – wie im Fall des Irak – nur sehr wenig von diesem Öl in die USA importiert wird. Sie wollen den Ölfluss kontrollieren, um ihre imperialistischen „Verbündeten“ in Schach zu halten.

Noch wichtiger ist, dass die US-Herrscher Venezuela als Sprungbrett für den Sturz des Arbeiterstaates in Kuba nutzen wollen, der zwar bürokratisch deformiert ist, aber dennoch ein Dorn im Auge des Yankee-Imperialismus ist. Seit 1960 versucht Washington (erfolglos), die kubanische Revolution zu zerstören. Im Juli 2021 wurden Proteste über die Versorgungsengpässe in Kuba von *Gusano*-Agenten (kubanische Exil-Konterrevolutionäre) der USA angezettelt, manipuliert und ausgenutzt. Die Liga für die Vierte Internationale rief damals, wie wir es seit unserer Gründung tun, dazu



Eine Einheit der Bolivarischen Miliz, einer freiwilligen militärischen Hilfsgruppe mit über einer Million Mitgliedern, während einer Mobilisierung am 20. September als Reaktion auf militärische Drohungen der USA. Es sollten Arbeiterbrigaden gebildet werden, um jeden Versuch der Imperialisten und ihrer Handlanger, die Macht in Venezuela zu ergreifen, zu bekämpfen.

auf, Kuba bedingungslos gegen imperialistische Drohungen, Erpressung und Angriffe sowie gegen Konterrevolution von innerhalb Kubas zu verteidigen.

Wir rufen auch dazu auf, Venezuela gegen imperialistische Angriffe und Drohungen sowie gegen die von den USA unterstützte innenpolitische Opposition zu verteidigen. Wir tun dies, ohne der Regierung von Nicolás Maduro und seinem Vorgänger Hugo Chávez sowie ihrem „bolivarischen“ Regime

politische Unterstützung zu gewähren. Trotz ihrer Beliebtheit bei vielen Linken und ihrer gelegentlichen „sozialistischen“ Rhetorik sind sie bürgerliche Nationalisten. Venezuela ist ein kapitalistischer Staat, der eine mit dem Regime verbundene bürgerliche Schicht hervorgebracht hat – die viele ehemalige Anhänger von Chávez, die von Maduro enttäuscht sind, als „Boli-Bourgeoisie“ bezeichnen. Aber mit dem *Gusano* US-Außenminister Marco Rubio als Vorreiter ist Washington



Das Special Operations Command der US-Luftwaffe übt während Militärübungen im August 2025 auf den US-amerikanischen Jungferninseln die Eroberung eines Flughafens durch Fallschirmjäger.

fest entschlossen, in Caracas ein Marionettenregime zu installieren.

Die USA haben seit 2002 wiederholt Putschversuche gegen das populistische Regime in Venezuela unternommen. Der irische Dokumentarfilm *The Revolution Will Not Be Televised* aus dem Jahr 2003 schildert dies sehr eindrücklich. Nun gibt sogar die *New York Times*, das Sprachrohr des US-Imperialismus, zu, dass das Ziel des aktuellen militärischen Aufbaus in der Karibik darin besteht, einen sogenannten „Regimewechsel“ in Venezuela durchzuführen, genau wie die USA es 2003 im Irak getan haben. Die USA haben eine Armada von vier Lenkwaffenträgern vor der Küste Puerto Ricos und zehn F-35-„Tarnkappen“-Kampfflugzeuge in Puerto Rico stationiert, die gleiche Art von Kampfflugzeugen, mit denen Israel im Juni den Iran angegriffen hat. Und das Air Force Special Operations Command hat gerade auf den US-amerikanischen Jungferninseln eine Übung durchgeführt, in der Fallschirmjäger einen Flughafen eingenommen haben.

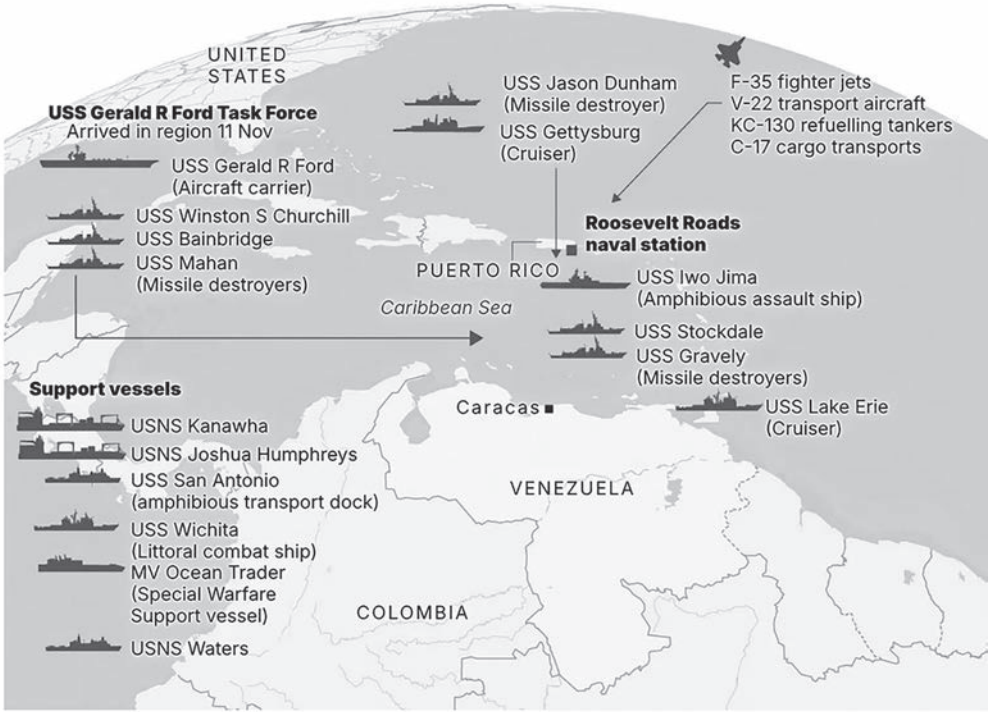
Diese Art von Hardware und diese Art von Training sind nutzlos, um mutmaßliche Drogen schmuggelnde Schnellboote anzugreifen. Sie dienen dazu, Venezuela direkt anzugreifen. In dieser Zeit müssen sich die Werktätigen darauf vorbereiten, jeden imperialistischen Angriff und jede Provokation durch ihre lokalen Marionetten zurückzuschlagen. Eine kleine Protestaktion linker Gruppen in Venezuela, um sich verbal von Trump & Co. zu distanzieren, reicht nicht aus. Die Gewerkschaften und alle Arbeiterorganisationen in Venezuela müssen sich darauf vorbereiten, das halbkoloniale Land militärisch gegen die Imperialisten zu verteidigen, sonst würden sie zu Recht als Verräter an der Sache des Proletariats betrachtet werden. Gegen imperialistische Angriffe darf es keine Neutralität geben. Es sollte dazu aufgerufen werden, Arbeiterbrigaden zu bilden und sie zu bewaffnen, um jeden Versuch eines Staatsstreichs, einer Invasion oder eines von den USA unterstützten „Aufstands“ zu vereiteln.

Um es klar zu sagen: Die sogenannte „demokratische Opposition“ in Venezuela ist nichts anderes als eine Marionette des Imperialismus. María Corina Machado, die gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, steht seit 2002 auf der Gehaltsliste der USA, wobei ihre Wahlbeobachtungsorganisationen direkt von der CIA-nahen Organisation National Endowment for Democracy finanziert werden. Der Kandidat, den sie bei den Wahlen im letzten Jahr aufgestellt hat, Edmundo González Urrutia, fungierte in den 1980er Jahren als Geldbote, der Yankee-Dollars an die salvadorianischen Todesschwadronen und andere reaktionäre paramilitärische Gruppen in Mittelamerika weiterleitete, als er Diplomat in El Salvador war, wie aus freigegebenen, ehemals geheimen CIA-Dokumenten hervorgeht.

Während sie die imperialistische Bedrohung militant bekämpfen, lehnen revolutionäre Marxisten Maduros derzeitige Bemühungen ab, die Gewerkschaften durch eine direkt vom Staat kontrollierte „neue Bewegung der Arbeiter“ zu ersetzen. In ähnlicher Weise haben wir uns im Jahr 2000 gegen den Versuch von Hugo Chávez gewehrt, die angebliche „Gewerkschaftsdiktatur“ zu beenden. Wir tun dies jedoch im Kampf für eine revolutionäre proletarische Führung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt, gegen alle Flügel der kapitalistischen Herrscher und jene Pseudolinken, die sich immer wieder mit den lokalen Agenten des Imperialismus einlassen. Es ist notwendig, eine wirklich leninistisch-trozkistische kommunistische Partei in Venezuela aufzubauen, um für eine Arbeiter- und Bauernregierung und internationale sozialistische Revolution zu kämpfen.

Die derzeitige Regierung in Washington bekräftigt mit aller Macht die Monroe-Doktrin, im Stile von Marco Rubio, die die ungebremste Plünderung Lateinamerikas durch die Yankees vorsieht. In Mexiko müssen Linke und klassenbewusste Arbeiter Venezuela verteidigen und fordern, dass

US Naval build-up in the Caribbean



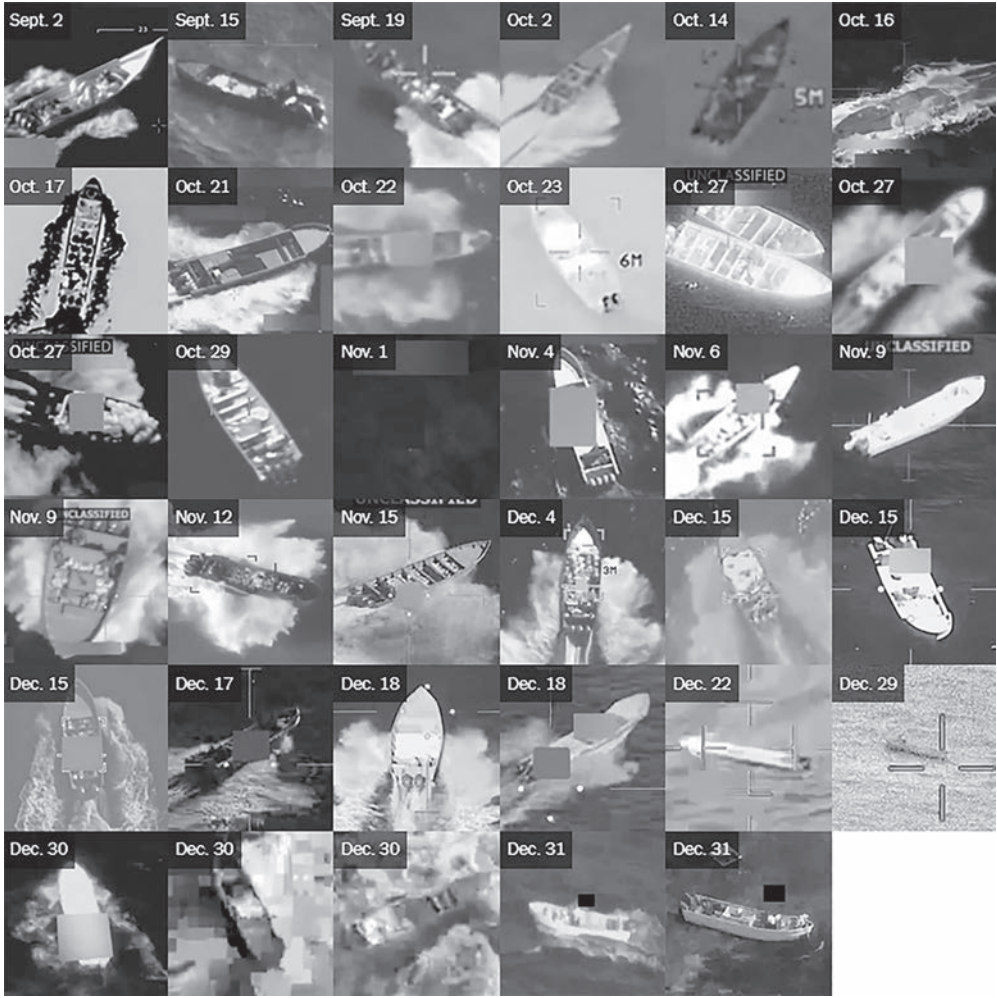
Aufbau der US-Marinepräsenz in der Karibik, Stand: 25. November 2025. Mehr als ein Viertel der gesamten US-Flotte ist vor Venezuela stationiert, um das nationalistische Regime in Caracas und ganz Lateinamerika einzuschüchtern.

alle Agenten des US-Imperialismus (DEA [sogen. Drogenbekämpfungsbehörde], CIA, ICE [notorische Immigrations- und Zollpolizei/-behörde], Militär usw.) aus dem Land vertrieben werden – insbesondere angesichts der Drohungen, im sogenannten „Krieg gegen Drogen“ US-Militärgewalt einzusetzen, der in Wirklichkeit ein Krieg gegen die Armen und zur Aufrechterhaltung der halbkolonialen Herrschaft der USA in ihrem „Hinterhof“ ist.

In den Vereinigten Staaten sollten die Arbeiter dazu mobilisieren, Trumps Terrorkrieg gegen die Völker Lateinamerikas und gegen die Werktätigen „zu Hause“ zu zerschlagen. Wir streben den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei gegen alle Flügel der imperialistischen herrschenden Klasse an und prangern die Demokraten an, die mit ihrer arbeiterfeindlichen Politik und ihrem imperialistischen Kriegstreiben im Stil des Kalten Krieges wiederholt den Weg für Trump geebnet haben. Wir verteidigen Gaza gegen den gemeinschaftlich verübten Völkermord der USA und Israels und rufen die Arbeiter-

bewegung dazu auf, ihre Macht zu nutzen, um Einwanderer zu verteidigen und die Massenabschiebungen des Trump-Regimes zu verhindern, die als Speerspitze für die Durchsetzung einer bonapartistischen Polizeistaats Herrschaft dienen.

Das Regime des „Großen Knüppels“ in Washington will die Karibik in einen „amerikanischen See“ verwandeln, indem es unter dem Deckmantel der Bekämpfung des „Drogenterrorismus“ Menschen auf hoher See ermordet und lateinamerikanische Nationen von Mexiko bis zum Kap Hoorn mit Füßen tritt. Das ultimative Ziel des imperialistischen Kriegstreibens, das direkt in den Dritten Weltkrieg führt, ist die Durchführung einer Konterrevolution in China und die Zerstückelung Russlands. Verteidigt Venezuela gegen den imperialistischen Angriff und seine Agenten, die zu Recht als *Escuálidos* (Abschaum) bekannt sind! Verteidigt Kuba gegen den Imperialismus seine *Gusano*-Agenten, und gegen Konterrevolution in jedem Gewand. Für die sozialistische Weltrevolution! ■



US-Piraten, raus aus der Karibik! Von September bis Dezember 2025 versenkten Drohnen und Raketen von US-Kriegsschiffen 35 Boote und töteten mindestens 115 Menschen in ihrem vorgetäuschten „Krieg gegen die Drogen“. Jeder dieser Angriffe war Mord ohne irgendwelche Rechtfertigung. Im ersten Fall (2. September, oben links) gab es Überlebende, die um Hilfe winkten. Der für die Operation verantwortliche Admiral ordnete auf Anweisung des US-Kriegsministers Pete Hesgeth einen zweiten Angriff an, um „sie alle zu töten“.



Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro während einer Militärzeremonie am 4. August 2018, bei der ein Attentat auf ihn mit einer Drohne verübt wurde.

Nein zur Kolonialherrschaft der USA und der UNO – Für eine arabisch-hebräische Arbeiterrepublik Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens

„Waffenstillstand“ in Gaza: Es gibt keinen Frieden

Transportarbeiter: Stoppt alle Kriegstransporte nach Israel!

Am 9. Oktober unterzeichneten Vertreter Israels und der Hamas (der Islamischen Widerstandsbewegung) ein Abkommen über einen Waffenstillstand in dem monströsen zweijährigen zionistischen Völkermordkrieg gegen die palästinensische Bevölkerung von Gaza. Das Abkommen wurde am Vortag von Donald Trump auf seiner Social-Media-Plattform bekannt gegeben. Nachdem sie ihre Anweisungen von oben erhalten hatten, unterzeichneten die Unterhändler unter der Aufsicht des persönlichen Gesandten des Präsidenten, Steve Witkoff, und Trumps Schwiegersohn Jared Kushner das kurze (einseitige) Dokument. Als am nächsten Tag die Bomben nicht mehr fielen, jubelten die Menschenmassen in Gaza-Stadt, die 24 Monate lang die Hölle auf Erden durchlebt hatten. Und als 25 israelische Geiseln lebend zurückgebracht wurden, gab es Jubel in Tel Aviv. Aber dies war nur eine Pause im endlosen zionistischen Krieg gegen das palästinensische Volk. Es gibt keinen Frieden.

Der Waffenstillstandsplan sah vor, alle in Gaza festgehaltenen Geiseln unverzüglich freizulassen und 2000 Palästinenser aus israelischen Gefängnissen und Gefangenenlagern zu entlassen, darunter 250 zu lebenslanger Haft verurteilte Häftlinge; außerdem den Rückzug der israelischen Streitkräfte auf eine vereinbarte Linie und die ungehinderte Einfuhr und Verteilung von Hilfs- und Wiederaufbaugütern durch die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen. Die Freilassung der Geiseln, Häftlinge und Gefangenen wurde durchgeführt, aber Israel weigerte sich, mehrere palästinensische Führer freizulassen, und über 9000 Palästinenser werden immer noch als Geiseln festgehalten. Die „gelbe Linie“, auf die sich die israelischen Truppen zurückgezogen haben, lässt ihnen immer noch die Kontrolle über 53 % des Gazastreifens. Und obwohl die Hilfslieferungen begonnen haben, ließ Israel vom 10. bis 31. Oktober durchschnittlich nur 152 Lastwagen pro Tag ein, kaum ein Viertel der vereinbarten Mindestmenge von über 600.

Kurz gesagt, Gaza ist nach wie vor „das größte Freiluftgefängnis der Welt“, aber seine über 2 Millionen Einwohner sind nun auf der Hälfte der Fläche zusammengepfercht, die sie zuvor bewohnten. Darüber hinaus leben mehr als drei Viertel dieser Einwoh-

ner in Zelten, behelfsmäßigen Unterkünften und überfüllten öffentlichen Gebäuden, die als Notunterkünfte dienen. Über 80 % aller Gebäude im Gazastreifen wurden schwer beschädigt oder zerstört, darunter 89 % aller Schulen und 92 % aller Wohngebäude. Weite Teile im Norden und Süden wurden vollständig dem Erdboden gleichgemacht, ohne stehen gebliebene Strukturen.

Dies ist die massivste Zerstörung auf dem gesamten Planeten seit dem Zweiten Weltkrieg. Und wie wir bereits berichtet haben, sind bei diesem Gemetzel über 100 000 Menschen ums Leben gekommen. Dies ist die barbarische Bilanz dessen, was in Wirklichkeit ein Völkermord der USA und Israels in Gaza ist, ein Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk.¹

Dieser Völkermord hat nicht aufgehört. Als Reaktion auf die massive internationale Empörung – insbesondere die mächtigen Massenstreiks für Gaza und die millionenstarken Proteste, die am 22. September und 3. Oktober italienische Häfen, Eisenbahnen und Autobahnen lahmlegten – wurden durch den „Waffenstillstand“ höchstens einige seiner berüchtigtsten Aspekte ausgesetzt, wie Israels tägliche Bombardierung von Wohngebäuden und die monatelange totale Blockade von Lebensmitteln und Versorgungsgütern.² Doch bereits jetzt haben die israelischen Behörden den Grenzübergang Rafah geschlossen, die Menge der Hilfsgüter, die nach Gaza gelangen dürfen, drastisch reduziert und schränken die Lieferanten ein. Am 19. Oktober töteten israelische Luftangriffe mindestens 45 Menschen, und am 28. Oktober töteten israelische Streitkräfte mindestens 104 Menschen, darunter 66 Frauen und Kinder, woraufhin Sprecher des zionistischen Militärs zynisch verkündeten, sie würden den Waffenstillstand „wieder in Kraft setzen“.

Der Waffenstillstand ist nur der erste Schritt in Trumps 20-Punkte-Plan für ein „umfassendes Ende des Gaza-Krieges“. Gemäß dem am 29. September vorgestellten

¹ Siehe „Gaza Genocide Made in USA“, *The Internationalist* Nr. 73, Juni-August 2024.

² Von März bis Mai 2025 sperrte Israel alle Grenzübergänge nach Gaza für mehr als zwei Monate, und selbst nachdem es ab dem 19. Mai begann, einige Lieferungen durchzulassen, blockierte es weiterhin den Norden Gazas, was im August 2025 zur Erklärung einer Hungersnot führte.



AFP

Waffenstillstand? Israelischer Luftangriff in Gaza am 19. Oktober, wenige Tage nach Verkündung der Waffenruhe, bei dem mindestens 45 Menschen getötet wurden. Eine Woche später warf das zionistische Militär Bomben über dem gesamten Gebiet ab und tötete 104 Menschen, zwei Drittel unter ihnen Frauen und Kinder, und erklärte dann zynisch, es würde den Waffenstillstand „erneuern“.

Vorschlag wäre der nächste Schritt die Bildung eines „technokratischen, unpolitischen palästinensischen Komitees“ aus „qualifizierten palästinensischen und internationalen Experten“, das den Gazastreifen unter der Aufsicht eines internationalen „Friedensrats“ unter der Leitung von Donald Trump und unter Einbeziehung des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair regieren soll. Die USA würden in Zusammenarbeit mit „arabischen und internationalen Partnern“ eine „internationale Stabilisierungstruppe“ aufstellen, die die Grenzen zu Israel und Ägypten sichern und mit Hilfe Jordaniens und Ägyptens „geprüfte palästinensische Polizeikräfte“ im Gazastreifen ausbilden würde. Alle Tunnel und Waffenproduktionsstätten würden zerstört und Waffen „stillgelegt“ (unbrauchbar gemacht).

Was von diesem ausgeklügelten Plan (und dem sagemumwobenen „Trump-Wirtschaftsentwicklungsplan“) für ein „neues Gaza“ jemals umgesetzt werden wird, ist fraglich. Die ultra-zionistische Regierung Israels unter Benjamin Netanjahu ist auf die Stimmen offen faschistischer Parteien angewiesen, die entschlossen sind, Gaza und das Westjordanland zu annektieren, dass keiner palästinensischen Regierungsbehörde zustimmen würden.

Die Hamas hingegen hätte weder Interesse an einer vollständigen Entwaffnung oder Zerstörung der Tunnel noch würde sie solchem zustimmen: Der Hauptgrund ihres Daseins ist der bewaffnete Widerstand gegen die israelische Besatzung. Und die arabischen Staaten sind nicht scharf darauf, ihre Soldaten nach Gaza zu schicken, wo sie Ziel von Hinterhalten kampferprobter Kämpfer und Gegenstand von Massenprotesten wären, wenn Israel, wie zu erwarten, lebenswichtige Lieferungen einschränkt oder die Bombardierungen wieder aufnimmt. Das ganze Konstrukt ist eine Trump'sche Fantasie.

Die Vereinigten Staaten streben eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen an, die ihrer Pseudo-Stabilisierungstruppe „robuste Befugnisse“ zur Durchsetzung

der Sicherheit im Gazastreifen einräumt. Es würde sich dabei nicht um eine offizielle „Friedenstruppe“ der Vereinten Nationen handeln, sondern um eine Truppe mit einem „UN-Mandat“, die „mit den gleichen Befugnissen wie die in Haiti gegen bewaffnete Banden vorgehenden internationalen Truppen“ handeln könnte (*Guardian*, 18. Oktober). Die Aufgabe der „Gang Suppression Force“ (Gangbekämpfungseinheit) in Haiti besteht darin, die Polizei und die Armee zu unterstützen, die zwischen April und Juni 2025 fast 1000 Menschen getötet haben, fast dreimal so viele wie von Banden getötete Menschen. Die USA verlangen also einen Blankoscheck, um Trumps Plan mit dem Segen des Völkerrechts (das selbst eine Fiktion ist) als **Grenzschutz für Israel mit der Lizenz zur Ausführung von Massakern** auszustatten. Das ist eine Formel für Kolonialherrschaft, mit Trump als Oberherrn und seinem Speichellecker Tony Blair als Generalgouverneur von Gaza.

Die Palästinenser haben bereits die bittere Erfahrung eines solchen internationalen „Mandats“ unter dem Völkerbund gemacht, das zur Nakba (Katastrophe) von 1948 führte, als Israel den größten Teil Palästinas eroberte und dann im Krieg von 1967 den Rest an sich riss. Verteidiger der Palästinenser und Gegner des Imperialismus sollten sich **gegen jede UN-Resolution wenden, die den Trump-Plan vorschreibt, und jede internationale Truppe ablehnen**, die eine Vasallen-„Regierung“ in Gaza einsetzt. Klassenbewusste Arbeiter sollten **den Kampf für Arbeiteraktionen verstärken, um alle Lieferungen von Militärgütern an Israel zu stoppen**. Die mythische „Zweistaaatlösung“ war schon immer eine Formel für die Vorherrschaft Israels und ist mittlerweile unmöglich: Es gibt bereits einen Staat zwischen dem (Jordan-) Fluss und dem (Mittel-) Meer. In Opposition zum von Natur aus antidemokratischen zionistischen Staat Israel, ruft die Liga für die Vierte Internationale dazu auf (und hat durchgehend dazu aufgerufen), **Gaza zu verteidigen und den Völkermordkrieg der USA und Israels zu zerschlagen** und für einen

Saher Alghorra für die New York Times



Palästinenser im Süden Gazas, die verzweifelt auf Hilfsgüter warten, am 12. Oktober 2025, zwei Tage nach Beginn des Waffenstillstands.

arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens einzutreten.

Der zionistisch-imperialistische Krieg gegen das palästinensische Volk geht weiter

In der gemeinsamen Pressekonferenz zur Bekanntgabe des „Friedensplans“ von Trump erklärte Netanjahu, dass dieser „unsere Kriegsziele erreicht“, einschließlich der „Zerschlagung der militärischen Infrastruktur der Hamas“. Das ist falsch. Auf Befehl des Premierministers führte die IDF (israelische Armee) eine Operation durch, um Gaza-Stadt zu zerstören und die gesamte Bevölkerung von 800 000 Menschen zu vertreiben. Doch am 10. Oktober kehrten die Hunderttausenden, die nach Süden marschierten, um, und eine halbe Million kehrte zurück, um in den Trümmern zu leben. Was die militärische Infrastruktur der Hamas betrifft, so erklärte der hartgesottene IDF-General (im Ruhestand) Giora Eiland, ein Architekt der zionistischen Völkermordkampagne, die Gaza unbewohnbar machen soll, gegenüber NBC News (20. Oktober), dass die Hamas immer noch über bis zu 25 000 Kämpfer verfügt und dass 70-80 % ihres riesigen Tunnelnetzes intakt sind, wobei ein Großteil seiner genauen Lage dem israelischen Militär unbekannt ist.

Die Entwaffnung der Hamas – oder allgemeiner gesagt der bewaffneten Widerstandsgruppen³ – und die Lockung der Kämpfer ins Exil mit dem Versprechen einer „sicheren Durchreise“ ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Zunächst einmal erinnern sie und viele andere sich daran, was geschah, nachdem die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) nach der Belagerung Beiruts durch Israel 1982 aus dem Libanon evakuiert worden war: Tausende Palästinenser und libanesische schiitische Muslime wurden in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila von einer faschistischen libanesischen Miliz in einem von Israel inszenierten Massaker ermordet. Die Hamas mag zwar vorgeben, einige schwerere Waffen abzugeben, die ihr derzeit wenig nützen, aber kein Kämpfer würde auf seine Kalaschnikow verzichten, schon allein aus Gründen der Selbstverteidigung. Der einzige Zweck der Forderung nach Entwaffnung der Widerstandskämpfer im Gazastreifen ist es, einen Vorwand für die Wiederaufnahme eines umfassenden Krieges zu schaffen (der sie ebenso nicht entwaffnen würde).

Während Trump sich als Mann des Friedens präsentiert und verzweifelt den Friedensnobelpreis erhalten möchte,⁴ war eines seiner unmittelbaren Ziele, den zionistischen Staat davor zu bewahren, international geächtet zu werden. „Bibi [Netanjahus Spitzname] ist sehr weit gegangen, und Israel hat weltweit viel Unterstützung verloren. Jetzt werde ich all diese Unterstützung zurückgewinnen“, sagte Trump in einem Interview (*Axios*, 4. Oktober). Im Grunde genommen forderte Trump Netanjahu auf, den Sieg zu erklären und dann weiterzugehen, was der israelische Premierminister auch tat. Nicht ohne ein gewisses Unbehagen, als der US-Präsident dem massenmordenden israelischen Führer ein Telefon im Weißen Haus reichte und ihn eine vorformulierte Entschuldigung an den Premierminister von Katar vorlesen ließ, weil er versucht hatte, die Hamas-Unterhändler durch einen israelischen

Luftangriff auf Katar, Standort einer großen US-Luftwaffenbasis, zu ermorden.

Aber Israel wird niemals das Stigma loswerden können, in Gaza einen nazi-ähnlichen Völkermord begangen zu haben. Es ist die ultimative Logik des Zionismus, das „verheißene“ Land Israel von seinen palästinensischen Bewohnern zu „säubern“, um einen jüdischen Suprematistenstaat zu errichten. Von 1948 bis heute verläuft das in einer geraden Linie. Die israelischen Angreifer auf Gaza bombardierten 2014 und 2021 wahllos Wohnhäuser, nur dass es diesmal in großem Umfang und mit KI-gestützter Zielerfassung geschah. Zu Beginn des aktuellen Krieges sagte der Leiter der israelischen Militärbehörde COGAT (Coordination of Government Activities in the Territories) den Menschen in Gaza: „Dies ist eure Nakba.“ Und selbst nach dem „Waffenstillstand“ zeigt die strenge Beschränkung der Lebensmittelhilfe durch Israel, dass die zionistischen Machthaber ihre Politik der absichtlichen Massenverhungern nicht aufgegeben haben.

Selbst als das industrielle Abschlachten durch Trumps „Waffenstillstand“ unterbrochen wurde, kam die genozidale Haltung der Zionisten zum Vorschein. Israelische Propagandisten beklagen sich über acht Leichen von Geiseln, die noch nicht zurückgegeben wurden und wahrscheinlich unter den Trümmern der israelischen Bombenangriffe begraben sind, ebenso wie Tausende von Palästinensern. Unterdessen waren von 150 Leichen von Palästinensern, die von Israel zurückgegeben wurden, 135 verstümmelt (*Guardian*, 20. Oktober). Viele wiesen Spuren von Folter auf, mehrere hatten die Hände auf dem Rücken gefesselt, und einige waren durch „direkte Schüsse aus nächster Nähe“ getötet worden. Alle Leichen kamen aus der Militärbasis Sde Teiman in der Negev-Wüste. Aber als Videos von israelischen Soldaten in diesem berüchtigten Folterzentrum, die einen Palästinenser misshandelten, von der obersten Justizbeamtin der IDF, Generalmajorin Yifat Tomer-Yerushalmi, veröffentlicht wurden, wurde sie verhaftet, während die Folterer auf freiem Fuß blieben.

Am 22. Oktober dann, während des Besuchs des US-Vizepräsidenten JD Vance in Israel, verabschiedete die Knesset (das israelische Parlament) mit 71 zu 13 Stimmen (wobei sowohl die rechte Regierungsmehrheit als auch ein Großteil der Opposition dafür stimmten) eine Resolution, in der die israelische Souveränität über das Westjordanland verkündet und ein „rechtlicher Anspruch auf alle Gebiete des Landes Israel“ geltend gemacht wurde – also auch auf den Gazastreifen. Trump sagte in einem Interview, dass die Annexion des Westjordanlands „nicht stattfinden wird“, weil er dies nicht zulassen würde. Aber er hat seinen Plan von Anfang dieses Jahres nie aufgegeben, wonach „die USA den Gazastreifen übernehmen werden ... Wir werden ihn besitzen“ und ihn in die „Riviera des Nahen Ostens“ verwandeln, während die gesamte palästinensische Bevölkerung vertrieben wird. Noch im Mai arbeitete die Trump-Regierung an einem Plan, 1 Million Palästinenser aus dem Gazastreifen in Libyen anzusiedeln (NBC News, 16. Mai).

Kampf gegen die Illusionen des falschen „Friedensplans“ von Trump

Die heldenhafte Ausdauer der Bevölkerung von Gaza hat viele dieser Pläne zumindest vorübergehend vereitelt. Während israelische Politiker die Palästinenser als „menschliche Tiere“ (Kriegsminister Yoav Gallant zu Beginn des Krieges) und Ähnliches bezeichnen, ist die Standhaftigkeit der Bevölkerung von Gaza, die gezwungen ist, von einem Ende der Enklave zum anderen und dann wieder zurück zu wandern, legendär. Der Versuch der zionistischen Militaristen, die Palästinenser durch Terror in unterwürfige Gehorsamkeit zu zwingen, ist gescheitert. Selbst am Rande des Hungertodes wandte sich die Bevölkerung nicht gegen die Widerstandskämpfer. Für Trump ist

Gaza ein „Standort“, und Israels Rückzug im Jahr 2005 war „eines der schlechtesten Immobiliengeschäfte, die jemals gemacht wurden“, da man damit erstklassige „Grundstücke am Meer“ aufgegeben habe. Aber obwohl sie völlig eingekesselt waren, ließen sich die Bewohner Gazas nicht zur Flucht treiben – trotz unglaublichen Leidens wollten sie keine weitere Nakba erleben. Sie blieben, wo sie waren.

Die Trump-Regierung behauptet, dass bei einem geheimen Treffen, bei dem katarische Beamte als Vermittler fungierten, die Unterhändler der Hamas Witkoff und Kushner ihre Zustimmung zur Entwaffnung signalisiert hätten. Trump sagte: „Wenn sie sich nicht entwaffnen, werden wir sie entwaffnen ... schnell und vielleicht gewaltsam.“ Er erklärte jedoch nicht, wie er dies bewerkstelligen wolle, wo doch Israel dies in zwei Jahren nicht geschafft hatte, obwohl es Hunderttausende Soldaten vor Ort hatte und verheerende Bombenangriffe flog. Auf jeden Fall tauchten die Kämpfer der Hamas bei der Übergabe der Geiseln wieder auf, und innerhalb eines Tages wurden 7000 von ihnen eingesetzt, um den Verkehr zu regeln und Milizen zu überwältigen, die mit Israel kollaborierten und von Israel bewaffnet wurden (eine Tatsache, die von IDF-Kommandeuren bestätigt wurde). Diese Milizen, die mit dem Islamischen Staat verbündet sind, waren dafür berüchtigt, Hilfsgüter aus von der UNO organisierten Konvois zu stehlen.

Entgegen Netanjahus erklärter Kriegszielsetzung, die Hamas „vollständig zu besiegen“ und „auszulöschen“ (was selbst hochrangige IDF-Offiziere für unmöglich halten), besteht der bewaffnete Widerstand im Gazastreifen also weiterhin und wird nicht verschwinden. Die Tunnel aufzugeben wäre selbstmörderisch. Die Hamas erklärte sich im März bereit, keine Rolle in der Zivilregierung zu übernehmen (wer würde diese totale Verwüstung verwalten wollen?), sodass dieser Waffenstillstand schon vor Monaten hätte vereinbart werden können – hätte Trump dem israelischen Premierminister nicht grünes Licht für seine jüngste Offensive gegeben. Tatsächlich hätte er schon vor zwei Jahren ausgehandelt werden können und mehr als 100 000 Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn Israel der Forderung der Aufständischen nach Freilassung Tausender palästinensischer Gefangener, die seit Jahrzehnten in israelischen Gefängnissen festgehalten werden, zugestimmt hätte. Aber die fanatischen Zionisten waren wild entschlossen, Rache an der Bevölkerung von Gaza zu nehmen, und der demokratische US-Präsident „Genozid-Joe“ Biden unterstützte sie dabei voll und ganz und lieferte ihnen die Mittel zur Durchführung des Genozids.

Während Netanjahu versucht, den Waffenstillstand als einen Sieg Israels darzustellen, dem allerdings weder seine faschistischen Minister noch die liberale zionistische Opposition zustimmen, begrüßte die Hamas-Führung die Waffenruhe als bedeutenden Erfolg. In einer Erklärung vom 9. Oktober wurde sie als „Vereinbarung zur Beendigung des Krieges gegen Gaza, zum Rückzug der Besatzung, zur Zulassung humanitärer Hilfe und zum Austausch von Gefangenen“ dargestellt, was eine ziemliche Übertreibung ist. Weiter hieß es: „Wir schätzen die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump, den Krieg endgültig zu beenden.“ Am nächsten Tag erklärte Hamas-Sprecher Hazem Qassem: „Dieser Waffenstillstand ist ein Meilenstein im Kampf unseres Volkes.“ Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) bezeichnete ihn als „die unter den gegenwärtigen Umständen mögliche Option“, basierend auf „klaren amerikanischen Garantien, die ein Zögern verhindern“. Darauf ist kein Verlass.

In Anlehnung daran haben viele in der



Suzanne Plunkett / Reuters

Der Geist von Tony Blair, Donald Trumps angehender Vizekönig für die Kolonialherrschaft über Gaza, hier zu sehen beim „Friedensgipfel“ am 13. Oktober in Scharm El-Scheich, Ägypten.

palästinensischen Solidaritätsbewegung den Waffenstillstand als einen Sieg gefeiert. Schließlich war dies in den letzten zwei Jahren die Hauptforderung der Proteste weltweit. In den USA veröffentlichte die Party for Socialism and Liberation (PSL), die eng mit der Palestinian Youth Movement (PYM) zusammenarbeitet, am 9. Oktober eine Erklärung, in der sie die Feierlichkeiten zum „Ende des Krieges“ in den Straßen von Gaza begrüßte. Sicherlich ist ein Stopp der israelischen Bombardierungen und Bodenangriffe positiv, auch wenn er nur vorübergehend ist. Aber entgegen Donald Trumps Prahlerien bedeutet der Waffenstillstand weder ein Ende des Krieges gegen Gaza noch ist er notwendigerweise ein „Schritt in Richtung Frieden“. Der Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk geht weiter, und der Kampf gegen diesen zionistischen und imperialistischen Krieg muss verstärkt werden, vor allem durch den internationalistischen Klassenkampf der Werktätigen, sowohl in der Region als auch international.

Die PSL schreibt, dass „die weltweite öffentliche Meinung sich unwiderruflich auf die Seite des palästinensischen Volkes geschlagen hat“ und dass „der Waffenstillstand durch die Widerstandsfähigkeit des palästinensischen Volkes und die weltweite Bewegung für Palästina erreicht wurde, die einen historischen Wendepunkt in der öffentlichen Meinung zugunsten der palästinensischen Sache erzwungen haben“. Sie fügt hinzu, dass es „in den kommenden Monaten und Jahren eine immer stärkere Bewegung geben wird“, die von den USA die Beendigung jeglicher Unterstützung für Israel fordert. Es ist sicherlich richtig, dass die Realität des zionistischen Völkermords, den Millionen Menschen weltweit in Echtzeit mit Entsetzen verfolgt haben, einen unauslöschlichen Eindruck im Bewusstsein einer ganzen Generation hinterlassen hat, den nichts, was Israel und seine imperialistischen Unterstützer tun, auslöschen kann. Die Zionisten haben die Schlacht um die öffentliche Meinung definitiv verloren, aber das entscheidet nicht über den Verlauf des Krieges.

Die bloße Tatsache, dass die Hamas und die anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen trotz der schrecklichen Todesfälle und Zerstörungen nicht ausgelöscht wurden, bedeutet, dass Israel den Krieg nicht gewonnen hat. Guerillagruppen gewinnen selten Kriege gegen mächtige reguläre Armeen. Keine der Gruppen in Gaza hat jemals gedacht, dass diese Kampfrunde den israelischen Giganten zu Fall bringen könnte. Die „Operation Al-Aqsa-Flut“ der Hamas zielte darauf ab, den Trend zu einer Annäherung zwischen Israel und arabischen Staaten (wie dem „Abraham-Abkommen“ von 2020 mit Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Marokko) und die unaufhaltsame Ausdehnung der Siedlungen faschistischer zionistischer Siedler im Westjordanland zu stoppen. Der Krieg in Gaza rückte zwar die Palästinafrage in den Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit, aber die Siedlungen wachsen weiter und der Waffenstillstand könnte die Zusammenarbeit der arabischen Staaten mit Israel sogar verstärken.

Tatsache ist, dass weder die zionis-

³ Neben dem militärischen Arm der Hamas, den Al-Qassam-Brigaden, die bei weitem die größten sind, gibt es auch die Al-Quds-Brigaden (Islamischer Dschihad), die Al-Nasser-Brigaden (Volksmobilisierungskomitees), die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden (eine Abspaltung der PLO) und die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden (Volksfront für die Befreiung Palästinas).

⁴ Der Preis wurde nach Alfred Nobel benannt, dem Erfinder des Dynamits und Eigentümer des schwedischen Eisen- und Stahlherstellers Bofors vor seinem Tod im Jahr 1894, der das Unternehmen zu einem bedeutenden Waffenexporteur machte. Eine verfrühte Meldung über Nobels Tod in einer französischen Zeitung bezeichnete ihn als den ursprünglichen „Händler des Todes“.



Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu verlas eine vorbereitete Erklärung via Telefon, das ihm Donald Trump übergeben hatte, in der er sich beim katarischen Staatschef für den Bombenanschlag auf seinem Territorium zur versuchten Ermordung des Hamas-Unterhändlers entschuldigte.

tische israelische Militärmaschine noch die bewaffneten Widerstandsgruppen im Gazastreifen gewonnen haben, aber auch nicht endgültig verloren haben: Inmitten der Erschöpfung auf beiden Seiten geht der Krieg gegen das palästinensische Volk in die nächste Runde. Die kommende Schlacht könnte zunehmend auf globaler Ebene ausgetragen werden. Aufrufe zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) haben Israel keinen Zentimeter bewegt, gerade weil sie letztlich ein Appell an die Imperialisten sind, für die der zionistische Staat eine Säule ihrer Herrschaft über den Nahen Osten ist. Auf der anderen Seite hat die Kampagne für Arbeiteraktionen, um die Lieferung von Militärmaterial nach (und aus) Israel zu stoppen, wozu die Liga für die Vierte Internationale von Anfang an aufgerufen hat, in den letzten Monaten an Intensität zugenommen und den zionistischen Militaristen einen Schauer über den Rücken gejagt.⁵

Nur der proletarische revolutionäre Kampf kann Frieden im Nahen Osten bringen

In den imperialistischen Ländern haben die Herrschenden versucht, jede Unterstützung für die Palästinenser und jeden Widerstand gegen das zionistische Gemetzel als „Antisemitismus“ zu diffamieren und diese Verleumdung mit brutaler Unterdrückung als Waffe einzusetzen. Die wahren Antisemiten, Faschisten und weißen Rassisten, die das jüdische Volk vernichten würden, unterstützen Israel, während Zehntausende Juden in den USA, und anderswo noch mehr, in Solidarität mit den Palästinensern protestiert haben. Der beeindruckende Durchbruch von Kämpfern, die am 7. Oktober 2023 den Militärapparat und die 9 Meter hohe Mauer überwältigte, die über 2 Millionen Menschen in Gaza seit über einem halben Jahrhundert gefangen halten, bewegte Unterstützer der palästinensischen Sache weltweit. Dies wurde jedoch durch die unverletzlichen wahllosen Angriffe auf die Bevölkerung in den umliegenden Gebieten untergraben, bei denen 815 Zivilisten getötet wurden.⁶ Dies wurde von den zionistischen Schlächtern als Vorwand genutzt, um über 100 000 Palästinenser zu ermorden und Gaza zu zerstören.

Die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 war ein historisches Verbrechen, das Ergebnis des monströsen historischen Verbrechens des Völkermords der Nazis, der im Zweiten Weltkrieg 6 Millionen europäische Juden vernichtete, und der umfassenden Weigerung der „demokratischen“ imperialistischen Länder, jüdische Flüchtlinge

⁵ Siehe unsere Artikel „Massenstreik für Gaza legt Italien lahm – Für internationale Streikaktion, um den Völkermord der USA und Israels zu stoppen“ (24. September) und „Europäische Hafenarbeiter rufen zu Streikaktionen auf, um Waffenlieferungen zu stoppen“ (8. Oktober).

⁶ Siehe „Gaza Genocide Made in USA.“ (Völkermord in Gaza made in USA).

und Holocaust-Überlebende aufzunehmen. Selbst nach der Massenvertreibung von Hunderttausenden Palästinensern während der Nakba 1948 wird der Staat Israel heute von 7,2 Millionen hebräischsprachigen Menschen bewohnt und herrscht über 7,7 Millionen Araber (sowohl Muslime als auch Christen), von denen 2 Millionen als Bürger zweiter Klasse und der Rest ohne jegliche Rechte leben. Es gibt zwei Nationen, die hebräischsprachige (die sowohl religiöse Juden als auch eine säkulare Beinahe-Mehrheit umfasst)⁷ und die palästinensisch-arabische – die erste die Unterdrücker, die zweite die Unterdrückten –, die gemischt⁸ auf demselben schmalen Landstreifen an der östlichen Mittelmeerküste leben.

Da Israel wirtschaftlich und militärisch weitaus stärker ist, wird jede „Zweistaatenlösung“ unter dem Kapitalismus unweigerlich eine Lösung sein, bei der Israel einen palästinensischen Pseudostaat dominiert. Aus der Sicht des proletarischen Internationalismus und des Überlebens beider Völker ist die einzige gerechte Lösung ein binationaler Staat, der nur durch eine arabisch-hebräische Arbeiterrevolution verwirklicht werden kann. Das setzt voraus, dass eine beträchtliche Anzahl von Hebräischsprachigen mit dem Zionismus bricht. Als Netanjahu im September davon sprach, Israel solle ein „Super-Sparta“ werden, in Anspielung auf den militaristischen Staat des antiken Griechenlands, meldeten sich viele Israelis zu Wort und sagten, sie wollten nicht für immer in einem Garnisonsstaat leben. Aber genau das ist die Zukunft, die ihnen bevorsteht, und auch wenn ein kleines Land mit 7 Millionen hebräischsprachigen Einwohnern heute militärisch dominant sein mag, kann es nicht auf lange Sicht eine Region mit über 300 Millionen Arabern beherrschen.

Als proletarische Internationalisten steht die LVI fest auf der Seite derjenigen, die gegen den Genozid-Krieg der USA und Israels gegen Gaza kämpfen, und erklärte von Anfang an: „Jeder echte Schlag gegen den zionistischen Staat durch palästinensische Kräfte, selbst durch reaktionäre Islamisten, liegt im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten

⁷ Die Bezeichnung aller hebräischsprachigen Menschen als „jüdisch“ spiegelt die zionistische Behauptung wider, dass Israel ein „jüdischer Nationalstaat“ sei. Aber die jüdischen Menschen weltweit stellen keine Nation dar, während sich in Israel etwa 45 % der hebräischsprachigen Bevölkerung als Hilonim (säkular oder nicht religiös) bezeichnen, etwa 25 % als Masortim (traditionelle Juden, die einige religiöse Praktiken befolgen), 17 % als Datim (religiöse Zionisten) und 14 % als Haredim (ultraorthodox).

⁸ Demografischen Schätzungen zufolge leben in Israel selbst, wo palästinensische Araber 20 % der Bevölkerung ausmachen, etwa drei Viertel der Hebräisch sprechenden Bevölkerung innerhalb von 20 Kilometern Entfernung zu einer arabischen Gemeinde, und in vielen Städten sind sie nur wenige Gehminuten voneinander entfernt, während in der Westbank fast alle Siedler in unmittelbarer Nähe zu arabischen Gemeinden leben.

der Welt“.⁹ Gleichzeitig lehnen wir politisch diejenigen ab, die eine islamistische Herrschaft durchsetzen wollen, sowie bürgerliche Nationalisten und die verschiedenen monarchistischen und militaristischen Regime der Region. Die Zionisten und Imperialisten hingegen nutzen oft reaktionäre islamistische Kräfte, um Linke und säkulare Nationalisten zu bekämpfen. So genehmigten Israel (das die Hamas als Gegengewicht zur PLO ins Leben gerufen hat)¹⁰ und die USA seit 2018 monatliche Zahlungen an Gaza in Höhe von 30 Millionen Dollar aus Katar,¹¹ das seit langem Beziehungen zur Muslimbruderschaft unterhält, aus der die Hamas hervorgegangen ist.

Sollte Trumps Fantasie Gestalt annehmen und Gaza unter seiner Kontrolle von einem Marionettenkomitee regiert werden, mit dem erbärmlichen Tony Blair als seinem Vizekönig und unter der polizeilichen Aufsicht einer internationalen Söldnertruppe, müssen die Verteidiger der palästinensischen Rechte den Kampf gegen dieses koloniale Monstrum unterstützen, das durch den Waffenstillstand von Oktober 2025 entstanden ist. Die Internationalist Group in den USA hat zusammen mit den anderen nationalen Sektionen der LVI niemals zu einem Waffenstillstand aufgerufen, gerade weil dies, wie wir erklärt haben, dazu führen würde, dass israelische Truppen in Gaza und das palästinensische Volk unter Besatzung bleiben würden. Stattdessen rufen wir dazu auf, die Macht der Arbeiterklasse weltweit zu mobilisieren, um die zionistischen Besatzer aus Gaza und dem Westjordanland zu vertreiben und den Völkermord der USA und Israels in Gaza sowie den imperialistischen/zionistischen Krieg gegen das palästinensische Volk zu zerschlagen.

Es ist wahrscheinlich, dass Gaza zu einer Situation zurückkehren wird, die der vor Oktober 2023 ähnelt, mit regelmäßigen tödlichen Luftangriffen und Bodenoffensiven Israels, nur unter weitaus schlechteren Bedingungen, wobei die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Ruinen leben wird. Die Chancen, dass jemand die 70 Milliarden Dollar (Schätzung der UNO/Europäischen Union/Weltbank) oder noch viel mehr aufbringt, die für den Wiederaufbau der Enklave erforderlich sind, sind nicht groß, und in jedem Fall würde es Jahre dauern. Auch wird es keinen Frieden in der Region geben. Für die zionistischen Militaristen könnte ein Waffenstillstand in Gaza der Auslöser für einen neuen Angriff auf den Iran sein, den sowohl die

⁹ Siehe „Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza“! (10. Oktober 2023), in *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024.

¹⁰ Siehe „Die Ursprünge von Hamas,“ in *Permanente Revolution* Nr. 7.

¹¹ Siehe „What Is the Hamas Chief Doing in Qatar?“ (Was macht der Hamas-Chef in Katar?), *Spiegel International*, 2. November 2023.



Die Internationalist Group bei einer Kundgebung am 1. Mai 2025 in Los Angeles, bei der zu internationalen Arbeiteraktionen gegen den Völkermordkrieg der USA und Israels gegen Gaza aufgerufen wurde.

Der wahre „Oberste Staatliche Sponsor des Terrors“ gegen die Völker der Welt: Der US-Imperialismus

Verteidigt den Iran gegen den kriminellen Krieg von USA/Israel

Besiegt die imperialistischen/ zionistischen Völkermörder

Das folgende Flugblatt der Internationalist Group, der US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale, wurde am 22. Juni 2025 bei Protesten in New York City, Los Angeles, Portland und Seattle verteilt.

In einem monströsen, verbrecherischen Angriff bombardierten US-Kampfflugzeuge in den frühen Morgenstunden des heutigen Sonntags, 22. Juni, auf Befehl von Präsident Donald Trump, mehrere Standorte im Iran. Mindestens ein Dutzend riesiger GBU-57-Bomben (je 14 000 kg) wurden auf die Atomanlage Fordo abgeworfen, zusammen mit weiteren sogenannten „Bunkerbrecher“-Bomben auf Standorte in Natanz und Isfahan.

Bei der Ankündigung seines dreisten Kriegsakts bezeichnete Trump den Iran als „Tyran des Nahen Ostens“ und sagte, er solle „der nuklearen Bedrohung durch den weltweit größten staatlichen Terrorsponsor Einhalt gebieten“. In Wirklichkeit ist der US-Imperialismus die weltweit größte Terrormacht und der globale Tyrann, der die völkermörderischen zionistischen Schlächter von Gaza bis an die Zähne bewaffnet hat. Der US-Imperialismus, sowohl unter Trump als auch unter seinen demokratischen Vorgängern, steuert auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zu, den nur eine internationale sozialistische Revolution verhindern kann.

Trumps Überraschungsangriff erfolgte, nachdem der US-Präsident und seine Gefolgsleute mehrere Tage lang fromm erklärt hatten, die iranischen Machthaber hätten zwei Wochen Zeit, entweder der Einstellung der Urananreicherung zuzustimmen (wozu sie selbst nach dem Atomwaffensperrvertrag ein Recht haben) oder es würde etwas passieren. Die Doppelzüngigkeit der USA beendet praktisch alle Verhandlungen zu diesem Thema. Doch ungeachtet aller Scheinverträge, die Israel nicht unterzeichnet hat, hat der Iran ein Recht auf Atomwaffen, zur Abschreckung der nuklear bewaffneten imperialistischen und zionistischen Terroristen.

Die Liga für die Vierte Internationale (LVI), deren US-Sektion die Internationalist Group ist, steht für die Verteidigung des Iran gegen den verbrecherischen Krieg von USA/Israel und für die Niederlage der imperialistischen und zionistischen Kriegstreiber. Revolutionäre Marxisten rufen die Werktätigen in den Vereinigten Staaten und weltweit dazu auf, ihre Klassenmacht, auch durch Streiks, zu nutzen, um die höllische Kriegsmaschinerie zu stoppen, die in Gaza über 100 000 Menschen ermordet hat und nun den Völkermord mit dem Ziel verschärft, das palästinensische Volk zu vertreiben und zu vernichten. Die



Die Folgen des israelischen Angriffs auf das Sharan-Öldepot in Teheran am 15. Juni 2025.

LVI steht für einen arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

Während die LVI den Iran, ein halbkoloniales Land, gegen imperialistische Aggression verteidigt, hat sie das theokratische iranische Regime nie politisch unterstützt. Wir rufen zu einer Arbeiter- und Bauernregierung auf, mit vollem Selbstbestimmungsrecht für alle Nationalitäten, als Teil des Kampfes für eine sozialistische Revolution in der Region und international.

In den Vereinigten Staaten, Europa und anderswo haben die imperialistischen Herrscher die Repressionen gegen die Protestierenden gegen dieses mutwillige Massaker verschärft. Sie haben zahlreiche Demonstrationen verboten, Tausende von Demonstranten verhaftet und Antizionismus verleumderisch mit Antisemitismus gleichgesetzt. Die wahren Antisemiten, darunter auch messianisch-christlich-nationalistische Fanatiker, unterstützen Israels Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser

mit aller Kraft. Alle Verteidiger demokratischer Rechte müssen dringend ein Ende der polizeistaatlichen Unterdrückung der Demonstranten gegen den Krieg von USA/Israel fordern.

Trumps kriegstreiberische Rhetorik, seine Drohung, den iranischen Staatschef Ayatollah Khamenei zu „töten“ und die „bedingungslose Kapitulation“ des Iran zu fordern, und nun seine Bombenkampagne trotz wiederholter Erklärungen der US-Geheimdienste, dass der Iran keine Atomwaffen baut, haben bei einigen Mitgliedern seiner MAGA-Basis (Make America Great Again), die seinem Gerede von der Beendigung ausländischer Kriege Glauben schenken, Bestürzung ausgelöst. Doch trotz ihrer Bedenken und seiner eigenen (nachträglichen) Kritik an der US-Inva-



Internationalistischer Block bei der Demonstration gegen den US-Angriff auf den Iran am 22. Juni 2025 in NYC.

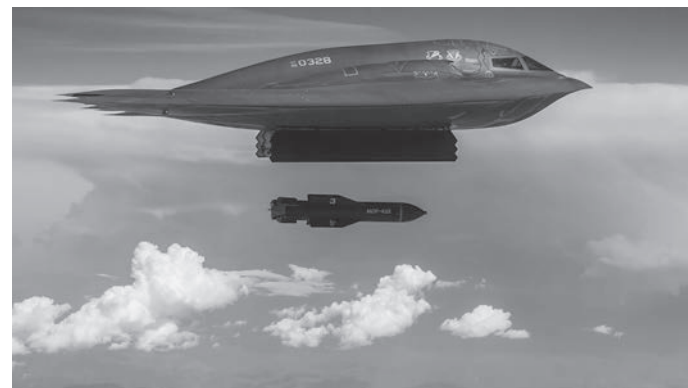
**Der Iran hat das Recht auf Atomwaffen, zur Abschreckung der
nuklear bewaffneten israelischen und US-amerikanischen Terroristen!**

sion im Irak im Jahr 2003 ist Trump nun in einen weiteren „ewigen Krieg“ eingetreten.

Einige hochrangige demokratische Politiker haben Trumps Vorgehen kritisiert und sich dabei auf das Kriegsbefugnisgesetz von 1973 berufen, das als Reaktion auf den verlorenen Krieg der USA gegen Vietnam verabschiedet wurde. Dieses zahnlose Gesetz hat weder den Demokraten Jimmy Carter davon abgehalten, einen Krieg gegen Afghanistan zu entfesseln, noch den Demokraten Barack Obama daran gehindert, einen Krieg in Syrien zu beginnen, noch den Demokraten Joe Biden daran gehindert, die israelischen Militaristen mit Tarnkappenbomben und 2000-Pfund-Bomben zu versorgen, wofür die Demokraten im Kongress gestimmt haben.

Während seine Weltherrschaft drastisch schwindet, führt der US-Imperialismus einen Kriegskurs, der letztlich auf eine Konterrevolution in China, dem größten (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaat der Welt, abzielt. Der imperialistische Stellvertreterkrieg von USA und NATO gegen die kapitalistische Regionalmacht Russland um die Ukraine, in dem das Kiewer Marionettenregime und sein faschistisch verseuchtes Militär als Schachfiguren dienen, sowie der völkermörderische Krieg in Gaza und der aktuelle Krieg gegen den Iran sind Zwischenstationen auf dem Weg zu einem thermonuklearen Dritten Weltkrieg. Die eigentliche nukleare Gefahr geht von Washington aus – denkt nur an Hiroshima und Nagasaki: Die USA sind die einzige Macht, die Atomwaffen eingesetzt hat.

Die Liga für die Vierte Internationale



Trump schickte B2-Tarnkappenbomber, um riesige GBU-57-„Bunkerbrecher“-Bomben auf iranische Nuklearanlagen abzuwerfen.

kämpft für Arbeiteraktionen, um Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel zu stoppen, genauso wie wir für die Verteidigung Russlands, Gazas, des Jemen, des Libanon und des Iran gegen die imperialistischen und zionistischen Terroristen eintreten. Gleichzeitig rufen wir die Arbeiterklasse dazu auf, ihre Macht zu nutzen, um Massenabschiebungen in den Vereinigten Staaten zu stoppen und gegen die polizeistaatliche Repression vorzugehen, die den Drang zur Herrschaft eines bonapartistischen „starken Staats“ begleitet.

Im Kampf gegen die überparteilichen Kriege, die von den imperialistischen US-Herrschern an vielen Fronten geführt werden, besteht die entscheidende Aufgabe darin, die Ketten zu zerschlagen, die die Werktätigen und die Unterdrückten an ihre Ausbeuter und Unterdrücker fesseln, in erster Linie durch die Demokratische Partei, die von den Führungen der Gewerkschaften und der meisten sozialen Bewegungen unterstützt wird. Die Internationalist Group/LVI ruft klassenbewusste Arbeiter auf, sich am Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei zu beteiligen, die für eine Arbeiterregierung und eine internationale sozialistische Revolution kämpft. ■

Permanente Revolution

Demokraten schützen ICE – Mobilisiert die Arbeiter, um die Bundespolizeikräfte sofort loszuwerden!

Trumps Polizeistaat abbrechen!

Brecht mit den Parteien des Kapitals – für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Der nachfolgende Artikel ist aus The Internationalist Nr. 76 (Juni-Oktober 2025), Zeitung der Internationalist Group/US, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, übersetzt.

Unter der Regierung von Donald Trump baut die USA ein Polizeistaatsregime auf, in dem die willkürlichen Handlungen der Exekutive praktisch nicht durch Gerichte, Gesetze, den Kongress oder die Verfassung, auf die sie sich berufen, kontrolliert werden. Die USA sind noch nicht ganz so weit, sie befinden sich erst in der Anfangsphase, in der Institutionen ausgehöhlt und die Bevölkerung durch eine Flut militarisierter Repressionen weichgeklopft werden. Das Militär wird für den internen Krieg umfunktioniert und die verschiedenen Behörden des Heimatschutzministeriums (DHS) werden zu einer universellen paramilitärischen Polizeitruppe umgewandelt. An der Spitze steht Trumps Kampagne zur Massenabschiebung von Einwanderern, die einen wichtigen Teil der US-Arbeiterschaft ausmachen, aber das letztendliche Ziel sind alle arbeitenden Menschen. Und wir müssen uns auf die Macht der Arbeiterklasse stützen, um diesen Vorstoß zur unverhüllten kapitalistischen Diktatur zu bekämpfen.

Nachdem das Trump-Regime im Frühjahr eine Flut von Exekutivverordnungen erlassen und alle möglichen „nationalen Notstände“ ausgerufen hatte, machte es sich daran, in Los Angeles, wo über eine Million Einwanderer ohne die vom Staat der Bosse geforderten Papiere leben, eine polizeistaatliche Repression zu entfesseln. Einige Wochen zuvor hatte der faschistoide stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, Stephen Miller, hochrangige Beamte der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) zu sich gerufen und ihnen lautstark mitgeteilt, dass sie entlassen würden, wenn sie nicht mindestens 3000 Einwanderer pro Tag festnehmen würden. Unabhängig davon, woher die Einwanderer kamen oder welchen Status sie haben: Erst festnehmen, dann fragen, lautete der Befehl. „Operation at Large“ [Operation Großfahndung] wurde als landesweiter Plan gestartet, an dem über 5000 Bundesbeamte und bis zu 21 000 Soldaten der Nationalgarde beteiligt sein sollten (NBC News, 4. Juni).

L.A. – D.C. – Chicago:

Bundesbehörden greifen an, Bevölkerung widersetzt sich, Demokraten schwadronieren

Der Startschuss fiel am 6. Juni mit Razzien auf einem Gelände für Tagelöhner in der Nähe eines Baumarkts und bei einem Bekleidungsgrößhändler in der Innenstadt von Los Angeles. Kurz nachdem Bundesbeamte in Tarnkleidung am zweiten Ort eingetroffen waren, versammelten sich von Schnellreaktionsnetzwerken alarmierte Gemeindevertreter und Demonstranten und blockierten angeblich die Fahrzeuge der ICE. Die Beamten griffen den Gewerkschaftsführer David Huerta von SEIU-United Service Workers West heraus und drückten ihn zu Boden, wodurch er Kopfverletzungen erlitt. Am Abend protestierten mehrere hundert Demonstranten vor dem Bundesgefängnis und forderten die Freilassung der Einwanderer. Am nächsten Tag erließ Präsident Trump eine Exekutivverordnung, mit der 2000 Soldaten der Nationalgarde unter Bundesbefehl gestellt und 700 Marines nach Los Angeles entsandt wurden. Die Verordnung galt für alle Orte, an denen Proteste gegen ICE-Einsätze „stattfinden



Die Border Patrol (Grenzpolizei) marschiert am 28. September in Militäraufstellung durch die Innenstadt von Chicago.

oder wahrscheinlich stattfinden werden“.¹ Also überall.

In den folgenden Tagen kam es in L.A. zu großen Protesten gegen die Nationalgarde und die Bundesbeamten vor dem Haftzentrum, darunter auch Aktivisten der Internationalist Group und der Revolutionary Internationalist Youth. Unterdessen randalierten die Bundesbeamten in Latino-Vierteln wie Boyle Heights und East L.A. sowie in ehemals überwiegend schwarzen Städten wie Compton, das heute zu zwei Dritteln von Latinos bewohnt wird. Juni ist der Monat der Schulabschlüsse. An einer örtlichen Highschool riet der Schulleiter den Familien, eine Stunde vor der geplanten Zeit zu erscheinen, und ließ Aktivisten für Immigrantenrechte vor dem Gebäude als Wachposten postieren. Mehrere Schulen beendeten das Schuljahr mit einer Rückkehr zum Fernunterricht, da

¹ Siehe „Labor Must Act: Drive ICE Out of L.A.“ [Die Arbeiterklasse muss handeln: Vertreibt ICE aus L.A.!] *The Internationalist* Nr. 76, Juni-Oktober 2025.

mit immigrantische Schüler nicht riskieren mussten, auf dem Weg zur Schule festgenommen zu werden, und die Kinder von Immigranten nicht befürchten mussten, nach Hause zurückzukehren und ihre Eltern nicht mehr vorzufinden.

Die Razzien wurden mit mutwilliger Gewalt durchgeführt. Ein Video aus L.A. zeigt, wie unmarkierte Fahrzeuge ein Auto rammen, maskierte Beamte den Fahrer herausziehen und ihn zu Boden werfen. Ein anderes zeigt maskierte Männer, die die Scheiben eines Lastwagens auf einem Parkplatz eines Baumarkts einschlagen, als der Fahrer sich weigert, die Tür zu öffnen. Ein drittes Video zeigt, wie *La Migra* (Einwandererpolizei) einen Straßenverkäufer umzingeln. *Die Angreifer sehen aus wie Terroristen, weil sie es sind*: Das Ziel all dieser Schikanen und Gewalt ist es, Einwanderer und andere zu terrorisieren. Wie die Bombardierung des Irak durch die USA bei der Invasion 2003 soll dies „shock and awe“ [Schrecken und Furcht] hervorrufen, allerdings auf heimi-

schem Boden. Das Gleiche geschah am 7. Juli, als eine Reihe von Polizisten zu Pferd um den fast leeren MacArthur Park trabten, begleitet von einem Kamerateam: Der Sinn dahinter war, einzuschüchtern und zu zeigen, dass die Bundespolizei hingehen kann, wohin sie will.

Ähnlich verhielt es sich bei den Razzien vom 10. und 11. Juli durch 400 bis 500 Bundesbeamte auf zwei Cannabis-Farmen in der Nähe von Los Angeles, wo die Bundesbeamten Tränengas gegen Demonstranten einsetzten und alle Arbeiter festnahmen, wobei 361 Personen verhaftet wurden und eine Person in dem Chaos ums Leben kam. Diese massiven Machtdemonstrationen, willkürlichen Festnahmen und grundlosen Gewalttaten sind allesamt höchst illegal, rassistisch und verfassungswidrig und verstoßen gegen den vierten Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten, der „unangemessene Durchsuchungen und Beschlagnahmungen“ verbietet, sowie gegen den fünften und vierzehnten Zusatzartikel, die es verbieten, jemandem „ohne ordentliches Gerichtsverfahren“ die Freiheit zu entziehen. Obwohl ein kalifornischer Bundesrichter diese willkürlichen Entführungen verboten hatte, genehmigte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten am 8. September in einer Eilentscheidung Kontrollen aufgrund Aussehens wie ein Latino, Spanisch Sprechens und/oder Ausübens von Handarbeit (manueller Tätigkeit) oder einer Niedriglohnarbeit. Das ist ungeschminktes *rassistisches und klassenbezogenes Profiling*.

Insgesamt wurden im Großraum Los Angeles seit den militarisierten Razzien im Juni rund 5000 Einwanderer von Bundesbeamten festgenommen. Im August zog Trump weiter nach Washington, D.C., wo er die gesamte lokale Nationalgarde unter Bundesbefehl stellte, Hunderte weiterer Soldaten herbeirief und die Straßen mit Bundesbeamten überschwemmte. Diese „Offensive“ der Bundesbehörden, die angeblich der Verbrechensbekämpfung dienen sollte, führte zu



Anwohner der Südostseite Chicagos stellen sich am 14. Oktober den Schlägern der Grenzpolizei entgegen.

Ashlee Rezin / Chicago Sun-Times

Jamie Keller für die New York Times

einem Anstieg der einwanderungsbezogenen Verhaftungen in D.C. auf 1400. Doch während die Staatsanwälte angewiesen wurden, maximale Strafen gegen Demonstranten zu beantragen, wiesen die Grand Juries in Washington mindestens acht Anklagen wegen schwerer Straftaten zurück – eine beispiellose Zahl –, und in Fällen, die wegen geringerer Anklagen vor Gericht kamen, kam es in mehreren Fällen zu Freisprüchen oder zu einer Pattsituation in der Jury. Während also die Bundesbehörden hart daran arbeiten, die Quote der Trump-Regierung zu erreichen, wehrt sich die Bevölkerung in den betroffenen Städten.

Am dramatischsten zeigte sich dies in Chicago, wo seit Beginn der „Operation Midway“ Anfang September mehr als 3000 Einwanderer verschleppt wurden. In einem Stadtteil nach dem anderen sind Hunderte von Anwohnern auf die Straße gegangen, um gegen die marodierenden ICE- und Grenzschutzbeamten zu protestieren, und in einigen Fällen haben sie die Greiftrupps verjagt, die versuchten, ihre Nachbarn festzunehmen. Der demokratische Bürgermeister (Brandon Johnson) und der Gouverneur (JB Pritzker) haben sich hart gegen Trump ausgesprochen, der damit gedroht hat, sie zu verhaften. Sie haben auch einige Maßnahmen ergriffen, um sich auf die Seite der Demonstranten zu stellen, beispielsweise indem sie offizielle Schilder und Trillerpfeifen zur Verfügung gestellt haben, um vor der „Migra“ zu warnen. Aber die Polizei des Bundesstaates Illinois und die Polizei von Chicago haben als Schutzschild für die Bundesbehörden fungiert. Die Demokraten argumentieren, dass die Nationalgarde nicht benötigt wird, da ihre Polizisten sich schon sehr gut darin machten, die Immigrantenjäger des Bundes zu schützen.²

Ähnlich in Los Angeles, wo Bürgermeisterin Karen Bass wegen der Provokation im MacArthur Park für Schlagzeilen sorgte, als sie dem regionalen Kommandanten der Grenzpolizei, Gregory Bovino, sagte, dass die ICE „jetzt verschwinden muss... sofort!“ Aber die ICE ging nicht, und obwohl die Stadtbeamten betonten, dass sich ihre „Sanctuary [Zufluchtsort]“-Politik nicht geändert habe, sind Polizisten der LAPD bei Protesten gegen die Bundesbehörden stets präsent, um „die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten“, d. h. um die Demonstranten zu verprügeln. Der Gouverneur von Kalifornien, Gavin Newsom, kritisierte Trumps Einsatz der Nationalgarde scharf, ließ aber die Beamten der Landes-Autobahnpolizei Demonstranten von der Razzia auf die Marihuana-Farm fernhalten. In Washington D.C. befahl Bürgermeisterin Muriel Bowser der Metro-Polizei, mit den Bundesbeamten und der Nationalgarde zusammenzuarbeiten.³ Mit anderen Worten: Gewählte Vertreter der Demokraten befehlen ihren Polizisten, den Immigrantenfängern als Schutzwache zur Seite zu stehen.

Die Demokraten mögen zwar große Töne spucken, aber sie haben nichts unternommen, um die Massenabschiebungen von möglicherweise Millionen von Einwanderern zu stoppen. Sie veranstalten fahnschwingende „No Kings“-Proteste, haben aber nichts gegen Trumps (bislang) 217 Vollstreckungs-

² Siehe „Chicago Under Siege: Thousands Demand Stop Deportation Raids [Chicago unter Belagerung: Tausende fordern ein Ende der Abschiebungsrazzien]“, *The Internationalist* Nr. 76, Juni-Oktober 2025.

³ Ein ausführlicher Bericht in der *New York Times* (1. Oktober) mit dem Titel „Wie Washington zum Testfeld für die ICE wurde“ stellt fest: „Die Behörde hat ihre Festnahmen in der Stadt drastisch erhöht, indem sie mit der örtlichen Polizei und anderen Bundesbehörden zusammenarbeitete, um Einwanderer bei Kontrollen wegen geringfügiger Verkehrsverstöße zu identifizieren...“ Von Januar bis Ende Juli nahm die ICE in Washington D.C. 85 Personen fest. „Von Anfang August bis Mitte September nahm die ICE jedoch laut Angaben von Beamten, die mit den Daten vertraut sind, rund 1200 Festnahmen vor. Ein Schlüssel zu dieser Strategie ist die enge Zusammenarbeit der ICE sowohl mit dem Metropolitan Police Department [Hauptstadt-Polizei-Department] als auch mit der US Park Police“, heißt es in dem Artikel.



Am zweiten Tag der militarisierten Arbeitsplatzrazzien gegen Immigranten in Compton, Kalifornien, am 7. Juni 2025 werden schwer bewaffnete Bundespolizisten von der Bevölkerung konfrontiert.

befehle [Executive Orders] seiner zweiten Amtszeit unternommen, darunter eindeutig illegale und verfassungswidrige Maßnahmen, abgesehen davon, dass sie Generalstaatsanwälte der „blauen“ (demokratischen) Bundesstaaten dazu veranlasst haben, Klagen einzureichen. Sobald diese Klagen die Berufungsgerichte passiert haben, werden sie vom Obersten Gerichtshof, der Trump gehört, abgeschmettert werden. Die Sackgassen-„Strategie“, sich auf den Staatsapparat zu verlassen, spiegelt die Tatsache wider, dass auch die Demokraten per Dekret regiert, rassistische Polizeirepressionen entfesselt, die Abschiebungsmaschinerie aufgebaut und weit mehr Einwanderer ausgewiesen haben als Trump und dazu beigetragen haben, die Grundlage für den Polizeistaat zu schaffen, der jetzt entsteht.

Als Partnerpartei der Wall Street und des Pentagons, endlose imperialistische Kriege vom Nahen Osten bis zur Ukraine führend und gleichzeitig mit „Freihandelsabkommen“ Arbeitsplätze „im eigenen Land“ vernichtend, haben die Demokraten dadurch zweimal zur Wahl von Trump geführt, dem Möchtegern-Starken-Mann, der nach unbegrenzten, diktatorischen Machtbefugnissen strebt. Dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit, **die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren**, um **die Abschiebungen von Einwanderern zu stoppen** und **den Drang**

zur Polizeistaatsherrschaft zu beenden. Es macht deutlich, dass es notwendig ist, **mit den Demokraten, Republikanern und allen Parteien und Politikern, die das Kapital vertreten, zu brechen** und **eine revolutionäre Arbeiterpartei** als Verfechterin aller Unterdrückten **aufzubauen**, was der Schlüssel zur Verteidigung der grundlegenden Rechte aller ist, die derzeit angegriffen werden.

Krieg gegen Einwanderer, Krieg gegen die Linke

Die Demokraten mögen zwar „Stoppt ICE“ oder „Stoppt die Razzien“ sagen – und viele sagen nicht einmal das –, aber sie fordern **nicht, die Abschiebungen zu stoppen**. Im Grunde sagen sie: „Wir können Abschiebungen besser durchführen“, ohne Bundesruppen und ohne so viel „Sturm und Drang“. Für Trump hingegen sind die Truppen, die Masken, die zivilen Autos ohne Kennzeichnung, die Schläge, die Verstöße gegen Gesetze und langjährige Rechtsprechungen, die juristischen Fiktionen und die unverhohlenen Lügen allesamt **integraler Bestandteil seines Massenabschiebungsprogramms, mit dem er eine ungezügelter Polizeistaatsherrschaft durchsetzen will**. Eine solche Herrschaft bezeichnen Marxisten als **Bonapartismus**, ein Regime des „starken Staats“, das zwar (einigen) Zierrat der parlamentarischen „Demokratie“ bewahrt, aber auf der Durchsetzung

uneingeschränkter Exekutivgewalt durch den **militärischen/polizeilichen Unterdrückungsapparat** basiert, von dem die Gerichte ein integraler Bestandteil sind.⁴

Viele liberale Demokraten und reformistische Linke bezeichnen Trump als „Faschisten“. Nein, wie wir bereits erklärt haben, ist er ein Möchtegern-Diktator, aber der US-Präsident ist nicht der Anführer einer faschistischen Massenbewegung, die als Rammbock dient, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die bürgerlichen Herrscher brauchen dieses Instrument derzeit nicht, da ihre Klassenherrschaft derzeit nicht bedroht ist durch ein radikalisiertes Proletariat. Ja, es gibt echte Faschisten, und sie sind eine echte Gefahr. Aber was bedeutende kapitalistische Sektoren heute für notwendig halten, ist ein verstärktes repressives Regime, um mit den unvermeidlichen Unruhen fertig zu werden, die aus dem Verfall des US-Imperialismus resultieren. Donald Trump erfüllt diese Anforderungen. Er bedient sich zweifellos faschistischer Rhetorik, und bedeutende Teile seiner MAGA-Bewegung (Make America Great Again) – darunter auch einige in seiner Regierung – haben einen faschistoiden oder faschismusähnlichen Charakter. Sein Ziel sind die Demokraten und radikalen Linken, die er absurderweise in einen Topf wirft.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die Massenabschiebungen in dieses Schema passen, war, als Kristi Noem, die soziopathische Ministerin des Department of Homeland Security (DHS), am 12. Juni nach den ersten militarisierten Razzien an Arbeitsplätzen nach Los Angeles reiste und verkündete: „Wir bleiben hier, um diese Stadt von der sozialistischen und belastenden Führung zu befreien, die dieser Gouverneur Newsom und dieser Bürgermeister diesem Land auferlegt haben.“ Newsom und Bowers sind sicherlich keine „Sozialisten“. (Newsom forderte die Rücknahme der Medical-Cal-Krankenversicherung für „illegale“ Ein-

⁴ Siehe „Fascism, Bonapartism and Donald Trump,“ [Faschismus, Bonapartismus und Donald Trump] in *The Internationalist* Nr. 75, Januar–Mai 2025; und „Ist Donald Trump ein Faschist?“ in *The Internationalist* Nr. 74, September–Dezember 2024. Leo Trotzki verwendete den Begriff „Bonapartistisch“ zur Beschreibung der „präfaschistischen“ autoritären Regierungen im Europa der 1930er Jahre und stützte sich dabei auf die Broschüre von Karl Marx aus dem Jahr 1852, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon*, des Neffen von Napoleon Bonaparte, der sich in jenem Jahr zum Kaiser von Frankreich erklärte und bis 1870 regierte. Für weitere Informationen zu diesem Thema siehe die Internationalist-Broschüre *Marxism vs. Bonapartism* (2004).



Die Arbeiterklasse muss handeln: Die Nationalgarde und die ICE (Immigrationspolizei) müssen aus Los Angeles vertrieben werden. Oben: Die Internationalist Group und die Nationalgarde stehen einander gegenüber beim Gebäude der Bundesbehörden in Los Angeles, 9. Juni.



Demonstranten in der Stadt Oakland, Kalifornien, protestieren gegen Razzien der Migra (Einwanderungspolizei), Juli 2025. Auf dem Schild steht: „Schau mir vom Himmel zu, Papa, das ist unser Krieg.“

wanderer, d. h. ohne Dokumente, und hatte einen freundschaftlichen Podcast mit Charlie Kirk.) Aber Noems „Befreiungsarmee“ besteht aus den Hunderten von Bundesbeamten, insbesondere von der ICE und der Grenzpolizei, die Teil der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) des DHS sind und als private paramilitärische Truppe agieren, um Einwanderer „verschwinden“ zu lassen und Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Vor dem Hintergrund einer Bundesregierung, die darauf brennt, hart gegen die von ihr als links eingestuften Kräfte vorzugehen, wurde am 10. September Kirk, der Anführer der faschistoiden christlich-nationalistischen Studenten- und Jugendorganisation Turning Point USA, auf einem Campus in Utah ermordet. Dies hatte die Wirkung eines Blitzschlags und gab dem Streben nach einem Polizeistaat einen gewaltigen elektrisierenden Impuls. In einer Botschaft aus dem Weißen Haus machte Präsident Trump in dieser Nacht „radikale linke politische Gewalt“ für die Schießerei verantwortlich. Über die Ansichten des mutmaßlichen Schützen, die von der Staatsanwaltschaft geheim gehalten werden, ist öffentlich wenig bekannt, aber er war sicherlich kein Linker und angeblich war er ein begeisterter Anhänger militaristischer Videospiele. Als Trump jedoch am nächsten Tag gefragt wurde, ob er eine Botschaft für seine Anhänger habe, antwortete er, dass „wir die radikalen linken Verrückten verdammt noch mal fertigmachen müssen“.

Einige faschistoide MAGA-Großmäuler wie Steve Bannon und Alex Jones erklärten, dass Kirks Ermordung „Krieg“ bedeute, während Elon Musk erklärte: „Die Linke ist die Partei des Mordes.“ Während die ohrenbetäubenden Lobeshymnen der Rechten auf Kirk weitergingen, wurden auch die Forderungen nach Vergeltungsmaßnahmen gegen jede Kritik an diesem Verfechter rassistischer, homophober, transphober und antisemitischer Bigotterie immer lauter. Das ist eine von der Regierung geförderte Hexenjagd. In der *Charlie Kirk Show*, die aus dem Weißen Haus ausgestrahlt wurde, forderte Vizepräsident JD Vance dazu auf, jeden, der sich negativ über die ermordete MAGA-Ikone äußerte, bei seinem Arbeitgeber zu melden. Trumps Generalstaatsanwältin Pam Bondi erklärte, das Justizministerium werde Kritiker von Kirk wegen „Hassrede“ ins Visier nehmen. In mindestens 24 Bundesstaaten wurde über Suspendierungen und Entlassungen von Lehrern berichtet, während in Texas gegen etwa 200 Lehrer ermittelt wurde.

In dieser Orgie der Hexenjagd wurde eine Website namens „Charlie’s Murderers“ eingerichtet, auf der die Namen von „Tausenden“ gesammelt und viele davon mit Details über die Arbeitgeber, den Standort und die Social-Media-Konten der betroffenen Personen veröffentlicht wurden. Und Trumps Worte über die brutale Verprügelung von Linken waren nicht nur leere Drohungen, sondern

Marschbefehle für die tatsächlichen Faschisten. Erinnern wir daran, wie er im Wahlkampf 2020 den Proud Boys [Faschisten] sagte, sie sollten „sich zurückhalten und bereitstehen“ – was sie auch taten. Und als Trump alle aufforderte, am 6. Januar 2021 nach Washington zu kommen, wo „es wild werden wird“, reagierten die Proud Boys, III-Percenter und andere faschistische Aktionsgruppen, brachten ein ganzes Arsenal mit und führten den rassistischen Lynchmob an, der den Kongress stürmte. Aber dieses Mal werden die Aufrufe zur Rache für den [nun getöteten] potenziellen zukünftigen Spitzenführer einer faschistischen Massenbewegung durch die gesamte Macht der Bundesregierung unterstützt.

Ein rassistischer rechter Kommentator bezeichnete die Ermordung von Kirk als „den amerikanischen Reichstagsbrand“ und forderte „ein totales Durchgreifen gegen die Linke“ (*New York Times*, 11. September). Der Autor hatte offenbar verstanden, wie der Brand des deutschen Reichstags 1933 von den Nazis fälschlicherweise den Linken angelastet und dann vom einen Monat alten Hitler-Regime als Vorwand für Massenverhaftungen von Kommunisten genutzt wurde. Und bei der Gedenkfeier für Kirk am 21. September würdigte Trumps Stellvertreter Miller den Anführer von Turning Point USA mit den Worten: „Wir (die MAGA-Bewegung) sind der Sturm.“ Das erinnerte gespenstisch an die Worte des Nazi-Führers Josef Goebbels bei der Beerdigung von Horst Wessel, einem lokalen Anführer der para-



Oben: Trumps Dekret vom 22. September und das Memorandum des Präsidenten zur nationalen Sicherheit vom 25. September verleumdete die linke. Unten: Maskierte Terroristen von Bundespolizeikräften bedrohen die lokale Bevölkerung während einer Razzia am 20. Juni in einer Autowaschanlage in Bell, Kalifornien.

Foto unten: Carlin Stiehl / Los Angeles Times

militärischen SA-Schlägertrupps, der 1930 von zwei Kommunisten ermordet worden war. Der Nazi-Propagandachef machte den Straßengangster zum Märtyrer und drohte: „Macht euch bereit für den Sturm.“ Das *Horst-Wessel-Lied* wurde zum Marschlied der Nazi-SA-Braunhemden.

Ja, in den Vereinigten Staaten gibt es heute starke Anklänge an den Nationalsozialismus und andere faschistische Massenbewegungen der Vergangenheit. Dies unterstreicht, dass wir jede Gelegenheit nutzen müssen, um Massenkämpfe zu organisieren, die das enorme Potenzial der multinationalen Arbeiterklasse zum Tragen bringen. Und das ist vor allem eine Frage der Führung.

Trumps große Lüge: NSPM-7 zielt auf die Linke als „Terroristen“ ab

Trump erkannte, dass Kirks Ermordung eine Gelegenheit bot, den Aufbau eines Polizeistaats voranzutreiben. Am 22. September erließ er eine Exekutivverordnung, in der „Antifa“ (für Antifaschisten) als „inländische terroristische Organisation“ eingestuft wurde. Und am 25. September unterzeichnete er das National Security Presidential Memorandum 7 (NSPM-7), eine Spezialanfertigung von Stephen Miller, angeblich zur „Bekämpfung des inländischen Terrorismus und der organisierten politischen Gewalt“. War es letztes Jahr noch die gängige Technik der Hexenjäger, antizionistische Opposition gegen den Völkermord von USA und Israel in Gaza mit Antisemitismus gleichzusetzen, so ist die Waffe der Wahl in diesem Jahr, Linke als „Terroristen“ und liberale Spender als Geldgeber zu brandmarken, die „kriminelles Verhalten unterstützen und begünstigen“. Wenige Stunden zuvor wurde berichtet, dass Staatsanwälte im ganzen Land angewiesen worden seien, Ermittlungen gegen die Open Society Foundation von George Soros einzuleiten.

Jeder, der auch nur die geringsten Kenntnisse über die radikale und weniger radikale Linke in den Vereinigten Staaten hat, weiß, dass „Antifa“ keine einzelne Organisation ist, sondern eine lose Bewegung, die Faschisten mit „direkten Aktionen“ bekämpft. Indem er aktive Opposition gegen faschistische Provokationen als „terroristisch“ bezeichnet, will der Möchtegern-Diktator im Weißen Haus die gesamte Linke ins Visier nehmen. NSPM-7 listet als „Indizien“ (Anzeichen) für „Terrorismus“ Dinge auf wie „selbsternannten ‚Antifaschismus‘“ und Opposition gegen „grundlegende amerikanische Prinzipien“ wie „Unterstützung für Strafverfolgung und Grenzkontrolle“. Weitere „Indizien“ sind „Antiamerikanismus, Antikapitalismus und Antichristentum; Unterstützung für den Sturz der Regierung der Vereinigten Staaten; Extremismus in Bezug auf Migration, Rasse und Geschlecht; sowie Feindseligkeit gegenüber denen, die traditionellen amerikanischen Ansichten zu Familie, Religion und Moral vertreten“.

Angesichts dieser Indikatoren fordert Trumps Memorandum „eine nationale Strategie zur Untersuchung und Zerschlagung von Netzwerken, Einrichtungen und Organisationen“, damit „die Strafverfolgungsbehörden eingreifen können, bevor es zu gewalttätigen politischen Handlungen kommt“, sowie zur Untersuchung von „Aktivitäten zur Rekrutierung oder Radikalisierung von Personen“. NSPM-7 ist eine Alles-in-einem-Kombination aus dem COINTELPRO-Programm des FBI-Chefs J. Edgar Hoover aus den 1960er Jahren zur Zerschlagung und mörderischen Unterdrückung linker und schwarzer militanter Gruppen und der antikommunistischen Hexenjagd von Senator Joe McCarthy aus den 1950er Jahren. Antifaschismus und Antikapitalismus mit „Terrorismus“ gleichzusetzen, ist offensichtlich falsch – aber wann hat das Trump, einen Meister der Hitler’schen großen Lüge, jemals gestört? Es mag nicht ausreichen, um eine Gruppe oder Person zu verurteilen, aber es reicht völlig aus als Vorwand, um „zu ermitteln“, „zu zerschlagen“ und Schlimmeres.

Das Memorandum ermächtigt die Joint



Einsatzleiter der Grenzpolizei, Gregory Bovino, lässt in einem CNN-Interview am 8. Oktober seinen inneren Gestapo-Mann durchblicken.

Terrorism Task Forces [vereinigte Sonderkommissionen Terrorismus] (von denen es in den USA etwa 200 gibt), nicht nur Gruppen oder Personen, die als „Terroristen“ bezeichnet werden, zu „ermitteln, zu verfolgen und zu zerschlagen“, sondern auch alle, die sich an „Einschüchterungen zur Unterdrückung rechtmäßiger politischer Aktivitäten“ (so bezeichnet die Bundespolizei Proteste gegen faschistische oder faschistoide Gruppierungen) oder an „Behinderungen des Rechtsstaats“ (wie sie den Widerstand gegen die ICE bezeichnen) beteiligen. NSPM-7 bezeichnet Proteste gegen Einwanderungsrazzien in Los Angeles und Portland als „Unruhen“ und „Angriffe“ auf die ICE und die CBP und definiert „Unruhestiftungen“, „Plünderungen“, „Hausfriedensbruch“, „Zerstörung von Eigentum“ und „öffentlichen Aufruhr“ als „terroristische Handlungen“. Das Justizministerium hat die Aufgabe, für Trump eine Beobachtungsliste „inländischer terroristischer Organisationen“ zu erstellen ... über den „Homeland Security Advisor“ Stephen Miller.

Auch dies geschieht per Dekret – durch Exekutivverordnungen und Präsidialmemoranden, die Gesetzeskraft haben. In diesem Fall benötigt Trump jedoch keine neuen Gesetze. Die „rechtliche“ Grundlage für einen Großteil davon wurde mit dem USA PATRIOT Act geschaffen, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon mit den Stimmen der überwiegenden Mehrheit der Republikaner und Demokraten durch den Kongress gebracht wurde. Hinzu kommen die vielseitigen RICO-Verschwörungsgesetze (Racketeer-Influenced and Corrupt Organizations, (kriminellen Vereinigungen beeinflusste und korrupte Organisationen), COINTELPRO (Störung von angeblichen subversiven Gruppen) und jahrzehntelange polizeiliche Überwachung von Linken, und schon kann es losgehen.



Der faschistoide nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Stephen Miller.



„Kriegsminister“ Pete Hegseth und Präsident Trump (unten) befahlen allen über 800 US-Generälen und Admiralen, sich am 30. September zu einer Kommandoaufrufung in einer Marine-Base außerhalb von Washington einzufinden. Die Tagesordnung lautete „maximale Tödlichkeit“ und Vorbereitung auf den „Krieg“ gegen den „inneren Feind“. Sie bereiten sich darauf vor, das Militär einzusetzen, um Demonstranten in den Straßen der US-Städte zu erschießen.



Wir haben das schon einmal erlebt. Unsere Vorgängerorganisation, die Spartacist League (SL), als sie noch die Stimme des revolutionären Trotzkismus war, verklagte 1983 das FBI und den US-Justizminister wegen der „Domestic Security/Terrorism Guidelines“ (Richtlinien zur inneren Sicherheit/Terrorismusbekämpfung) der Reagan-Regierung und der Ermittlungen gegen die SL unter diesen Hexenjagd-Kriterien. Ähnlich wie das neue Memorandum der Trump-Regierung richteten sich diese „Richtlinien“ gegen linke Gruppen, die ihre verfassungsmäßig geschützten Rechte auf freie Meinungsäußerung und Interessenvertretung ausübten, und diffamierten sie mit dem Etikett „Terrorismus“. Nach einem Jahr erklärte sich die Regierung bereit, ihre verleumderische „Definition“ der SL in einer Vereinbarung zurückzuziehen, die von einem gewissen Rudy Giuliani als US-Staatsanwalt unterzeichnet wurde (siehe „FBI gibt zu: Marxisten sind keine Terroristen“, *Workers Vanguard* Nr. 368, 7. Dezember 1984).⁵

Umwidmung des Militärs für den internen Krieg

Kurz nach der Veröffentlichung des „wenig bekannten“ NSPM-7 und zeitgleich mit der militärisch anmutenden Abschiebungsrassie in einem Wohnhaus im Süd-

den Chicagos⁶ lud die Trump-Regierung alle über 800 Generäle und Admirale, also die gesamte Führungsspitze der US-Streitkräfte, zu einer Kommandovorstellung am 30. September in der Marinekorpsbasis in Quantico, Virginia, außerhalb von Washington, ein. Dort sollten sie Pete Hegseth, den Sekretär des von Trump neu getauften Kriegsministeriums, und den US-Präsidenten zum Thema „Kriegerethos“

hören. Ein solches Treffen hat es seit Menschengedenken noch nie gegeben, und ein pensionierter hochrangiger Offizier fragte sich in den sozialen Medien, ob es sich dabei um eine Wiederholung der überraschenden Versammlung deutscher Generäle im Jahr 1935 handeln könnte, bei der sie „einen persönlichen Eid auf den Führer schwören mussten“. Hegseth antwortete: „Coole Geschichte, General.“

Was bei dem Treffen tatsächlich gesagt wurde, war erstens, dass das Militär „tödlicher“ werden müsse, und zweitens, dass der Hauptkrieg gegen „den inneren Feind“ geführt werde, ein ominöser Ausdruck, der

⁶ Siehe „Chicago Under Siege: Thousands Demand Stop Deportation Raids“ [Chicago unter Belagerung: Tausende fordern ein Ende der Abschiebungsrassien] in *The Internationalist* Nr. 76, Juni-Oktober 2025.



Die Internationalist Group/US ruft bei der Kundgebung zum 1. Mai in New York dazu auf, „die ICE (Migrationspolizei) Gestapo mit Arbeiterrevolution zu zerschlagen“.

an die Blütezeit des McCarthyismus erinnert. Hegseth sagte, er wolle „woke garbage“ (woke = politisch korrekt, [also den Müll der politischen Korrektheit]) loswerden, der „uns weniger tödlich und weniger fähig gemacht“ habe. Er würde „unseren Kriegern die Hände frei machen, um die Feinde unseres Landes einzuschüchtern, zu demoralisieren, zu jagen und zu töten. Keine politisch korrekten und anmaßenden Einsatzregeln mehr“, sondern nur noch „maximale Tödlichkeit“.

Dann kam Trump und sagte, dass „unsere Innenstädte“ „jetzt ein großer Teil des Krieges“ seien, weil „wir von innen heraus angegriffen werden“. Zu den betroffenen Städten sagte er:

„Die Demokraten regieren die meisten Städte, die in einem schlechten Zustand sind ... diejenigen, die von den radikalen linken Demokraten regiert werden. Was sie mit San Francisco, Chicago, New York und Los Angeles gemacht haben – das sind sehr unsichere Orte. Und wir werden sie eine nach der anderen in Ordnung bringen. Und das wird für einige der Menschen in diesem Raum eine Hauptaufgabe sein. Das ist auch ein Krieg. Es ist ein Krieg aus dem Inneren.“

Trump fuhr fort:

„Wir sollten einige dieser gefährlichen Städte als Übungsgelände für unser Militär nutzen – die Nationalgarde, aber das Militär. Denn wir werden sehr bald nach Chicago gehen. Das ist eine große Stadt mit einem inkompetenten Gouverneur, einem dummen Gouverneur, dummen...“

„Wie wäre es mit Portland? Portland, Oregon, wo es wie in einem Kriegsgebiet aussieht. Und ich bekomme einen Anruf vom liberalen Gouverneur: ‚Sir, bitte kommen Sie nicht her. Wir brauchen Sie nicht.‘ Ich sagte: ‚Nun, wenn sie nicht gerade gefälschte Aufnahmen abspielen, sieht es dort aus wie im Zweiten Weltkrieg. Ihr Ort brennt nieder.‘“

Und natürlich spielte Fox Media nochmals Aufnahmen ab von den Massenprotesten gegen die Bundeskräfte in Portland im Jahr 2020. Nicht, dass wahrheitsreue Reportage über die wirkliche Lage in Portland Trumps Behauptungen und Vorgehen irgendwie geändert hätten.

Trump betonte, dass er im August eine Exekutivverordnung unterzeichnet habe, um eine „Schnelle Eingreiftruppe“ zur „Bekämpfung von Unruhen“ einzurichten. Laut

der *Washington Post* (12. August) sehen diese Pläne eine Truppe von 600 Nationalgardisten vor, die in zwei Stützpunkten, einem in Arizona und einem in Alabama, stationiert sind, jederzeit einsatzbereit und innerhalb einer Stunde in jede beliebige Stadt der USA verlegbar. Darüber hinaus müssen laut Trumps Anordnung vom 25. August bis zum 1. Januar 2026 alle Bundesstaaten über Einheiten mit jeweils mindestens 500 Soldaten verfügen, die als Teil einer schnellen Eingreiftruppe dienen sollen. Gemäß dieser Anordnung würden diese Soldaten zur Durchsetzung von Bundesgesetzen „beauftragt“ werden. Trump versucht, die Verbote des Posse Comitatus Act von 1878 gegen den Einsatz des Militärs zur Unterdrückung im Inland zu umgehen, indem er die föderalisierten Einheiten der Nationalgarde in eine de facto stehende Streitmacht umwandelt.

Der pensionierte Generalmajor Randy Manner, ehemaliger stellvertretender Chef des National Guard Bureau, sagte, die Anordnung sei „zu 100 % politisch“: „Die Regierung versucht, das amerikanische Volk zu desensibilisieren, damit es sich daran gewöhnt, dass amerikanische Soldaten in Kampffahrzeugen durch die Straßen Amerikas patrouillieren.“ Er fügte hinzu, dass „das Ziel ganz offen gesagt darin besteht, das amerikanische Volk zu dominieren und zu kontrollieren“. Wenn man Hegseths Befehle über „maximale Tödlichkeit“ und Trumps Rede von einem „Krieg von innen“ in „Demokratischen Städten“ hinzufügt, baut die Regierung darauf hin, Demonstranten in den USA zu erschießen. Dies erinnert an die Operation Garden Plot, den Codenamen für Richard Nixons berüchtigten Plan zur „Beseitigung ziviler Unruhen“, der Ende der 1960er Jahre mit den Unruhen in Watts, Newark und Detroit als Vorwand entworfen wurde und die Inhaftierung Tausender US-Kriegsgegner in Militärbasen vorsah.

Bei der Unterzeichnung der NSPM-7 am 25. September im Oval Office erklärte der allgegenwärtige Stephen Miller, dass „dies das erste Mal in der amerikanischen Geschichte ist, dass es eine ‚ganzheitliche Regierungsinitiative‘ zur Bekämpfung des linken Terrorismus gibt“, die er als gigantisches, finanzstarkes Unterfangen darstellte, das bis zu den „Unruhen“ von Black Lives Matter zurückreicht. Offensichtlich umfasst diese groß angelegte Lügenkampagne zur Verleumdung und Unterdrückung der Linken auch das Militär. Donald Trump erklärt seine Absicht, das zu tun, was Nixon und Reagan nicht geschafft haben. Dafür braucht er den Apparat eines bonapartistischen „starken Staates“, der auf uneingeschränkter Militär- und Polizeimacht basiert. Dies ist eine klare und gegenwärtige Gefahr nicht nur für Einwanderer und radikale Linke (sowohl reale als auch imaginäre), sondern auch für viele andere Teile der US-Bevölkerung und für alle Verteidiger demokratischer Rechte. Die Frage ist, wie man sie bekämpfen und besiegen kann.

„Deep State“ oder Trump-Staat – es ist der kapitalistische Staat

Als Reaktion auf Trumps rasanten Angriff auf eine Reihe von Regierungsbehörden und den öffentlichen Dienst, den er seit Jahren als „Deep State“ bezeichnet, haben die Demokraten und ihre verschiedenen Frontgruppen (Moveon.org, 50501, Indivisible, Mobilize.org usw.) mehrere landesweite Demonstrationen organisiert, die zwar sehr groß, aber auch sehr wirkungslos waren. Bei den „No Kings“-Demonstrationen der Liberalen Mitte Juni und Mitte Oktober warfen viele Redner Trump vor, „unsere Demokratie“ zu kapern. Für die arbeitende Bevölkerung und unterdrückte soziale Schichten ist es jedoch nicht „unsere Demokratie“, sondern ihre *Pseudodemokratie*, in der beide Parteien das Kapital vertreten und die Interessen der Arbeiter, Einwanderer, Schwarzen, Frauen, Lesben, Schwulen und Transgender mit Füßen treten.

Beide Parteien haben in den letzten Jah-

Permanente Revolution

ren per Dekret (durch Exekutivverordnungen) regiert, was zum großen Teil daran liegt, dass die USA so stark und eng gespalten sind. Trump gewann die Wahlen 2024 mit 49,8 % der Stimmen, gegenüber 48,3 % für die Demokratin Kamala Harris, was einer Differenz von 1,5 % entspricht. Dennoch beanspruchen die MAGA-Republikaner das Mandat, ihre reaktionäre Agenda durchzusetzen. Die Demokraten ihrerseits hoffen vergeblich, dass die Gerichte und das Militär – Organe der Unterdrückung des kapitalistischen Staates – Trump in Schach halten werden. An dem Tag, an dem NSPM-7 verabschiedet wurde, konzentrierten sich die liberalen Medien auf die Anklage gegen den ehemaligen FBI-Direktor James Comey, der einige der gleichen Verschwörungsgesetze anwandte, um Whistleblower wie Edward Snowden zu verfolgen, die Regierungsgeheimnisse preisgaben, wie Trump sie jetzt gegen die Linke einsetzen würde. Biden nutzte die Gerichte als politischen Knüppel gegen Trump, so wie Trump sie jetzt gegen die Demokraten einsetzt.

Unterdessen setzen die Trump-Anhänger alles daran, ihre Macht zu behalten. Angesichts der bevorstehenden Zwischenwahlen 2026 drängen die Republikaner in „roten“ Bundesstaaten wie Florida und Texas auf die Kontrolle der Wahlausschüsse und betreiben wie verrückt Wahlkreismanipulationen, indem sie die Wahlkreisgrenzen neu ziehen, um ihre Sitze zu maximieren. In „blauen“ Bundesstaaten wie New York und Kalifornien tun die Demokraten dasselbe. Trump sinniert über eine dritte Amtszeit, was verfassungswidrig wäre. Aber es sei daran erinnert, wie er 2024 auf einem von Turning Point veranstalteten christlichen „Gipfeltreffen der Gläubigen“ sagte, dass sie, wenn sie im November für ihn stimmten, „nie wieder wählen müssten“. Und vergessen wir auch nicht, wie Trump versucht, per Dekret das Geburtsrecht auf Staatsbürgerschaft abzuschaffen, das durch den 14. Zusatzartikel zur Verfassung als direkte Folge des Bürgerkriegs eingeführt wurde.

Während Trump die Streitkräfte auf einen Krieg gegen den „inneren Feind“ vorbereitet, arbeitet die Regierung mit Hochdruck daran, zahlreiche Regierungsdatenbanken (IRS, Sozialversicherung, Medicaid, Medicare und mehr) in ein Bevölkerungsregister zu integrieren, das weitaus umfangreicher ist als ein nationaler Personalausweis, einschließlich individueller Wohn-, Finanz-, medizinischer, biometrischer und Überwachungsdaten. Milliarden von Dollar an mehrjährigen Verträgen wurden an Unternehmen wie Palantir und Amazon vergeben. Durch „öffentlich-private Partnerschaften“, die von den Demokraten um Bill und Hillary Clinton so geschätzt werden, festigt die Trump-Regierung einen wirklichen „Überwachungsstaat“.

Dieser Drang zur Polizeistaats Herrschaft ist nicht nur Trump oder den Vereinigten Staaten eigen, sondern ein internationales Phänomen, das das Bedürfnis der Herrschenden nach einem verstärkten Unterdrückungsapparat widerspiegelt, um die Folgen des ka-



Die Macht der mobilisierten Arbeiterklasse: Demonstranten besetzen während des Massenstreiks am 3. Oktober aus Solidarität mit dem palästinensischen Volk in Gaza den Bahnhof in Genua, Italien. Die faschistisch geführte rechtsextreme Regierung hatte ein Gesetzesdekret erlassen, das die Blockade von Eisenbahnen, Autobahnen, Häfen und Streikposten auf den Straßen verbot. Mit mehr als 2 Millionen Menschen auf den Straßen taten die Demonstranten genau das und machten das drakonische Polizeistaatsdekret wirkungslos, vorerst.

pitalistischen Verfalls zu bewältigen. In den Vereinigten Staaten jagen maskierte paramilitärische Trupps Einwanderer auf der Straße und in ihren Häusern, während Investoren in wilder Raserei Hunderte von Milliarden Dollar in den „Boom“ der künstlichen Intelligenz (KI) stecken. In diesem Jahr werden Unternehmensinvestitionen in Höhe von über 350 Milliarden Dollar in KI-Unternehmen (Cloud Computing, Chips, Rechenzentren) erwartet, die Geld verbrennen und von denen viele weit von der Rentabilität entfernt sind. Die daraus resultierende „Blase“ an den Aktienmärkten, bei der die Aktienkurse die Gewinne übersteigen, ist mit Abstand die größte in der Geschichte und nach einer Schätzung 17-mal größer als die „Dotcom-Blase“ von 2000-2001. Wenn die Blase platzt, könnte es zu Bankenstürmen und Unruhen kommen.

In Europa werden Sozialprogramme gekürzt (britischer National Health Service) oder abgeschafft (italienisches „Bürger Einkommen“), während die Militärausgaben steigen. Reformisten schlagen „Butter statt Kanonen“ vor, als ginge es um Haushaltsprioritäten, aber es geht um weit mehr als das. Das gesamte Gebäude des „Sozialstaatskapitalismus“, das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, um die Gefahr einer roten Revolution abzuwenden, wankt. Da ehemalige kommunistische und sozialistische Parteien sich nach rechts bewegt haben oder aufgelöst werden und die Gewerkschaften geschwächt sind, werden reaktionäre Kräfte stärker. Wie in den USA wird die wirtschaftliche Unzufriedenheit gegen Einwanderer gerichtet, und ohne eine starke Opposition durch eine wiederbelebte Arbeiterbewegung könnten faschistoide und offen faschistische Parteien in weiteren europäischen Ländern die Macht übernehmen. Und unabhängig davon, ob „Mitte-Links“

oder die extreme Rechte an der Macht ist, wird die polizeiliche Repression zunehmen.

Das letztendliche Ziel der Errichtung eines „starken Staates“ ist es, die Bevölkerung für den Krieg zu reglementieren und zu disziplinieren. Die Liga für die Vierte Internationale und ihre US-Sektion, die Internationalist Group, haben dazu aufgerufen, die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die Kriegstreiberei der Imperialisten und ihre militarisierte Repression zu zerschlagen. Dieses Problem ist besonders akut in Italien, wo die rechtsextreme Regierung von der faschistischen Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) von Premierministerin Giorgia Meloni geführt wird, einer Unterstützerin von Trump und Musk. Im Mai letzten Jahres verabschiedete ihre Regierung ein Gesetzesdekret, das die Blockade von Eisenbahnstrecken und Autobahnen, die Besetzung von Häfen und Bahnhöfen und sogar Streikposten von streikenden Arbeitern unter Strafe stellt. Die italienische Sektion der LVI forderte in ihrer Zeitung *L'internazionalista* (Mai 2025): „Für einen echten Generalstreik, um das ‚Sicherheitsdekret‘ und die Aufrüstung zu stoppen!“

Aber obwohl Italien eine rechte, NATO-imperialistische Regierung hat, verfügt es auch über eine mächtige und kämpferische Arbeiterklasse. Im September und Oktober gingen Millionen von Demonstranten auf die Straße und legten das Land **zweimal** lahm, als Reaktion auf Aufrufe zu „Generalstreiks“ durch kämpferische Basisgewerkschaften (*sindacati di base*), insbesondere Hafenarbeiter, das Land „für Gaza“ still zu legen. Am 22. September waren es 1 Million, und am 3. Oktober, als sich die CGIL, der größte Gewerkschaftsbund, als Reaktion auf den israelischen Angriff auf die Global Sumud Flotilla anschloss, kamen 2 Millionen Menschen in 100 Städten auf die Straße. Beide Male legten sie die Häfen und Eisenbahnlinien lahm, besetzten Bahnhöfe und Autobahnen, stellten Streikposten vor Waffenfabriken auf und füllten die Plätze. Die Macht der Arbeiterklasse wurde mobilisiert, und damit machten sie das „Sicherheitsgesetz“ zu einer leeren Hülse, vorerst.⁷

Die Eskalation der internen Repression ist Teil der Heimatfront des Kriegstreibens, während die Imperialisten auf einen therm nuklearen Dritten Weltkrieg zusteuern, der auf die Konterrevolution in China und die Zerstückelung Russlands abzielt. Die europäischen Herrscher drängen auf eine Militarisierung der gesamten Gesellschaft, von der

⁷ Siehe „Massenstreik für Gaza legt Italien lahm, Für internationale Streikaktion um den Genozid von USA/Israel in Gaza zu stoppen!“ (auf Seite 19), und „Europäische Hafenarbeiter rufen zu Streikaktion auf, um Waffenlieferungen zu stoppen“ (Seite 18).

Vorbereitung der Eisenbahnen und Autobahnen über die Vorbereitung der Krankenhäuser auf Massenopfer bis hin zur Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Einführung „patriotischer Erziehung“ in den Schulen, wie Trump es in den USA gefordert hat. Aber sie haben ein Problem: das Volk. In verschiedenen Meinungsumfragen geben etwa 60 % der Deutschen an, dass sie Deutschland im Falle eines Angriffs nicht verteidigen würden, und unter den Jugendlichen wollen mehr als 75 % nicht für Deutschland sterben.

Trump nutzt das Justizministerium, um Rache an seinen persönlichen Feinden zu üben, behandelt die Staatskasse wie ein Sparschwein, um Freunde und Verwandte zu bereichern, erhöht und senkt Zölle willkürlich und ruft „nationale Notstände“ aus (bislang neun im Jahr 2025), um seine Herrschaft per Dekret zu ermöglichen. All dies macht die Behauptung lächerlich, dass die „Demokratie“ der USA für die „Herrschaft des Gesetzes“ stehe oder das sei, was kontinentaleuropäische Rechtstheoretiker in Anlehnung an den deutschen Philosophen Immanuel Kant als *Rechtsstaat* bezeichnen, im Gegensatz zu willkürlicher Herrschaft. Aber das Bestreben, den Staat zu stärken und den Widerstand der Bevölkerung zu marginalisieren oder zu unterdrücken – wie beispielsweise gegen rassistische Polizeimorde in den USA und gegen den Völkermord in Gaza – wird von allen kapitalistischen Parteien vorangetrieben. Dies unterstreicht die grundlegende Tatsache: *egal ob es sich um den „Deep State“ oder einen Trump-Staat handelt, es ist der kapitalistische Staat.*

Der zunehmende *institutionelle Bonapartismus* ist seit Beginn des antisowjetischen Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg ein grundlegendes Merkmal imperialistischer „Demokratien“. Früher bezeichneten Liberale dies als „nationalen Sicherheitsstaat“. Aber um den beschleunigten Vorstoß für einen gepanzerten „starken Staat“ umzukehren, um **Trumps Polizeistaat zu verhindern**, werden keine Notlösungen wie Forderungen nach Gerichtsreformen, Schritte zur Amtsenthebung (damit der faschistoide Ideologe Vance Präsident werden kann?) oder Appelle an nicht existierendes „Völkerrecht“ etwas bewirken. Stattdessen ist es notwendig, **sich zu organisieren, um das kapitalistische System zu stürzen**, das in seiner Todesagonie unweigerlich Polizeistaaten und imperialistische Kriege hervorbringt. Der Kampf für **die internationale sozialistische Revolution** ist die einzige Hoffnung für die Menschheit.

Dass der Kapitalismus am Ende ist, ist kaum zu übersehen. Schaut euch nur um. Viele glänzende Gadgets, KI-Chatbots, die reaktionären Dreck von sich geben, öffentliche Bildung und Gesundheitswesen unter Beschuss, Lebensmittelausgabestellen, denen die Vorräte ausgehen, rassistischer Polizeiterror auf den Straßen ... für Einwanderer und jeden.

Was ist zu tun? Die Krise der Menschheit, wie Leo Trotzki im *Übergangsprogramm*, dem Gründungsprogramm der Vierten Internationale, schrieb, reduziert sich auf die Krise der revolutionären Führung. Die Bedingungen für eine Revolution sind nicht nur reif, sondern überreif. Worum es geht, ist der Kampf zur **Schmiedung einer wirklich sozialistischen, revolutionären kommunistischen Avantgarde**, die in den Schlüsselbereichen der Arbeiterklasse verwurzelt ist. Die Liga für die Vierte Internationale versucht, den Kern dieser Avantgarde zusammenzuschweißen und revolutionäre Arbeiterparteien zu schmieden, um die Kämpfe der Werktätigen und der Unterdrückten anzuführen, die umkämpften demokratischen Rechte zu verteidigen und den wahnsinnigen Ansturm auf einen Weltkrieg und eine verstrahlte Barbarei zu stoppen, die das Überleben der Menschheit bedrohen.

Das ist die Aufgabe, die wir erfüllen müssen, während Millionen Menschen weltweit angesichts des rapiden Verfalls des Kapitalismus nach Antworten und einem Weg in die Zukunft suchen. ■



Polizeistaat im Aufbau. Grenzschutzbeamte bedrohen Demonstranten und Journalisten mit „weniger tödlicher“ Munition, Los Angeles, 12. Juni.

Kriegspfad...

fortgesetzt von Seite 1

Der Zweck der neuen Ausrüstung und der politischen Mobilisierung besteht darin, in den imperialistischen Ländern der Europäischen Union und der NATO, die sich in einer langanhaltenden wirtschaftlichen und geopolitischen Krise befinden, die letzten Überreste des „Sozialstaats“ auszurotten, der nach dem II. Weltkrieg etabliert wurde, und, um die Revolutionsgefahr abzuhalten, die Kampftüchtigkeit für den kapitalistischen Klassenkrieg gegen die Werktätigen zu erzielen. Deshalb ist es umso wichtiger, die hektischen Kriegsvorbereitungen und den sozialen Kahlschlag mit revolutionärem Klassenkampf zu kontern. Vor allem gilt es, die unverzichtbare Aufgabe zu übernehmen, eine echte kommunistische Arbeiterpartei als Vorhut aller Ausgebeuteten und Unterdrückten aufzubauen.

Europa-US Spagat: Verschärfung der interimperialistischen Konkurrenz

Das bonapartistische Polizeistaatsregime in Aufbau des Möchtegerndictators und US-Präsidenten Donald Trump hat am 5. Dezember seine *National Security Strategy* [Nationale Sicherheitsstrategie] herausgebracht, unter dem Leitsatz „America First“, d. h. die USA zuerst. Was Europa betrifft, sind seine Ziele die Wiederherstellung der „strategischen Stabilität mit Russland“, die „Minderung des Konfliktrisikos zwischen Russland und europäischen Staaten“ und die „Förderung des Widerstands gegen den aktuellen Kurs Europas“. Und, natürlich, die „Öffnung der europäischen Märkte für US-amerikanische Waren und Dienstleistungen“. Es zielt also auf einen Handelskrieg ab und ruft implizit zum „Regimewechsel“ auf, um „patriotische Parteien“ zu fördern, hier vor allem die faschistoide Alternative für Deutschland (AfD).

Insgesamt wird argumentiert, dass Europa der festen Hand des US-Imperialismus bedarf, um „seinen derzeitigen Kurs zu korrigieren“. Mit seiner Betonung der angeblichen „zivilisatorischen Auslöschung Europas“ bekräftigt der US-Präsident die rassistische Theorie der Faschisten vom „großen Austausch“ der weißen Bevölkerung mit Nicht-Weißen durch „unkontrollierte Einwanderung“. Bezüglich der Ukraine, sagt das US-Strategiepapier, die Regierung Trump „befinde(t) sich im Widerspruch zu europäischen Beamten, die unrealistische Erwartungen für den Krieg hegen.“ Er will eine „rasche Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine verhandeln“, aber die Verhandlungen laufen im Kreis, und sein Vorhaben, die Überreste der Ukraine auszubeuten und die russische Wirtschaft für US-Konzerne zu öffnen, bleiben Träume.

Europäische Machthaber behaupten, Trump habe sich mit Putin gegen die Ukraine alliiert. Aber der US-Verteidigungshalt sieht eine weitere Finanzierung für Kiew vor, obwohl in vermindertem Maß in Höhe von 400 Millionen Dollar in den nächsten zwei Jahren, als Teil der Ukraine Security Assistance Initiative, die US-Unternehmen für Waffen für das ukrainische Militär bezahlt. Außerdem genehmigt er die Baltic Security Initiative und stellt 175 Millionen Dollar zur Unterstützung der „Verteidigung“ Lettlands, Litauens und Estlands bereit. Und die Zahl der US-Streitkräfte in Europa soll nicht unter 76 000 fallen (aktueller Stand: 80 000). Allerdings müssen die europäischen Imperialisten den Kauf von Kriegsmitteln, die den Krieg verlängern oder erweitern würden, wie das Taurus Raketen-System, selber finanzieren.

Darüber hinaus setzt die zweite Trump-Regierung den Plan der Biden-Regierung fort, ab 2026 Tomahawk-Mittelstreckenraketen und



Kriegsminister Pistorius und Bundeskanzler Merz inspizieren Bundeswehr Kampfbrigade mit Litauens Präsident Gitanas Nausėda und Ministerpräsidentin Inga Rutė in Vilnius am 22. Mai 2025. Es ist die erste dauerhafte Stationierung eines Großverbands deutscher Truppen im Ausland seit dem II. Weltkrieg.

Dark Eagle-Hyperschallraketen, beide mit Nuklearfähigkeit, in Deutschland zu stationieren. Das heißt, wenn russische Abwehrsysteme ihren Flug erkennen, muss Moskau davon ausgehen, dass Russland unter nuklearem Angriff steht, und entsprechend reagieren. Diese Provokation wurde von der deutschen Regierung schon als „Exekutivbeschluss“ durchgewunken. Um dies zu stoppen, sind dringend Arbeiteraktionen erforderlich. Es sollte Massenwiderstand geben wie vor vier Jahrzehnten, als im Oktober 1983 weit über eine Million Menschen auf die Straße gingen, um die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu verhindern. Ein Generalstreik dagegen wurde postuliert.

Die europäischen NATO-Mitglieder halten weiterhin die Illusion einer unmöglichen ukrainischen Rückeroberung des Donbass und der Krim aufrecht, während die Unterstützung der USA in einem Landkrieg mit Russland äußerst fraglich ist. Und während die europäischen Imperialisten von einer „Interpositionstruppe“ oder „Friedenstruppen“ sprechen, um der Ukraine „feste Sicherheitsgarantien“ zu geben, wird Russland das niemals tolerieren. Auch deshalb rücken die Pläne für eine massive Aufrüstung Europas in den Vordergrund, wobei Deutschland eine Führungsrolle einnehmen muss. Aber die Unmöglichkeit der Europäer alleine (ohne die USA) einen Krieg gegen Russland zu führen, erklärt die wiederholten Kapitulationen der deutschen Bourgeoisie und der EU gegenüber den USA in Zoll- und anderen Wirtschaftsfragen.

Die einzige Überraschung der schwarz-roten Regierung war, dass Friedrich Merz, der Mann des US-Finanzkapitals in Deutschland

(er war Chef von BlackRock Germany, dem deutschen Ableger des New Yorker Investitionsgiganten), einen anti-amerikanischen Ton angeschlagen hat. Er sagte schon am 24. Februar 2025 gegenüber dem *Handelsblatt*: „Für mich wird die absolute Priorität sein, Europa so schnell wie möglich zu stärken, um Schritt für Schritt eine echte Unabhängigkeit von den USA zu erreichen“. Die EU, ursprünglich als wirtschaftliche Stütze der US-dominierten NATO gegründet, übernimmt nun eine eigene militärische Rolle, wobei immer mehr Rufe nach einer „europäischen Armee“ laut werden. Damit ist klargestellt, dass der von einer ganzen Reihe linker Gruppen erhobene Slogan „Deutschland raus aus der NATO“, nationalistisch aber keineswegs anti-imperialistisch ist.³

Ein beunruhigendes Symptom: Einige Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine fragte einer der Redakteure der FAZ (29. Oktober 2022): „Braucht auch Deutschland die Bombe?“ Doch der deutsche Imperialismus bräuchte dazu auch die Raketen und Kampfflugzeuge, um die Bomben abzuwerfen. Kürzlich erklärte CDU-Fraktionschef Jens Spahn, „Wir müssen über eine deutsche oder europäische Teilhabe am Atomwaffen-Arsenal Frankreichs oder Großbritanniens reden, möglicherweise auch über eine eigene Teilhabe mit anderen europäischen Staaten“ (*Tagesspiegel*, 28. Juni 2025). Merz dazu: „Nein, dafür ist die Zeit nicht reif“ (FAZ, 16.

³ Siehe u. a. „KO nach der Scheidung: Nationalistische ‚Friedensbewegung‘ oder internationalistischer Klassenkrieg?“, *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024



Unheimliche Fackelzeremonie auf dem Gelände der Bundeswehrbrigade in Litauen beim Besuch des Heeresinspektors Christian Freuding, Oktober 2025.



Oktober). Heute nicht, aber morgen oder übermorgen?⁴

Kriegsmittel schaffen für mehr und mehr Waffen

Ein Schlüsselement des Kriegskurses ist der Beschluss des Bundestags vom 18. März 2025, alle Verteidigungsausgaben über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von der Schuldenbremse auszunehmen (jene Verfassungsänderung, die die vorherige CDU/SPD-Koalition 2009 durchgesetzt hatte, um die jährliche strukturelle Defizitquote auf 0,35 Prozent des BIP zu begrenzen). Dies bedeutet, dass die Militärausgaben unbegrenzt erhöht werden können. Wegen des schlechten Abschneidens der SPD und der Grünen (die die vorherige, völlig diskreditierte „Ampelkoalition“ angeführt hatten) bei der Bundestagswahl im Februar 2025 verfügen die Alternative für Deutschland (AfD) und die Linkspartei demnach über eine Sperrminorität von mehr als einem Drittel der Sitze im neuen Bundestag.

Damit können sie eine Verfassungsänderung blockieren und sich als Gegner der Regierung ausgeben. Deshalb musste Merz (und SPD-Kriegsminister Boris Pistorius) auf den scheidenden Bundestag zurückgreifen. Am 21. März 2025 wurden diese Finanzmaßnahmen dann auch vom Bundesrat gebilligt. Da die Linkspartei keinen Widerspruch einlegte, haben die Länder Bremen und Mecklenburg-Vorpommern (wo Die Linke Minister haben) zugestimmt. Die Bremer Linkspartei bekräftigte ihre Unterstützung für die Kriegskredite mit Verweis auf „die landespolitische Verantwortung unserer Linken [sic] Regierungsbeteiligung“. Auf dem Chemnitzer Parteitag Mai 2025 versprach die Bundesführung, Druck auf die Landesverbände auszuüben, damit diese die Bundespolitik der Linken umsetzen. Geschehen ist nichts.

Als dann am 26. Juni der Bundestag Steuerentlastungen für Unternehmen verabschiedet. Die Grünen und die Linkspartei waren dagegen. Am 11. Juli wurde diese Maßnahme im Bundesrat *einstimmig* verabschiedet. Also *wieder* gab es keinen Widerstand von der Linkspartei in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern (und auch nicht von den Grünen oder der BSW in den anderen Bundesländern, in denen sie Teil der Regierung sind). Im Parlament mit großem Getöse auftreten, im Bundesrat einfach durchwinken. Und vor allem, als es im Bundestag am 6. Mai wirklich darauf ankam, eilte die Linkspartei Merz eifrig zu Hilfe, indem sie einer Verfahrensregeländerung zustimmten, und es so ermöglichten, ihn in einer zweiten Abstimmung am selben Tag zum Kanzler zu wählen. „Bundespolitische Verantwortung“, scheits.

Parallel dazu stellte die Europäische Union unter Ursula von der Leyen (ehemalige deutsche Verteidigungsministerin) am 19. März 2025 den Plan „ReArm Europe / Readiness 2030“ vor. Militärausgaben sind nun vom Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU ausgenommen, der seit 1997 die nationalen Haushaltsdefizite auf 3 Prozent des BIP und die Gesamtverschuldung der Staaten auf 60 Prozent des BIP (in der BRD etwa 800 Milliarden Euro) begrenzt. Das Programm umfasst ein Darlehensprogramm in Höhe von 150 Milliarden Euro mit dem Namen „Security Action for Europe“ (SAFE). Die von-der-Leyen-Clique nutzte Notstandsbefugnisse, für die nur eine Mehrheit im Europäischen Rat erforderlich ist, und umging damit das Europäische Parlament und Vetos einzelner europäischer Staaten.

Erinnert man sich nur daran, mit welcher Starre die Berliner Regierung unter Angela

⁴ Ein Papier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, „Noch nicht Krieg, aber auch nicht Frieden“ (2025) argumentiert: „Das oftmals kolportierte Mantra hingegen, man könne einer Nuklearmacht nichts entgegensetzen, wäre genau die falsche und fatale Schlussfolgerung, denn Nuklearwaffen sind nicht omnipotent.“



„Donald Trump und die sieben Zwerge“. Der US-Präsident hält am 19. August 2025 im Oval Office eine Audienz mit dem ukrainischen Marionettenpräsidenten Selenskij (links) und europäischen Staats- und Regierungschefs ab, darunter Bundeskanzler Merz, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Merkel zusammen mit den Frankfurter Bankiers und den Brüsseler Eurobürokraten die Werktätigen Griechenlands in die Armut stießen, um diese Finanzregeln hartnäckig einzuhalten. Und jetzt, um Abermilliarden Euro für Panzer und Kriegsjets auszugeben, sind sie plötzlich weg.⁵ Die Finanzgier der europäischen Imperialisten spiegelt sich auch in der Fixierung auf die Beschlagnahme russischer Vermögenswerte zur Aufrüstung des ukrainischen Militärs, um die ukrainische Armee zu füttern. Am 19. Dezember ist dieses Vorhaben definitiv am belgischen Veto gescheitert, und jetzt müssen die EU-Regierungen Anleihen für 90 Milliarden Euro aufnehmen, die die Steuerzahler später (mit Zins) zurückzahlen müssen.

Die EU ist kein „Superstaat“, sondern vielmehr eine lose imperialistische Koalition, die auf einer deutsch-französischen Achse gegründet wurde. Die koordinierten europäischen Rüstungspläne werden sich als schwierig erweisen. Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris verläuft alles andere als reibungslos, und die Zusammenarbeit mit London ist seit dem Brexit (2016) nach wie vor eingeschränkt. Die meisten Rüstungsunternehmen sind relativ klein; ihnen fehlen Skaleneffekte und Forschungskoordination. Sie hinken ihren US-amerikanischen und anderen Wettbewerbern in der Satelliten- und Raketentechnologie hinterher. Zudem standen und stehen sie oft im Wettbewerb zueinander. Die Milliarden von Euro erscheinen angesichts des Ressourcenbedarfs eher unzureichend.

Die Herren des deutschen Kapitalismus haben sich wiederholt in den Fuß geschossen. Zuerst hatten sie auf die preiswerte Energie verzichtet, um die Russen zu „bestrafen“. Jetzt sollen sie sich von China „entkoppeln“, nach den Verlusten und Rückschlägen im Exportwettbewerb um Autos und andere Industrieprodukte. Sie müssen sich daher weiterhin mit dem US-Imperialismus verbünden, der ihnen aber in den Rücken fällt, und der Illusion nachjagen, die Verluste durch „Reparationen“ von einem besiegten Russland wieder wettzumachen. Das Einzige, was sie aus diesen Anstrengungen für sich buchen können, ist die Schaffung eines neuen Rüstungsgiganten. Nach den aktuellen Verkaufszahlen würde Rheinmetall weltweit den zweiten Platz unter den Rüstungsunternehmen belegen, hinter dem US-Giganten Lockheed Martin, dem Hersteller des US-Kampfflugzeugs F-35.

Rheinmetall ist jetzt „Europas heißeste Aktie“ (was an Rosa Luxemburgs Ausspruch 1914 erinnert: „die Dividenden steigen und die Proleten fallen“). Das Unternehmen steigerte seine jährliche Produktion von 155-mm-Artilleriegranaten von 70 000 im Jahr 2022 auf 750 000 im Jahr 2024, und will bis 2027 1,5 Millionen erreichen. Doch seine Panzer und Fregatten könnten leichte Beute sein, wenn die Firma nicht in den Bereichen Drohnen oder Satelliten aufholt. Für Drohnen arbeitet Rheinmetall mit der berühmtesten US-Wehrtechnologie-Firma Anduril zusammen – die ersten Feldversuche waren aber nicht vielversprechend. Ob die Bourgeoisie wirklich glaubt, dass Militärausgaben die Wirtschaft wiederbeleben werden?⁶ die Panzer sollen zumindest die kleineren Länder Mitteleuropas einschüchtern. Die Russen nicht.

Die Ostfront ist überall

Die Merz-Regierung will an der Ostfront eskalieren. Sie hat angekündigt, keine Informationen mehr über Waffenlieferungen in die Ukraine preiszugeben. Sollte Merz also seine Absicht, Taurus-Raketen gegen Russland in die Ukraine zu liefern, in die Tat umsetzen, wird die deutsche Bevölkerung über diesen gefährlichen Schritt in Richtung Weltkrieg in Unwissenheit gehalten.

Am 22. Mai reiste Merz gemeinsam mit dem Verteidigungsminister Pistorius nach Vilnius, Litauen, um die erste dauerhafte Stationierung eines Großverbands der Bundeswehr im Ausland seit dem Zweiten Weltkrieg offiziell zu eröffnen – die Panzerbrigade 45 mit 4800 Soldaten. Einige Monate später zeigte ein Propagandafilm der Bundeswehr eine unheimliche Fackelzeremonie, mit martialischer Musik aus dem Spielfilm Herr der Ringe, beim Besuch des neuen Heereschefs, Generalleutnant Christian Freuding. Dort trainieren sie für die schnelle Einsatzbereitschaft gegen den mutmaßlichen Feind, Russland. Bereits im Februar 2025 hat der CDU-Politiker Johann Wadephul, jetzt Außenminister, erklärt: „Russland wird für uns immer ein Feind sein“.⁷

Nirgendwo lässt sich dies besser veranschaulichen als im Baltikum (das ehemalige Revier der mittelalterlichen Deutschritter und der reaktionären Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg). Außerdem, gehören die baltischen Regierungen zu den lautstärksten Russland-Hassern in Europa, z. B. die EU-Außenbeauftragte, die Estin Kaja Kallas, dessen Großvater einer der Gründer des Estnischen Verteidigungsbunds war, der 1918-1919 gegen die bolschewistische Rote Armee gekämpft hat. Kallas hat vehement die Beschlagnahme (Raub) russischer Vermögenswerte in europäischen Banken gefordert, sich gegen jegliche territoriale Abgabe in der Ukraine ausgesprochen, verlangt, dass der Krieg nur mit einer russischen Niederlage beendet werden kann, und hat zur Zerstückelung Russlands in kleinere Staaten aufgerufen.

Als Teil der von Deutschland geführten NATO-„Kampfgruppe Litauen“, zusammen mit Truppen aus den Niederlanden – die bereits in die Bundeswehr integriert sind⁸ – würde Berlin belgische, französische, kroatische, luxemburgische und norwegische Kontingente unter deutsches Kommando stellen. „Der Schutz von Vilnius ist der Schutz von Berlin“ behauptete Merz in seiner Rede in Vilnius; was die beschleunigte Erweiterung des deutschen Militärs betrifft, „das erwarten auch zu Recht unsere Alliierten von uns; mehr noch, sie fordern es geradezu ein“.⁹ Mit seinem Großmachtwahn will Merz, dass Deutschland zum Hüter Osteuropas wird. Auf dem Weg zu einer „Pax Germanica“?

Die Kriegsvorbereitung ist nicht nur an der Ostgrenze des NATO-Gebiets zu spüren. Die „Drehscheibenfunktion Deutschlands“ ist jetzt das Schlagwort der Kriegspropaganda

⁷ 19. Oktober verkündete Merz gegenüber Russland: „Wir werden uns wieder verteidigen müssen [unsere Hervorhebung].“ Wieder wie 1914? Oder 1941?

⁸ Das I. Deutsch-Niederländische Corps besteht schon seit 1995, umfasst nun 10 weitere nationale Kontingente, und wurde 2003, 2009 und 2013 in Afghanistan eingesetzt.

⁹ Im Wortlaut <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-rede-vilnius-2349232>

der schwarz-roten Regierung. Das heißt, die Bundeswehr soll den Transport von Truppen und Waffen nach Osten kanalisieren.

„Berlin schätzt, dass 20 % der Autobahnen und über ein Viertel der Autobahnbrücken aufgrund chronischer Unterinvestitionen sanierungsbedürftig sind. Die deutschen Nord- und Ostseehäfen benötigen laut dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe Investitionen in Höhe von 15 Milliarden Euro, darunter 3 Milliarden Euro für die Modernisierung von Infrastruktur mit doppelter Nutzung, wie z. B. die Verstärkung von Dockanlagen.... Längerfristig plant Berlin, bis 2029 166 Milliarden Euro in die Infrastruktur zu investieren, darunter mehr als 100 Milliarden Euro in die lange vernachlässigte Eisenbahn, und der Infrastruktur mit doppelter Nutzung Priorität einzuräumen.“ – „Germany’s Secret Plan for War with Russia“ [Deutschlands geheimer Plan für einen Krieg mit Russland], *Wall Street Journal*, 27. November 2025

Neben dem Sondervermögen für den Krieg gibt es auch ein „Sonderinfrastrukturfonds“ in Höhe von weiteren 500 Milliarden Euro, der für eine umfassende Modernisierung der gesamten nationalen Infrastruktur bei Weitem nicht ausreicht. Damit wird gesagt, dass es in absehbarer Zukunft fast keine Investitionen in die zivile Infrastruktur geben wird.

Bei der Aufrüstung geht es jedoch nicht nur um Aufrüstung und Abschreckung – die Oberen im Bendlerblock¹⁰ bereiten sich auf den Einsatz vor. Die Ausbilder der Bundeswehr beschwerten sich, dass es „zu viele Soldaten gibt, die niemals den Krieg erlebt haben“.¹¹ Es besteht null Chance, dass Russland Deutschland angreifen würde, da es weder die Kraft dazu noch das Interesse daran hat. Sollte es zu Kämpfen entlang der 100 km langen „Suwalki-Lücke“ an der polnisch-litauischen Grenze kommen, die Belarus von der russischen Exklave Kaliningrad trennt, wären diese schnell vorbei, da Russland die Oberhand behält.¹² Es könnte jedoch zu einer westlichen Provokation kommen, wie der Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa im Juli andeutete, als er drohte, die NATO könne Kaliningrad mit „beispielloser“ Geschwindigkeit „erledigen“.¹³

¹⁰ Sitz des Verteidigungsministerium in Westberlin, und des Oberkommandos des Heeres in der Nazizeit.

¹¹ Siehe „Germany’s Army Is Rebuilding. What Could Go Wrong?“ (Die deutsche Armee im Wiederaufbau. Was könnte da schiefgehen?), *Politico Magazine*, September 2025.

¹² Siehe das Leit-Szenario in der „Kriegsausgabe“ von *Politico Magazine* (September 2025).

¹³ Siehe „Dying Imperialism Lashing Out on the Road to World War III“ (Untergehender Imperialismus schlägt wild um sich auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg), *The Internationalist* Nr. 76, Juni-Oktober 2025.

Wenn jedoch der Generaloberstabsarzt der Bundeswehr davon spricht, sich auf 1000 Verwundete pro Tag vorzubereiten,¹⁴ ist klar, dass es dabei um die Entsendung deutscher Truppen in die Ukraine geht. Auch wenn man sie als „Friedenstruppen“ bezeichnet, würden weder die Bundeswehr noch NATO-Truppen von Russland akzeptiert werden, und ihr Einsatz wäre eine Kriegsprovokation. Das ist so offensichtlich, dass man es als absolut unsinnig einstufen könnte. Man sollte aber niemals den Unsinn kriegstreiberischer Imperialisten unterschätzen. Ein Beispiel dafür ist das abgehörte Telefongespräch hochrangiger deutscher Generäle vom Februar 2024 über die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine, während der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, dass diese nicht geschickt würden.

Das deutsche Heer, das Hitlers Schlächterei ausführte, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst. Als jedoch auf dem Höhepunkt des antisowjetischen Kalten Krieges 1955 die Bundeswehr gegründet wurde, waren ihre ersten Führungskräfte ehemalige Stabsoffiziere der Wehrmacht. Ihr erster Einsatzleiter, Oberstleutnant Karl-Theodor Molinari, wurde beschuldigt, 1944 an der Ermordung von 105 französischen Widerstandskämpfern in Tulle beteiligt gewesen zu sein. Trotz aller Reden von „innerer Führung“ und Engagement für eine „demokratische Grundordnung“ hat es in der Bundeswehr immer faschistische Netzwerke gegeben, die Nazi-Terroristen versorgt haben. Im Jahr 2024 gab es fast 100 Entlassungen wegen Rechtsextremismus (und 875 Fälle), aber das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Für die deutsche imperialistische Armee und die finsternen Kräfte, die in ihrem Inneren herumwühlen, ist Russland seit 1900 – in zwei Weltkriegen und einem jahrzehntelangen Kalten Krieg – stets das Feindbild gewesen. Jetzt wird die Bundeswehr für den Krieg an der Ostfront aufgerüstet, jedoch koordiniert sie sich auch mit dem internen Repressionsapparat, insbesondere wenn der Ausnahmezustand ausgerufen wurde.¹⁵ Während Wehrpflichtige „Arbeiter in Uniform“ sind, ist die Armee (zusammen mit Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, usw.) die gepanzerte Faust des Kapitals. Der Kampf gegen die Militarisation ist daher eine Verteidigung der demokratischen Rechte und muss sich stützen auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Schutz von allen, die vom

¹⁴ Siehe „Schulstreik: Kein ‚Kanonenfutter‘ für den deutschen Imperialismus!“ auf der Seite 32 von dieser Ausgabe von *Permanente Revolution*.

¹⁵ Siehe „Leben in einer Panzerrepublik“ auf Seite 16 dieser Ausgabe von *Permanente Revolution*.

Leben in einer „Panzerrepublik“

Die NATO-Übung „Red Storm Bravo“, die vom 25. bis 29. September in Hamburg durchgeführt wurde, sollte die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der Polizei, der Feuerwehr und den Katastrophenschutzkräften proben. Laut einem ausführlichen Artikel im *Wall Street Journal* (27. November 2025) über „Deutschlands Geheimplan für einen Krieg mit Russland“¹ war die Übung Teil eines Plans aus einem 1200 Seiten starken Dokument mit dem Titel „Operationsplan Deutschland“, kurz OPLAN DEU. Die Zeitung berichtete:

„Das Szenario war ein OPLAN im Kleinformat: 500 NATO-Soldaten sollten im Hafen landen, um einen Konvoi von 65 Fahrzeugen zu bilden, der durch die Stadt in Richtung Osten fahren sollte.... Bei Sonnenuntergang gingen die getarnten Soldaten an Land und versammelten sich schweigend am Kai, während Hubschrauber über ihnen kreisten. Kurz vor Mitternacht brach der Konvoi in Richtung Stadt auf.... Dann begannen die Dinge, vom Drehbuch abzuweichen.“

Eine schwarze Drohne sorgte für kurze Aufregung, bis bestätigt wurde, dass es sich um eine Drohne der Bundeswehr handelte.

„Dann sprangen Demonstranten aus Büschen und klebten sich vor den Fahrzeugen auf den Asphalt. Der Vorfall war Teil der Übung, und die Demonstranten waren Reservisten....Die Polizei, die eingreifen durfte, hatte jedoch nicht die erforderlichen Lösungsmittel, um



die simulierten Demonstranten zu lösen. [...] Es dauerte zwei Stunden, bis die Fahrzeuge wieder starten konnten. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits früh am Morgen und der Konvoi hatte insgesamt 10 km zurückgelegt.“

Also, ein Plan für den Krieg mit Russland, und die Übung befasst sich mit Demonstranten in Deutschland. *Sie üben für einen Krieg im eigenen Land.*

Es war nicht die einzige Übung. Als nächste kam „Marshal Power“ in Bayern vom 22. bis 29. Oktober 2025, die 500 Feldjäger (Militärpolizei der Bundeswehr) einsetzte, die sich mit 300 „zivilen Einsatzkräften“ koordinieren sollten. Laut dem Szenario handelte es sich um einen fiktiven NATO-Bündnisfall, worin ein NATO-Staat von einem „autoritären Aggressor“ überfallen wurde, und deshalb sollte die BRD Soldaten in Richtung Osten schicken. Hier haben wir den Höhepunkt der Dämonisierung von Kriegsgegnern als „russische Agenten“.

„Die Einsatzkräfte sollen laut Bundeswehr das Vorgehen gegen Bedrohungen hinter einer fiktiven Frontlinie, im sogenannten ‚rückwärtigen Raum‘, trainieren – zum Beispiel gegen Drohnen, Sabotage oder sogenannte ‚irreguläre Kräfte‘. Damit sind bewaffnete Kämpfer gemeint, die nicht einer

¹ Siehe dazu „Wall Street Journal: So berichtet ein US-Medium über Deutschlands Kriegspläne“, *Berliner Zeitung*, 2. Dezember 2025.



staatlichen Armee zuzurechnen sind. Angenommen wird dafür ein Szenario, in dem ein Nato-Mitgliedsstaat angegriffen wird und das Bündnis verteidigt werden muss.“

– *Die Welt*, 23 Oktober 2025

Auch diesmal ist die Übung schiefgegangen, als ein Polizist, unbewusst des Geschehens vor Ort, scharf auf einen Soldaten schoss und ihn verletzte (BR24, 27. Oktober), was viel Aufruhr in dem 8000 km² großen Übungsraum nordöstlich von München verursachte.

Und schließlich „Bollwerk Berlin III“ vom 17. bis 21. November 2025 in Berlin. Hier handelte es sich um das Wachbataillon, dessen Aufgabe es ist, die Bundesregierung zu verteidigen. Hier stiegen sie in einen Tunnel beim U-Bahnhof Jungfermheide für ein „Feuergefecht im Untergrund“ und „einen längeren Kampf mit bewaffneten, irregulären Kräften“ (*Süddeutsche Zeitung*, 20. November). Sie trainierten auch im stillgelegten Chemiewerk in Rüdersdorf, auf dem Polizeigelände „Fighting City“ in Ruhleben, übten Orts- und Häuserkämpfe und Sicherung gegen „Saboteure“ (O-Ton Bundeswehr). Die „Ostfront“ ist überall!

Gerade bei den Manövern, die in diesem Herbst durchgeführt wurden, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands als „Dreh Scheibe“ zu testen, werden die Absichten der herrschenden Klasse deutlich. Der genaue Inhalt des „Operationsplans Deutschland“ der Bundeswehr bleibt geheim, aber er widerspiegelt sich im „Grünbuch“ *Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall* (Januar 2025), verfasst von sechs aktuellen und ehemaligen Parlamentsabgeordneten (darunter André Hahn von der Linkspartei). Das Grünbuch zeigt kein Interesse am Verfall der physischen Infrastruktur, sondern vielmehr daran, den Widerstand der Menschen gegen die Militarisierung zu brechen. Hier taucht wieder die berühmte „hybride Kriegsführung“ auf, in der Forderung nach „Modernisierung der Gesetze“, um „effektiver zu ahnden“.

Die Medien treiben nun eine Debatte über die Ausrufung eines „Spannungsfalles“ voran, einer Vorstufe zum „Verteidigungsfall“ gemäß den Notstandsgesetzen, die 1968 von einer vorherigen „Großen Koalition“ von SPD-CDU eingebracht wurden, die den Ein-

satz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands ermöglichen sollten. Diese lösten enorme Demonstrationen und auch Widerstand der Arbeiter aus, die von der SPD und Gewerkschaftsbürokraten verraten wurden. Am 12. November 2025 schlug der außen- und militärpolitische Berater Roderich Kiesewetter (CDU) die Ausrufung eines Spannungsfalles vor, unter dem Vorwand einer Bedrohung durch „russische Drohnen“. Schon dies würde die Wehrpflicht und die Requirierung von Zivilisten, Transportmitteln und ganzen Kompanien für militärische Zwecke einführen.²

Die Taktik der Regierung, die Wehrpflicht schrittweise aber unaufhaltsam einzuführen (siehe „Kein ‚Kanonfutter‘ für den Deutschen Imperialismus“ auf Seite 32 in dieser Ausgabe), steht etwas im Widerspruch zu diesem überstürzten Ansatz. Aber „Gerade in der Drehscheibenfunktion Deutschlands könnte das ASG [Arbeitssicherstellungsgesetz – eine Ergänzung zu den Notstandsgesetzen] eine wichtige Bedeutung bekommen“, sagt ein Ex-Offizier in einem Nachdenkstück vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS), dem die Bestimmungen zur Requirierung von Zivilpersonen von 1968 zu restriktiv waren. Selbst diejenigen, die als Soldaten ungeeignet sind, sollen *verpflichtet* werden, dem Militär zu helfen.

Das Endziel der Bourgeoisie, heute wie 1968, besteht darin, Streiks zu verbieten, den Pool an Zwangsarbeitern zu vergrößern und die Armee für einen Bürgerkrieg vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wird die medizinische Versorgung auch ins Visier der Vorbereitung für den Krisenfall geraten. Krankenhäuser und Kliniken würden privatisiert bzw. geschlossen, Pflegepersonal drastisch eingespart. Aber Geld aus dem Sonderfonds soll z. B. für Bunker, Materiallager und Bau von Bettenkapazitäten für den Kriegsfall ausgegeben werden. Die Regierung sieht ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ vor. Es handelt sich schon wieder um die Notstandsgesetzgebung und Zwangsrekrutierung im „Spannungsfall“.

Nadja Rakowitz vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte beschreibt die

² Siehe „Der Spannungsfall“, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10198>, 14 November 2025.

Abscheulichkeit dieser kaltblütigen Eingriffe:

„Insbesondere finden wir besorgniserregend, dass eine ‚umgekehrte Triage‘ erwogen wird: Militärpersonal soll vor zivilen Erkrankten Vorrang bekommen, damit es schnell wieder an der Front einsetzbar ist.... Im Berliner Rahmenplan wird in dem Zusammenhang das Sterbenlassen ‚hoffnungsloser‘ Patientinnen und Patienten angesprochen. Das Auftauchen akut erkrankter Menschen aus Pflegeeinrichtungen in Notfallambulanzen ist als Störfaktor benannt. Erwogen wird, längerfristig medizinisch notwendige elektive Eingriffe wie etwa Hüftoperationen einzustellen oder zu verschieben. Verschleiern heißt es: Individualmedizin müsse auf Katastrophenmedizin umgestellt werden. Ziel ist aber, die medizinische Versorgung militärischen Kriterien zu unterwerfen.“

– „Was will die Bundeswehr von den Krankenhäusern?“, *Junge Welt*, 12. November 2025

Das Ziel dieser Grausamkeit, die als Planung für einen hypothetischen Krieg dargestellt wird, ist es, die Bevölkerung dazu zu bringen, nicht „weichherzig“ zu sein und die schwindenden Gesundheitsressourcen zu rationieren. Der CDU-„Gesundheitspolitiker“ Hendrik Streeck mit seinen berüchtigten Erklärungen – „Gesundheit ist keine All-inclusive-Dienstleistung des Staates“, „Nicht alles, was medizinisch möglich ist, ist auch sinnvoll“ usw. – ist nur ein etwas übereifriger Vorreiter.

Es gibt Provokation über Provokation: „Es ist zu einfach, sich in Deutschland krank schreiben zu lassen“, sagt Britta Seeger, die Personalchefin von Mercedes-Benz (*Handelsblatt*, 20. Dezember 2025). Der Titel des Interviews: „Frau Seeger, sind die Beschäftigten zu faul?“ Tesla in Brandenburg ist berüchtigt für sein unerbittliches Vorgehen gegen kranke Arbeiter. Die Kampagne gegen „Blaumacher“ hat nun auch Betriebe erreicht, in denen die Arbeiter eigentlich durch die Gewerkschaften geschützt sein sollten. Über 500 Kündigungen bei Volkswagen wegen „Fehlverhaltens“ im ersten Halbjahr 2025. Aber Schweigen seitens des VW-Betriebsrats. Dieser tiefgreifende Eingriff in den Alltag der Arbeiter wird durch die vollständige Kapitulation der Gewerkschaftsbürokratie ermöglicht.

Im Mittelpunkt all dieser Übungen stand die „zivil-militärische Zusammenarbeit“, insbesondere das gemeinsame Vorgehen der Bundeswehr mit Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Polizei, aber auch mit den Behörden, einschließlich der Bundesagentur für Arbeit sowie der Hafenbehörde und verschiedener Unternehmen. Gerade dafür entwickelt das GIDS Vorschläge zur Konkretisierung der Erweiterung des Pools an Zwangsrekrutierten.³ Aber eine Mobilisierung der sozialen Macht der Hafenarbeiter (die sich bereits in der Niederlage der Polizei während des Streiks im Juli 2022 andeutete.⁴ könnte diese Provokation im Keim ersticken. Und entschlossener Widerstand seitens der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Metallarbeiter kann diese anti-humanitären, streikbrechenden Befugnisse zunichte machen. Das erfordert vor allem, eine klassenkämpferische Führung zu erkämpfen, gegen Bürokraten und Reformisten, die sich der kapitalistischen Kriegslogik beugen. ■

³ Siehe „Hamburg im Krieg“, <https://www.german-foreign-policy.com>, 25. September 2025.

⁴ Siehe „Krieg im Osten: USA / NATO / EU / BRD, Die Kriegstreiber sind hier“, *Permanente Revolution* Nr. 6, Winter 2022-2023.

Tobias Schwarz / AFP



NATO-Übung Red Storm Bravo, Hamburg, September 2025.



NATO-Übung Marshal Power, Bayern, Oktober 2025.

Bundeswehr

Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse gegen Militarisierung!

Im Ernstfall eilen die Bürokraten

den Kapitalisten zu Hilfe

Die Militarisierungskampagne, die mit der „Zeitenwende“-Rede des Sozialdemokraten Olaf Scholz im Februar 2022 zum Russland-Ukraine-Krieg begann, ist nun nach den Worten des Christdemokraten Friedrich Merz zu einem „Epochenbruch“ geworden, der die gesamte Gesellschaft einbeziehen wird. Nachdem der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR inmitten der konterrevolutionären Welle von 1989–1992 zerstört wurde, ist nun auch der kapitalistische „Sozialstaat“, der mit der „Bonner Republik“ identifiziert wird, „für immer verschwunden“, wie der Bundeskanzler sagt. Keine Zugeständnisse mehr an die Massen. Der Drang nach einem dritten Weltkrieg erfordert Opfer von allen. So sagen die kapitalistischen Politiker und ihre bürokratischen Helfershelfer.

In Kriegszeiten sind die Gewerkschaften und reformistischen Arbeiterparteien immer zum Burgfrieden berufen. Und während Berlin sich für den direkten Krieg mit Moskau vorbereitet, ist Deutschland schon mitten im imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Russland um die Ukraine. „Kanonen oder Butter: Aufrüstung der Merz-Regierung gefährdet den Sozialstaat“, titelte die SPD-nahe *Frankfurter Rundschau* (16. Juli 2025). Sie wiederholt die Losung, die seit den späten 30er Jahren von den Sozialdemokraten erhoben wird. Aber es handelt sich nicht um Budgetprioritäten. Die Imperialisten setzen auf Krieg, um ihr untergeordnetes System zu retten, und den Sozialstaat, der in der Nachkriegszeit zugestanden wurde, um die Revolution abzuwehren, kann sich der zerfallende Kapitalismus in dieser Kriegszeit nicht mehr leisten.

Im Klartext: **Die heutige Kriegsvorbereitung ist in erster Linie ein Klassenkrieg gegen die eigene Bevölkerung**, insbesondere die Werktätigen. In diesem erbitterten Kampf muss klar sein, dass **die Gewerkschaftsbürokratie**, obwohl sie ihre Existenz diesen Arbeiterorganisationen verdankt, **„Arbeiterleutnants des Kapitals“** sind, die es mit einer **Klassenkampf-führung** hinauszuerwerfen gilt, um die **Macht der Arbeiterklasse zu entfesseln**. Die Aufgabe, die in dieser Zeit der galoppierenden Reaktion auf der Tagesordnung steht, ist nicht, aussichtslos Druck auf die Kapitalisten und Bürokraten auszuüben und sich auf defensive Kämpfe zu beschränken, sondern die Kampfkraft der Arbeiter zu verstärken und mit einem Übergangsprogramm **den Weg zur sozialistischen Weltrevolution** aufzuzeigen.

Es knirscht etwas an der Spitze. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sagt: „Wir holen die Beschäftigten schon jetzt vor die Werkstore, um für Firmenstandorte zu kämpfen“ (*Die Welt*, 11. Oktober). Dies wird von der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) begrüßt und so dargestellt, dass sie es mit „Streiks gegen die markliberale Politik“ gleichsetzt, sowie damit, die „Notwendigkeit von politischen Streiks anzuerkennen“. Einige zahllose Werksversammlungen vor den Werkstoren, um dem Arbeiterzorn Luft zu machen, ist alles Andere als ein Streik gegen die kapitalistische Politik, und weder Fahimi noch die VKG erwähnen den Zusammenhang zu den Kriegsvorbereitungen der Regierung, noch weniger die Notwendigkeit der Arbeitermobilisierung, um sie zu besiegen.

Am 15. März 2025 rief die IG Metall (IGM) zu einem Aktionstag „für sichere Arbeit“ in fünf Städten bundesweit auf. Während Entlassungen und Werksschließungen ungebremst weitergingen, wurden von der IGM und der IG Bergbau, Chemie, Energie über 80 000 Arbeiter mobilisiert, um Dampf

abzulassen und Appelle an die Kapitalisten zu hören, „in die Zukunft zu investieren“. Der IGM-Bericht selbst zitiert einen Arbeiter, der die hohen Energiepreise aufwarf; die Bürokraten aber schwiegen. Redet nicht über die antirussischen Sanktionen und den Kriegseinsatz – das ist die Vorgabe! Die IG-Metall-Spitze feierte anschließend die Umsetzung des 500-Milliarden-Euro-„Investitionspakets“ – das ausdrücklich Teil der Militarisierung ist – als ihren eigenen „Erfolg“.

Bei den Tarifverhandlungsrunden 2025 der IGM in der Metall- und Elektroindustrie, der Eisenbahner oder der ver.di für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) sind die Ergebnisse trotz Unruhen in den eigenen Reihen gleich: kein wirklicher Kampf und klägliche Lohnerhöhungen, die letztendlich einen Reallohnverlust bedeuten, zuzüglich jahrelanger Streikverzichtserklärungen. Jetzt werden die Vertragsverhandlungen der ver.di mit den Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und IG BAU denselben Verlauf nehmen, *wenn die Mitglieder nicht die Kontrolle aus den Händen der Bonzen entreißen*.

Die ver.di-Bürokratie will lediglich eine Gehaltserhöhung von 7 Prozent über 27 Monate – schon wieder Reallohnverlust – und wird bestimmt eine „Flexibilisierung“ und Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden akzeptieren, wie es bereits im TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) vorgesehen ist. Ein Vorgeschmack: Die ver.di-Oberen haben die Homepage der Betriebsgruppe der Freien Universität Berlin abgeschaltet, die mehr als die kläglichen 7 Prozent forderte, und dafür bekannt ist, sich gegen den Kriegseinsatz und Waffenlieferungen an Israel ausgesprochen zu haben.

Obwohl in einigen Landesverbänden der GEW mit heftigen Debatten angesprochen, wird das Thema der sogenannten „Regelanfragen“ an Landesämter für Verfassungsschutz von ver.di ignoriert. Hierbei handelt es sich um eine Wiederbelebung der in den Siebzigerjahren gegen die Linke (insbesondere Lehrer) eingeführten „Berufsverbote“, die nun in verschiedenen Ländern in Kraft treten, um unerwünschte „Extremisten“ und „Antisemiten“ im öffentlichen Dienst auszusortieren. Angesichts der faschistischen Nester in Armee, Politik und Justiz ist dies offensichtlich eine Waffe gegen Linke und pro-palästinensische Aktivisten. Diese Ausschlussmaßnahmen haben die volle Zustimmung des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg. **Klassenkämpferische Gewerkschafter müssen für die Abschaffung der „Regelanfrage“ kämpfen!**

Während die deutsche Autoindustrie zusammenbricht, schicken die Bürokraten der IG Metall einen Teil der verzweifelten Arbeiter in die Rüstungsfabriken (auch unter Berufung auf die „nationale Verteidigung“!). Jan Otto, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin meint: „Im Fall der Fälle möchte ich schon, dass wir uns verteidigen können. Und dann produzieren wir den Kram schon lieber hier, wenn er denn produziert werden muss.“ Dirk Schulze, Bezirksleiter der IGM Berlin-Brandenburg-Sachsen, sagte zur Übernahme des Görlitzer Eisenbahnwerks durch den deutsch-französischen Panzerhersteller KNDS: „Sicherlich ist nicht jeder glücklich über die Umstellung auf die Produktion von Militärtechnik... Unbestreitbar aber ist, dass wir – leider – in diesen Zeiten diese Produktion benötigen“ (*Neues Deutschland*, 25. April 2025). Quatsch!

Die IGM verliert massenhaft Mitglieder.

Hunderte von ihnen in einem Bosch-Werk in Schwäbisch Gmünd gründen eine unabhängige Vereinigung. Deren Vorsitzender wirft den IGM-Bürokraten vor, Informationen über bevorstehende Entlassungen zurückzuhalten. Ein konkretes Programm hat die Vereinigung jedoch nicht, außer dem Versprechen, sich gegen diese Entlassungen zu wehren. Es bringt nichts, höflich vorzuschlagen, dass der DGB demokratischer agieren, seine Mitglieder mobilisieren und einen Kurswechsel vollziehen soll. Angeblich „marxistische“ Gruppen und gewerkschaftliche „Oppositionelle“ stellen ihre Kritik an den Bürokraten immer noch als Versuch dar, diese aufzurütteln und zum richtigen Handeln zu bewegen. So beklagte sich die Deutsche Kommunistische Partei in *Unsere Zeit* am 25. April 2025, ver.di habe die Mitglieder nicht „vorbereitet“. Aber nicht doch, die „Vorbereitung“ bestand darin, die Arbeiter mit endlosen Warnstreiks zu demoralisieren.

Notwendig ist eine Opposition, die sich auf ein Programm des Klassenkampfes unter revolutionärer Führung stützt. Dazu gehören Fabrikbesetzungen in der ganzen Branche gegen Betriebsschließungen, und unbefristete Streiks, angeführt von gewählten Streikkomitees, um die Sabotage der kriegsbefürwortenden, sozialpartnerschaftlichen Handlanger des Kapitals zu verhindern. Die opportunistische „Linke“ zerbricht sich darüber den Kopf, wie man „politische Streiks“ legalisieren kann. In der ganzen Geschichte der „wilden Streiks“ von 1948 bis zur Streikwelle vom September 1969 hat jedoch niemand um Erlaubnis gefragt. Und die Tausenden von Fabrikbesetzungen gegen Entlassungen und Werksschließungen, die es gegeben hat (12 800 allein in 1983), wurden formell verboten („Störung des öffentlichen Friedens“).

In Frankreich, wo es Jahrzehnte massiver Streiks gegeben hat, um die Versuche der Bourgeoisie zu bremsen, das Rentensystem abzubauen, kann der Ruf zu einem unbefristeten Generalstreik angebracht sein. In Belgien hat es 2025 zwei offiziell von den Gewerkschaften aufgerufene Generalstreiks gegeben, der zweite vom 24. zum 27. November gegen den „Rentenraub“. Unterdessen hat die deutsche Bundesregierung die Rentenzahlungen eingefroren (mit der Option, diese im nächsten Jahr wieder aufzunehmen und das Rentenalter anzuheben). Sowohl der DGB als auch die Linkspartei akzeptierten dies als „kleineres Übel“. Aber ein 24-stündiger „Generalstreik“ (Arbeitsniederlegung plus Demo), wie ihn die VKG vorschlägt und der für viele Linken ihr Maximalprogramm in diesen Zeiten ist, wäre bei weitem nicht ausreichend, um die Offensive der Bosse zurückzuwerfen.

Eine echte Strategie zur Bekämpfung dieses kapitalistischen Klassenkriegs gegen die Werktätigen bedarf Schlüsselindustrien zu bestreiken; Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und die Aufteilung der verfügbaren Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose; Lohnsteigerungen an die Inflation zu koppeln; bestreikte Betriebe und Banken zu besetzen und ihre Bücher zur Kontrolle durch Arbeiterkommissionen zu öffnen. Im Rahmen eines solchen Programms zur Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse kann der Aufruf zum Generalstreik erforderlich sein, zusammen mit der Arbeiterkontrolle der Produktion auf dem Weg zur sozialistischen Revolution. In dem Fall würde sich die Frage stellen, welche Klasse herrscht. Sie muss von Organen der proletarischen Macht, Arbeiterräte unter revolutionärer Führung,

beantwortet werden.

Gerade weil der Kurs zu einem imperialistischen Weltkrieg und der Druck für einen Polizeistaat „im eigenen Land“ Ausdruck des verrotteten kapitalistischen Systems sind, können sie nur mit einem revolutionären proletarischen Programm bekämpft werden. Verschiedene Strömungen, die sich als kommunistisch und sogar trotzkistisch bezeichnen, sind der Ansicht, dass es in dieser Zeit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rückschritts notwendig ist, eine rein defensive Haltung einzunehmen, um bestenfalls den Status quo zu erhalten. Sie schließen sich damit den sozialdemokratischen Reformisten und der Gewerkschaftsbürokratie an. Im Gegenteil, in Zeiten harter Klassenkämpfe, in denen das Gebäude des Sozialstaatskapitalismus bröckelt und dauerhafte Reformen nicht möglich sind, müssen wir auf der Grundlage eines Programms kämpfen, das auf die Eroberung der Macht durch das Proletariat abzielt.

Dabei ist auch notwendig **für Arbeiteraktionen gegen den imperialistischen Kriegskurs** zu kämpfen, und ausdrücklich für die **Niederlage der NATO-Imperialisten** (und ihrer Kiewer Marionettenregierung und deren von Faschisten verseuchten Armee) in ihrem Stellvertreterkrieg gegen Russland. Die Russische Föderation ist ein mittleres kapitalistisches Land (sowie auch die Ukraine, die jetzt die stärkste Armee Europas hat, außer Russland, mindestens dreimal größer als die künftige Bundeswehr), das seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion ständig unter imperialistischem Druck steht. Die allermeisten Linken jedoch, anstatt eine antiimperialistische Klassenlinie zu vertreten, wollen eine klassenkollaborationistische Antikriegsbewegung aufbauen. So die reformistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP):

„Die politische Einheit der etablierten Parteien beim Kriegskurs des deutschen Imperialismus, von AfD bis Linkspartei, verdient eine breite Friedensbewegung quer durch die politischen Parteien, und vor allem hörbar auf der Straße als außerparlamentarische Opposition. Wir wollen einen Beitrag zur Stärkung dieser Bewegung leisten und können bei diesem Vorhaben auf Erfahrungen unserer Partei, z. B. aus dem Kampf gegen Militarisierung und Atomtod in der BRD, zurückgreifen.“

– *Unsere Zeit*, 11. Juli 2025

Also eine „breite Friedensbewegung“ worin sogar die reaktionärsten bürgerlichen Kräfte willkommen sein würden. Aber genau diese Kräfte machen Migranten und andere unterdrückte Gruppen zu Sündenböcken für die kapitalistische Krise und versuchen, die Möglichkeit eines proletarischen Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen zu unterbinden. Im Gegensatz zu Opportunisten aller Couleur kämpft die Internationalistische Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale, für die **Verteidigung Russlands und Chinas gegen die imperialistischen Kriegstreiber**, ohne dem bürgerlichen Regime der Russischen Föderation oder der stalinistischen Führung der Volksrepublik China politische Unterstützung zu gewähren. Wir rufen zur Mobilisierung des Proletariats auf, um den imperialistischen Krieg, der zum Dritten Weltkrieg führt, zu besiegen und die Ziele dieses Krieges – Russland, China und halbkoloniale Länder wie den Iran – im Kampf für die internationale sozialistische Revolution zu verteidigen.

Nur die sozialistische Weltrevolution kann einen nuklearen Dritten Weltkrieg verhindern! ■

Jack Heyman spricht auf internationaler Hafenarbeiterkonferenz

Europäische Hafenarbeiter rufen zu Streikaktionen auf, um Waffenlieferungen zu stoppen

8. OKTOBER 2025 – Am Freitag und Samstag, dem 26. und 27. September, fand in Genua, Italien, ein Treffen europäischer Hafenarbeiter statt, um gemeinsame Aktionen unter dem Motto „Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg“ zu besprechen. Das Treffen knüpfte an die jüngsten Aktionen von Hafenarbeitern in Marokko, Frankreich, Italien und Griechenland an, die Waffenlieferungen für Israels Genozid-Krieg gegen Gaza blockiert hatten. Es wurde von der Unione Sindacale di Base (USB) einberufen, einer der größeren „Basisgewerkschaften“ in Italien mit Ablegern in mehreren Häfen, darunter die CALP (Autonomes Kollektiv der Hafenarbeiter) in Genua. Die Liga für die Vierte Internationale war vertreten durch Jack Heyman, langjähriger Hafenarbeiter und Aktivist im Bereich der Seefahrt, sowie pensioniertes Mitglied der Gewerkschaft International Longshore and Warehouse Union (ILWU) an der Westküste der USA, der am zweiten Tag vor der Versammlung sprach und Solidaritätsgrüße der ILWU Ortsgruppe 10 sowie eine Botschaft des internationalen Klassenkampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber und zionistischen Schlächter überbrachte.

In den Tagen vor dem Treffen, am Dienstag, dem 22. September, riefen die USB und andere Basisgewerkschaften zu einem „Generalstreik für Gaza“ auf. Der Streik war gewaltig: Berichten zufolge nahmen eine Million Menschen an Protesten in ganz Italien teil; die wichtigsten Häfen wurden geschlossen, Bahnlinien wurden bestreikt, Autobahnen blockiert und die Plätze waren voller Menschen (siehe „Massenstreik für Gaza legt Italien lahm: Für einen internationalen Streik, um den Völkermord der USA und Israels in Gaza zu stoppen!“). Die Gewerkschaften schworen, erneut zu streiken, sollte Israel die Global Sumud Flotilla angreifen,



Gewerkschafter der CGIL blockieren gemeinsam mit der USB, SI Cobas und anderen Basisgewerkschaften am 3. Oktober, während des „Generalstreiks für Gaza“, den Hafen von Genua.

was es am Abend des 1. Oktober auch tat und dabei Hunderte von Freiwilligen festnahm, die Hilfsgüter nach Gaza bringen wollten. Sofort gingen Demonstranten in ganz Italien auf die Straße. Am 3. Oktober fand ein weiterer „Generalstreik“ statt, diesmal ausgerufen von allen Basisgewerkschaften und der CGIL, dem größten Gewerkschaftsverband, was zuvor beispiellos war.

Der pro-palästinensische Massenstreik am 3. Oktober war mit etwa 2 Millionen Demonstranten in 100 Städten noch größer als der am 22. September. Erneut wurden Häfen geschlossen, Eisenbahnlinien und Autobahnen blockiert. Die faschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Vorsitzende der rechten Koalitionsregierung, tat den „Pro-Pal“ Streik als „langes Wochenende“ ab. Verkehrsminister Matteo Salvini von der rechtsextremen Lega drohte erneut mit einer „Regulierung“ des Streikrechts. Aber die „menschliche Welle für Gaza“ (*Il Fatto Quotidiano*, 4. Oktober)

war so massiv und voller junger Demonstranten (der „Gaza-Generation“), dass Beleidigungen und Drohungen die Wut auf die Regierung nur noch verstärkten. Am nächsten Tag versammelten sich auf Aufruf mehrerer palästinensischer Gruppen hin eine Million Protestierende zu einer nationalen Solidaritätsdemonstration für Gaza in den Straßen Roms, angeführt von Palästinensern, gefolgt von den militanten Gewerkschaften.

An der Hafenarbeiterkonferenz vom 26. bis 27. September nahmen neben Hafenarbeitern aus Civitavecchia, Genua, Livorno und Triest in Italien auch Delegationen und Vertreter der französischen Hafenarbeitergewerkschaft

CGT, der griechischen Hafenarbeitergewerkschaft ENEDEP, der baskischen Gewerkschaft LAB, der slowenischen Hafenarbeitergewerkschaft SZPD sowie Vertreter aus Zypern und Hamburg und spanische Beobachter des Europäischen Hafenarbeiterrats teil. Die Gewerkschaft ODT in Tanger, Marokko, und die Hafenarbeitergewerkschaft Liman İş in der Türkei konnten an der Versammlung nicht teilnehmen, da die italienische Regierung ihnen die Visa verweigert hatte. Francesco Staccioli von der USB berichtete am zweiten Tag der Versammlung, dass man sich auf ein gemeinsames Dokument geeinigt habe und „wir nun in naher Zukunft einen international koordinierten Streik anstreben“. Die Versammlung begrüßte die jüngsten Aktionen, mit denen Schiffsladungen an der US-Militärbasis Camp Darby in Taranto und Ravenna gestoppt wurden.

Die Liga für die Vierte Internationale hat von Anfang an aufgerufen, „Vertei-

digt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!“ (10. Oktober 2023) und insbesondere zu „Arbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine“. Viele Linke und Gewerkschaftsaktivisten sehen Arbeiteraktionen als Teil einer Volksfront-„Antikriegsbewegung“, die auf Pazifismus und einem Reformismus basiert, der Butter statt Kanonen fordert und auf einen Waffenstillstand abzielt. Die Flottille umfasste Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung und der Demokratischen Partei, die Säulen des italienischen Imperialismus, und wurde von Kriegsschiffen der NATO-Mitglieder Spanien, Italien, Griechenland und der Türkei eskortiert (bis zum letzten Moment, als sie sich zurückzogen, um Israel seine schmutzige Arbeit machen zu lassen). Im Gegensatz dazu hat die LVI betont, dass „klassenbewusste Arbeiter versuchen müssen, ihre proletarische Macht zu nutzen, um

die zionistischen Besatzer aus Gaza und dem Westjordanland zu vertreiben“, einschließlich Aufrufen für „Massenstreiks gegen die imperialistischen Herrscher“.

Jack Heyman's Rede wurde gut aufgenommen, insbesondere als er über die Aktionen der ILWU gegen die Apartheid in Südafrika im Jahr 1984 und den Streik am 1. Mai 2008 berichtete, bei dem alle Häfen an der Westküste der USA aus Protest gegen die imperialistischen Kriege der USA in Afghanistan und im Irak geschlossen wurden. Er sprach auch die Spaltungen innerhalb der Gewerkschaften an, die von den prokapitalistischen Bürokratien gefördert werden und die Solidaritätsaktionen von Gewerkschaften weltweit behindert haben. In Italien organisieren sich die militanten „Basisgewerkschaften“ (*sindacati di base*) getrennt von den bürokratisierten Gewerkschaftsverbänden (CGIL, UIL, CISL) und rufen jeweils eigene „Generalstreiks“ aus. Doch während

weiter auf Seite 22



Jack Heyman (Mitte) mit Hafenarbeitern aus Genua vor dem Treffen der europäischen Hafenarbeiter, um Kriegsfracht zu stoppen.



Für internationale Streikaktion, um den Völkermord der USA und Israels in Gaza zu stoppen!

Massenstreik für Gaza bringt Italien zum Stillstand

24. SEPTEMBER 2025 – Während sich aufgrund der Politik Israels, die palästinensische Bevölkerung bewusst auszuhungern, eine verheerende Hungersnot in Gaza ausbreitet,¹ startete die Armee am 17. September ihren seit langem angedrohten Großangriff auf Gaza-Stadt. Fotos und erschütternde Videos zeigen den Exodus von 350 000 Einwohnern, die ihre wichtigsten Habseligkeiten mit sich tragen und sich auf den Weg in die jüngst ausgerufenen „Sicherheitszone“ machen, die das israelische Militär in der Vergangenheit wiederholt bombardiert hat. Dennoch bleiben mehr als eine halbe Million Menschen zurück, die sich weigern oder nicht in der Lage sind, zu fliehen. Das unerbittliche zionistische Gemetzel, das inzwischen über 100 000 Menschenleben gefordert hat,² eskaliert täglich. Entsetzt über die Katastrophe, die sie in Echtzeit miterleben, rufen Millionen von Menschen weltweit verzweifelt dazu auf, *die Vernichtung des palästinensischen Volkes zu stoppen*.

Nun hat sich dieser Aufschrei mit einer dramatischen Mobilisierung der Arbeiterklasse verbunden. Am 22. September wurde Italien von einem **Massenstreik gegen den Völkermord** in Gaza erschüttert, zu dem kämpferische Basisgewerkschaften unter dem Motto „Blocchiamo tutto!“ (Blockiert alles!) aufgerufen hatten. Es gab Proteste in 80 Städten,

¹ Das Famine Review Committee (Komitee zur Überprüfung von Hungersnöten) der Integrated Food Security Phase Classification (Integrierte Klassifizierung der Ernährungssicherheit) kam in seinem Bericht vom August 2025 zu dem Schluss, dass die Bedingungen in Gaza-Stadt das Ausmaß einer Hungersnot erreicht hätten, von der mehr als ein Drittel der Bevölkerung betroffen sei, und dass die Bedingungen im nördlich davon gelegenen Gebiet „ähnlich oder noch schlimmer“ seien.

² Am 14. September 2025 meldete das Gesundheitsministerium in Gaza etwa 66 000 Palästinenser, die im israelischen Krieg getötet worden waren. Eine in der britischen medizinischen Fachzeitschrift *Lancet* (8. Februar 2025) veröffentlichte Studie, in der drei separate Listen mit Namen von Verstorbenen verglichen wurden, kam zu dem Schluss, dass die Zahlen des Gesundheitsministeriums die tatsächliche Zahl der Todesfälle um mindestens 41 % **zu niedrig angaben**. Die Londoner Zeitschrift *Economist* (5. Mai) schätzte unter Verwendung derselben Studie, dass die Unterschätzung sogar noch größer sei und die tatsächliche Zahl der getöteten Palästinenser um 46 bis 107 % höher liege. Das würde bedeuten, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer des Krieges zwischen 96 000 und 136 000 liegen würde.



Mitglieder des Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali (CALP, Autonomes Kollektiv der Hafenarbeiter) an der Spitze des Marsches in Genua während des Massenstreiks in Italien am 22. September, an dem eine Million Menschen teilnahmen, und der Häfen, Eisenbahnen und Autobahnen lahmlegte, in Solidarität mit Gaza. CALP hat bereits zuvor Waffenlieferungen in den Nahen Osten gestoppt.

mit Demonstrationen von 20 000 Menschen in Genua, 50 000 in Bologna, über 60 000 in Mailand, wo die Polizei sich mit Demonstranten Auseinandersetzungen lieferte, und mindestens 300 000 in Rom (*Il Manifesto*, 23. September). Bahnhöfe wurden besetzt, Schulen geschlossen, die Autobahn A1 von Rom nach Mailand wurde an drei verschiedenen Stellen von Demonstranten gesperrt und die Häfen von Genua, Livorno, Triest, Venedig, Ancona und Palermo wurden blockiert. Drei Tage zuvor hatte der größte Gewerkschaftsverband, die CGIL, zu einem begrenzteren „Generalstreik“ für Gaza aufgerufen.

Das Massaker in Gaza ist nicht *nur* ein Verbrechen Israels, sondern ein **gemeinsamer Völkermord der Zionisten und Imperialisten**. Ohne die direkte Beteiligung der USA, die *alle* die riesigen Bomben und *alle* Kampfflugzeuge liefern, mit denen diese abgeworfen werden, sowie der anderen NATO-Imperialisten, die Waffen, Ersatzteile und Munition für diesen Vernichtungskrieg gegen die palästinensisch-arabische Bevölkerung liefern, wäre dies nicht möglich.³ Von Anfang an hat die Liga für die Vierte Internationale zu „Ar-

³ Siehe „Gaza Genocide Made in USA,“ *The Internationalist* Nr. 73, Juni-August 2024.

beiteraktionen gegen Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine“⁴ aufgerufen. Im Vorfeld des 1. Mai 2024 hat sich die LVI als Reaktion auf einen Aufruf der Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsföderation-Gaza aktiv dafür eingesetzt. In den USA hat die Ortsgruppe 10 der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) einstimmig beschlossen, „die Beförderung von Militärgütern nach Israel zu verweigern“.⁵

Die Dringlichkeit solcher Maßnahmen wurde kürzlich (am 1. September) in einem Aufruf der PGFTU an Arbeiter- und Menschenrechtsgruppen in den USA und weltweit unterstrichen:

„Wir rufen Sie dazu auf, all Ihre Energie, Ressourcen, Anstrengungen und Initiativen zu mobilisieren, um israelische Massenvernichtungswaffen zu verbieten und mit allen Mitteln den anhaltenden Holocaust zu beenden, dem unser palästinensisches Volk täglich ausgesetzt ist, und die US-Regierung daran zu hindern, diese Besatzung mit Waffen zu versorgen.“

Unterdessen hat eine Global Sumud Flotilla⁶ mit Hilfsgütern für Gaza weltweit große Aufmerksamkeit von Medien, Menschenrechts-, Arbeiter- und linken Gruppen auf sich gezogen. Die Flotilla aus etwa 50 Schiffen hat Hunderte von Aktivisten und Freiwilligen aus etwa 45 Ländern an Bord. Jeder solche Versuch seit 2008 wurde mit brutaler zionistischer Unterdrückung beantwortet. Diese Flotilla wurde bereits von Drohnen angegriffen, während sie vor Tunesien vor Anker lag. Am 30. August, als sich 40 000 Demonstranten am Vorabend der Abfahrt der Schiffe am Hafen von Genua versammelten, erklärte ein Führer des Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali (CALP – Au-

⁴ Siehe „Verteidigt die Palästinenser gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!“ (10. Oktober 2023), *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024).

⁵ See „Bay Area ILWU Local 10 Calls for Labor Boycott of Arms to Israel“, *The Internationalist* Nr. 72, Januar-Mai 2024.

⁶ Sumud bedeutet auf Arabisch Standhaftigkeit oder Widerstandsfähigkeit.

tonomes Kollektiv der Hafenarbeiter) in Genua der Menge, für den Fall eines Angriffs auf die Flotilla: „Wir werden einen internationalen Streik ausrufen, wir werden die Straßen blockieren, wir werden die Schulen blockieren, wir werden alles blockieren.“

Die Flotilla soll internationale Aufmerksamkeit auf das Blutvergießen in Gaza lenken und westliche Regierungen dazu drängen, Israel zu zügeln. Wie wenig sich das zionistische Regime um die öffentliche Meinung schert, zeigte sich 2010, als israelische Marinesoldaten die „Gaza Freedom Flotilla“ stürmten und mindestens neun Aktivisten ermordeten, viele davon aus nächster Nähe, und 57 weitere verletzten.⁷ Was den Druck seitens der NATO-Staaten angeht, so haben Australien, Belgien, Kanada, Frankreich und Portugal angekündigt, dass sie einen palästinensischen Staat bei der derzeit tagenden Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkennen werden (und sich damit den 147 UN-Mitgliedstaaten anschließen,

die dies bereits getan haben). Aber diese symbolische Geste wird die israelischen Massenmörder nicht einmal für eine Sekunde bremsen, während die NATO-Imperialisten Israel weiterhin mit Waffen versorgen.

Viele Liberale und Linke sowie eine ganze Reihe von Gewerkschaften erwarten von „ihren“ Regierungen, dass sie keine Waffen mehr an Israel liefern. Viele befürworten auch Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen („BDS“) gegen Israel, was letztlich ein Aufruf an die imperialistischen Herrscher ist. Das ist eine Sackgasse, da der zionistische Staat ein unerlässlicher Verbündeter für die westliche Vorherrschaft im Nahen Osten ist und weil es dazu dient, die grundlegende Tatsache zu verschleiern, dass die Imperialisten mitverantwortlich für den zionistischen Völkermord sind. In einem Bericht über den Streik vom 22. September hieß es, die Demonstranten wollten „die Regierung Meloni zwingen, die Lieferung von Waffen und Munition an die israelische Armee einzustellen und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Staat abbrechen, der barbarisch gegen alle internationalen Regeln verstößt“ (*Contropiano*, 23. September). Die rechtsextreme, faschistisch geführte Regierung Italiens auffordern, „internationale Regeln“ durchzusetzen?!

Die „regelbasierte“ Weltordnung, die seit der konterrevolutionären Zerstörung der UdSSR und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks vorherrscht, gehorcht den Diktaten Washingtons. Dazu gehörten italienische Expeditionsstreitkräfte bei der US-Invasion im Irak 2003 sowie 50 000 italienische und 150 000 deutsche Soldaten bei der 20-jährigen imperialistischen Besetzung Afghanistans durch die USA. Diese „ewigen Kriege“ haben mehr als eine Million Menschen im Nahen Osten das Leben gekostet und damit die grausame Opferzahl der zionistischen Schlächter in Gaza bei weitem übertroffen. Jetzt wollen

⁷ „Israel’s Gaza Flotilla Massacre: Bloody War Provocation,“ *The Internationalist* Nr. 31, Sommer 2010.



Zehntausende Demonstranten gingen am 22. September in Turin, Italien, auf die Straße, um gegen den Völkermord in Gaza zu protestieren.



Am 15. September flohen Hunderttausende Palästinenser aus Gaza-Stadt und begaben sich vor der israelischen Offensive in Richtung Süden in die „Sicherheitszone“. Eine halbe Million Menschen blieben zurück, während sich die Hungersnot ausbreitete.

diese „demokratischen“ Imperialisten eine weitere „Koalition der Willigen“ zusammenstellen, um „Sicherheitsgarantien“ für die imperialistische Marionettenregierung der Ukraine und ihr faschistisch verseuchtes Militär zu bieten. In Wirklichkeit würden solche „Friedenstruppen“ nur als Stolperdraht für den Dritten Weltkrieg dienen.

Die Millionen Menschen, die den monströsen Völkermord am palästinensischen Volk unbedingt beenden wollen, können sich nicht auf die imperialistischen Kriegstreiber mit ihrem verräterischen Gerede von „Waffenstillständen“ verlassen. ***Es ist Aufgabe der Arbeiter und Unterdrückten, die Logistikketten zu durchbrechen und die Luft- und Seebrücken zu zerstören, über die die israelische Kriegsmaschinerie versorgt wird. Klassenbewusste Arbeiter müssen versuchen, ihre proletarische Macht zu nutzen, um die zionistischen Besatzer aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland zu vertreiben.*** Wir rufen die Gewerkschaften dazu auf, ***Waffenlieferungen zu stoppen*** und angesichts der erneuten Eskalation des Krieges gegen Gaza derzeit ***alle Transporte und Frachtbewegungen von und nach Israel abzuschneiden.*** Gleichzeitig sollten ***Massenstreiks*** gegen die imperialistischen Herrscher organisiert werden, um die ***Produktion lahmzulegen*** und ein ***Ende des Völkermordkrieges gegen Gaza*** zu fordern.

Hafenarbeiteraktionen gegen Waffenlieferungen nach Israel

Die Zionisten sind besorgt. Die israelische Website Shomrim veröffentlichte einen „Enthüllungsbericht“ mit dem Titel „Hafenarbeiter in ganz Europa arbeiten zusammen, um israelische Waffenlieferungen zu stoppen“, der auch in der *Times of Israel* (19. August) und (auf Hebräisch) im *N12 Magazine* veröffentlicht wurde. Darin wurde gewarnt:

„Diese von Arbeitern angeführten Proteste sowie Waffenembargos einiger Länder und die Gefahr von Angriffen der Houthis, die die asiatischen Transportwege stören könnten, setzen Israels ohnehin schon angespannte Lieferkette – ein komplexes System, das für Israels Zugang zu Waffen von entscheidender Bedeutung ist – unter starken Druck. Trotz der Bemühungen des Landes um Selbstversorgung bei der Herstellung von Militärgütern kann jede Unterbrechung der Lieferung selbst kleiner Teile zu langen Verzögerungen führen, die möglicherweise strategische Konsequenzen haben.“

Der Artikel fügte hinzu: „Das Außenministerium antwortete Shomrim mit einer Erklärung: ‚Das Problem ist bekannt und wird mit den betroffenen Ländern geklärt.‘“ Mit anderen Worten: Von Israels europäischen Gönnern wird erwartet, dass sie Maßnahmen gegen Solidaritätsaktionen ergreifen. So viel zu der heuchlerischen „Besorgnis“ der EU- und NATO-Führer über Völkermord.

Die Sorgen der israelischen Machthaber sind berechtigt. Anfangs gab es weltweit

kaum Reaktionen der Gewerkschaften auf die Aufrufe palästinensischer Arbeiter, Kriegsmaterialtransporte nach Israel zu stoppen, und selbst die Erklärungen der Hafenarbeiter von Barcelona und der belgischen Transportarbeiter blieben größtenteils auf dem Papier stehen, wie die PGFTU in einem Aufruf zum 1. Mai 2024 beklagte.⁸ Doch als die schreckliche Realität des Völkermords in Gaza immer deutlicher wurde, begannen einige Gewerkschaften, Maßnahmen zu ergreifen. Im Dezember 2024 stimmten zwei Drittel der Mitglieder der schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft Svenska Hamnarbetarförbundet für einen sechstägigen Boykott von Militärlieferungen nach Israel. Doch obwohl der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Erik Helgeson, sagte, dies sei „hauptsächlich eine symbolische Maßnahme“, da die schwedischen Militärexporte nach Israel sehr gering seien, wurde er am ersten Tag des Boykotts wegen angeblicher Verletzung der „nationalen Sicherheit“ gefeuert.⁹

Am 14. April rief die Gewerkschaft der Hafenarbeiter in Marokko die Arbeiter im Hafen von Casablanca dazu auf, das Entladen und die Wartung der *Nexoe Maersk* zu verweigern, die wenige Tage später anlegen und eine Ladung (die von Houston, Texas, mit der *Maersk Detroit* gebracht wurde) mit Teilen für die F-35-Kampfflugzeuge aufnehmen sollte, die zur Bombardierung des Gazastreifens eingesetzt werden. In Casablanca durchbrachen Demonstranten eine Polizeikette, wurden jedoch von einer zweiten aufgehalten, und einige Arbeiter boykottierten das Schiff. Es kam zu einer Verzögerung von

⁸ Siehe „1. Mai 2024: Für internationale Arbeiteraktionen gegen den völkermörderischen Krieg von USA/Israel gegen Gaza!“, *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024.

⁹ Siehe „Interview with Erik Helgeson of The Swedish Dock Workers Union“, *Växjö's Gnista*, 12 Juni 2025. Am 4. Februar entschied ein Gericht, dass die Aktion der Gewerkschaft legal war.



Am 20. April weigerten sich Hafenarbeiter im marokkanischen Hafen von Tanger, militärische Fracht auf ein für Israel bestimmtes Schiff zu laden.

40 Stunden. Im Hafen von Tanger protestierten am 20. April 1500 Menschen gegen das Anlegen des Schiffes und wurden von der Bereitschaftspolizei dieser pro-israelischen arabischen Monarchie angegriffen.¹⁰ Laut der Nachrichtenagentur Drop Site weigerten sich 18 von 20 Funkkranführern der ersten Schicht und 27 von 30 Arbeitern der zweiten Schicht, das Schiff zu bearbeiten, wodurch es sich um anderthalb Tage verzögerte.

Am 4. und 5. Juni weigerten sich Hafenarbeiter der Allgemeinen Gewerkschaftskonföderation (CGT) im Hafen von Fos-sur-Mer in der Nähe von Marseille, militärische Ausrüstung (19 Paletten mit Munitionsgurtgliedern und in Frankreich hergestellten Gewehrläufen, von denen sie erfahren hatten, dass sie sich in der Ladung befanden) auf die unter liberianischer Flagge fahrende *Contship Era* zu verladen, die nach Haifa in Israel unterwegs war. Die Munitionsgurtglieder wurden entfernt, aber da die Hafenarbeiter nicht sicher waren, ob sie die Kisten mit den Gewehrläufen rechtzeitig finden würden, kontaktierten sie die Hafenarbeiter in Genua, dem nächsten Zielort.¹¹ Später, am 11. Juli, wurde bekannt gegeben, dass eine Lieferung von 122 Tonnen Militärstahl von Barcelona an Israel Military Industries aufgrund einer Streikdrohung der linken baskischen Gewerkschaft LAB abgesagt wurde.

Kurz darauf, am 14. Juli, legte die unter japanischer Flagge fahrende *Ever Golden* in Piräus, dem größten Hafen Griechenlands, an, um eine Ladung indischen Stahls in Militärqualität auf die unter saudischer Flagge fahrende *Folk Dammam* umzuladen. Zielort: der israelische Hafen von Haifa. Die in der Gewerkschaft ENEDEP organisierten Hafenarbeiter weigerten sich, die Ladung anzufassen, und erklärten: „Wir werden kein einziges Gramm dieser Todesfracht entladen.“ ENEDEP ist Mitglied der PAME („Kampffront aller Arbeiter“), der Gewerkschaftsföderation, die mit der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) verbunden ist. Bereits im Oktober 2024 hatten die Hafenarbeiter von Piräus die Verladung eines Containers mit 21 Tonnen Munition auf das Schiff *Marla Bull* mit Ziel Haifa

¹⁰ Marokkanische Arbeiter und Studenten haben wiederholt gegen die Zusammenarbeit der Regierung mit dem zionistischen Staat protestiert. Die Beziehungen des Regimes zu Israel sind so eng, dass marokkanische Armeeinheiten im Mai im Rahmen der Übungen „African Lion 2025“ gemeinsam mit den Streitkräften der israelischen Eliteeinheit Golani-Brigade ein „Tunnelkriegstraining“ durchgeführt haben (*Israel Hayom*, 25. Mai).

¹¹ *La Provence*, 5. Juni.



Die Global Sumud Flottille nach dem Auslaufen aus Genua, Italien, am 1. September.

blockiert, und im November blockierten KKE-Demonstranten einen Konvoi von Lastwagen, die Munition und Raketen für das Marionettenregime von Selenskiy in der Ukraine transportierten.¹²

Am 7. August bestiegen Hafenarbeiter erneut in Genua das saudische Schiff *Bahri Yanbu*, das aus dem US-Hafen Baltimore kam, um es zu inspizieren. Sie fanden Waffen, Munition und gepanzerte Fahrzeuge an Bord. Am nächsten Tag blockierte die CALP zwei Hafeneinfahrten, um die Verladung von Militärausrüstung der italienischen Rüstungsfirma Leonardo zu verhindern, darunter eine Kanone aus dem OTO-Werk in La Spezia. Diesmal beschwerte sich auch die CGIL-Hafengewerkschaft (FILT) bei der Hafenbehörde über Militärgüterlieferungen in den Nahen Osten. Es handelt sich um dasselbe Schiff, das die CALP in Zusammenarbeit mit französischen Hafenarbeitergewerkschaften 2019 gestoppt hatte, als es mit Waffen für den Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen beladen war.¹³

Und nun, am 22. September, folgten bis zu eine Million Demonstranten in ganz Italien dem Aufruf der Unione Sindacale di Base (USB), der Confederazione Unitaria di Base (CUB) und anderer „Basisgewerkschaften“, zu streiken und für Gaza auf die Straße zu gehen. SI Cobas, eine der größten Gewerkschaften, erklärte, sich dem Streik anzuschließen. In den letzten zwei Jahren haben diese Gewerkschaften drei eintägige „Generalstreiks“ (im Februar 2024, Februar 2025 und Juni 2025) aus Solidarität mit den Palästinensern ausgerufen, und die Organisatoren bekräftigten ihren Aufruf zu internationalen Streikaktionen, falls die Sumud-Flotilla gestoppt wird. Um dies auf europäischer Ebene zu verstärken, hat die USB für den 26. und 27. September ein Treffen der europäischen Hafenarbeiter unter dem Motto „Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg“ einberufen. Hoffentlich könnte dies weltweit zu Aktionen der Arbeiter gegen den Völkermord in Gaza führen.

Als Reaktion auf die sich ausbreitenden Arbeiteraktionen zur Unterbindung von Kriegstransporten hielt der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Chef der rechtsextremen Koalitionsregierung mit offen faschistischen Ministern, am 15. September eine Rede, in der er sagte: „Wir könnten uns in einer Situation wiederfinden, in der unsere Rüstungsindustrie blockiert wird.“ Angesichts der zunehmenden Isolation des Landes müsse es möglicherweise eine „autarke“ Wirtschaft einführen und alles innerhalb der zionistischen Festung produzieren. In einer wahnsinnigen faschistischen Tirade, die sich an Donald Trump anlehnte, machte er die „ungebremste Migration“ dafür verantwortlich, dass Westeuropa eine „islamistische Agenda“

¹² Siehe „Griechische Arbeiter blockieren Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine“, *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024.

¹³ „Hafenarbeiter boykottieren die Ausfuhr saudischer Militärgüter für den Krieg im Jemen“, *Permanente Revolution* Nr. 4, Winter 2019.

aufgezwungen werde. Während Israels Merkava-Panzer ihre Motoren aufheulen ließen, um am nächsten Tag mit voller Kraft in den Gazastreifen vorzustößen, sagte er, Israel müsse zu einem „Super-Sparta“ werden, und erinnerte damit an den militaristischen Staat des antiken Griechenlands.¹⁴

Seine wahnhafte Vision erschreckte viele Israelis. Die Börse in Tel Aviv brach ein, das größte Wirtschaftsforum erklärte: „Wir sind nicht Sparta.“ „Historiker wiesen auch darauf hin, dass Sparta seine Kriege verlor und zerstört wurde“ (*Irish Times*, 19. September). Selbst Rechte erklärten, dass sie nicht in einem Staat leben wollten, der sich in einem permanenten Krieg mit seinen Nachbarn befindet. Während liberale Kritiker Netanjahu allein für die Verbrechen des Zionismus verantwortlich machen und die israelische Autarkie ein Hirngespinnst ist, hat er doch die endgültige Logik des Zionismus in all seinen Formen zum Ausdruck gebracht – einen reaktionären „spartanischen“ Staat, der für die Palästinenser die Hölle und, wie Leo Trotzki 1940 warnte, für das jüdische Volk eine Todesfalle wäre. Um diesem dystopischen Albtraum zu entkommen, müssten die hebräischsprachigen Arbeiter jedoch mit dem Zionismus brechen und für *einen arabisch-hebräischen Arbeiterstaat Palästina* kämpfen, indem sie sich insbesondere mit dem mächtigen ägyptischen und türkischen Proletariat in einer *sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* zusammenschließen.

Klassenunabhängigkeit vom kapitalistischen Staat

Revolutionäre Marxisten wissen sehr wohl, dass es zum Scheitern verurteilt ist, von einer bürgerlichen Regierung zu erwarten, dass sie Waffenlieferungen an Israel stoppt. Die Vereinigten Staaten unterhalten natürlich sowohl unter dem Demokraten Joe Biden als auch unter dem Republikaner Trump ihre „unerschütterliche“ Unterstützung für den zionistischen Völkermord. Trump fordert ausdrücklich, die gesamte palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu entfernen. Die europäischen Imperialisten greifen jedoch unter dem Druck der Bevölkerung zu verschiedenen gesichtswahrenden Erklärungen und Plänen. Die französische und die britische Regierung fordern nun die Anerkennung eines „palästinensischen Staates“ (der nicht existiert). Was sie damit meinen, ist die Unterdrückung der Hamas, die weiterhin Unterstützung für den Kampf gegen Israel hat, und die Übergabe der Ruinen des Gazastreifens an die Marionettenregierung der Palästinensischen Autonomiebehörde¹⁵ oder an eines der reaktionären arabischen Regime.

Der deutsche Imperialismus (nach den USA der zweitgrößte Lieferant des israelischen Militärs) unter dem Christdemokraten Friedrich Merz (und dem sozialdemokratischen „Verteidigungs“minister Boris Pistorius) kündigte am 8. August einen Stopp der Militärexporte nach Israel an, „die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten“. Doch zusätzlich zur Aufrechterhaltung des angeblichen „Rechts auf Selbstverteidigung“ des zionistischen Staates genehmigte Deutschland am 13. August die Lieferung eines sechsten U-Boots der Dolphin-Klasse an Israel, einer wesentlichen Plattform des zionistischen Atomwaffenarsenals.¹⁶ Während Berlin versucht, seine Rüstungsindustrie (mit tatkräf-

¹⁴ „Netanyahu admits Israel economically isolated, says will need to become ‚super-Sparta,‘“ [Netanjahu räumt ein, dass Israel wirtschaftlich isoliert ist, und sagt, es müsse zu einem „Super-Sparta“ werden] *Times of Israel*, 15. Juni.

¹⁵ Die Palästinensische Autonomiebehörde wird durch Steuereinnahmen finanziert, die Israel im Westjordanland einzieht, sowie durch Zuwendungen aus Washington. Im Jahr 2024 erhielt die PA 16 Millionen US-Dollar von den USA, die ihre budgetierte Hilfe für 2025 auf 45 Millionen US-Dollar *erhöht* haben. Die „Sicherheitskräfte“ der PA agieren als Handlanger Israels und verhaften und töten palästinensische Aktivisten.

¹⁶ Der Deal für die U-Boote, die vom deutschen Rüstungsgiganten ThyssenKrupp sowohl an Israel als auch an Ägypten verkauft wurden, wurde von Netanjahu und seiner Bande gegen die USA und andere imperialistische Konkurrenten durchgesetzt.



Pro-palästinensische Demonstranten blockieren am 22. September die Gleise in Turin, Italien. Die Eisenbahngewerkschaften haben den Zugverkehr ausgesetzt, um gegen den Völkermord in Gaza zu protestieren.

tiger Unterstützung der Bürokraten der Metallarbeitergewerkschaft IG Metall) für einen ausgewachsenen Krieg gegen Russland aufzurüsten, geht seine Polizei nicht nur brutal gegen pro-palästinensische Demonstrationen vor, sondern hat am 1. September auch einen traditionellen pazifistischen Marsch in Köln eingekesselt und brutal angegriffen.

Das gleiche Hütchenspiel wird auch von anderen NATO-Regimen betrieben. Nachdem die Labour Party 2024 in Britannien an die Macht gekommen war, behauptete sie, „Waffenexportlizenzen an Israel für den Einsatz in Militäroperationen im Gazastreifen“ zu verbieten. Seitdem hat sie jedoch den Export von über 8.600 Artikeln genehmigt, die von der israelischen Regierung als „Kriegsmunition“ eingestuft wurden.¹⁷ Und während der Labour-Premierminister Keir Starmer von der Anerkennung eines palästinensischen Staates spricht, verhaftete die Londoner Polizei am 7. September fast 900 Menschen bei einer pro-palästinensischen Demonstration mit 300.000 Teilnehmern. Unterdessen geben sich die spanische und die irische Regierung als Kritiker Israels, doch erstere hat seit Beginn des Krieges gegen Gaza Aufträge im Wert von über 1 Milliarde Euro an die israelische Rüstungsindustrie vergeben, und letztere liefert Drohnenteile an ein israelisches Rüstungsunternehmen, während US-Waffen für Israel über irische Flughäfen transportiert werden.

Das türkische Regime von Tayyip Recep Erdoğan ist ein Paradebeispiel für diese Manöver. Im August erklärte die Regierung in Ankara, türkische Häfen und den türkischen Luftraum für israelische Schiffe und Flugzeuge zu sperren. Aber unter ausländischer Flagge fahrende Schiffe laufen weiterhin

¹⁷ „Revealed: Britain’s Labour Government Sent 8,000 ‚Munitions of War‘ to Israel After Saying It Had Stopped,“ [Enthüllt: Die britische Labour-Regierung hat 8000 ‚Kampfmittel‘ nach Israel geschickt, nachdem sie behauptet hatte, dies eingestellt zu haben] *Drop Site*, 7. Mai.



Die Ortsgruppe 10 der International Longshore and Warehouse Union ruft während des Marsches zum 1. Mai 2025 in Oakland, Kalifornien, zu Arbeiteraktionen auf, um Abschiebungen und Militärtransporte für Israels völkermörderischen Krieg zu stoppen.

von türkischen Häfen nach Israel aus. Im Mai 2024 behauptete die Türkei bereits, den gesamten direkten Handel mit Israel eingestellt zu haben, doch Waren wie Stahl wurden einfach über die Palästinensische Autonomiebehörde umgeleitet. Wie die im Libanon ansässige Nachrichtenseite *The Cradle* (28. August) feststellte: „Das bedeutet, dass fast zwei Jahre nach Beginn eines Völkermords, den Erdoğan fast täglich anprangert, immer noch Öl aus Aserbaidschan über die Türkei nach Israel fließt, Israel weiterhin wichtige Mineralien aus der Türkei bezieht und der Luftwaffenstützpunkt Incirlik in der Türkei weiterhin von den USA genutzt wird, um Waffen nach Israel zu liefern und den Luftraum der Region zu überwachen, um Israel zu verteidigen und seine Aggression zu unterstützen.“

Revolutionäres Programm als Schlüssel zur Überwindung des bürokratischen Würgegriffs

Noch mehr als die „friedensfreundliche“ Haltung der verschiedenen kapitalistischen Regierungen ist das größte Hindernis für den Einsatz der Macht der Arbeiterklasse, um dem Völkermord in Gaza ein Ende zu setzen, der Verrat der Gewerkschaftsbükratien, der „Arbeiterleutnants des Kapitals“. In Britannien, wo militante Gewerkschafter an Protesten gegen das israelische Waffen- und Überwachungsunternehmen Elbit teilgenommen haben, haben die Gewerkschaftsspitzen nichts unternommen, und die fanatisch pro-zionistische Labour-Regierung hat Palestine Action¹⁸ mit der grotesken Anschuldigung des „Terrorismus“ verfolgt und

¹⁸ Palestine Action ist eine Gruppe, die sich für direkte Aktionen einsetzt und „sich dafür engagiert, die weltweite Beteiligung am Völkermord und Apartheidregime Israels zu beenden“. Sie wendet Störungstaktiken gegen „unterstützende Unternehmen“ wie Waffenhersteller an, die Israel beliefern.

verboten. (Beim Labour-Parteitag an diesem Wochenende wird mit Massenverhaftungen von Gegnern des Verbots gerechnet.) Am 14. Juli stimmte Unite, Britanniens größte Gewerkschaft, zu der auch Transportarbeiter gehören, schließlich dafür, Mitglieder zu „unterstützen“, die sich weigern, Waffen für Israel zu bauen, zu handhaben oder zu transportieren. Aber natürlich nicht, selbst etwas zu organisieren.

In den Vereinigten Staaten spiegelte die Resolution der Ortsgruppe 10 der International Longshore and Warehouse Union aus der San Francisco Bay Area vom 1. Mai 2024, „die Beförderung von Militärgütern nach Israel zu verweigern“ und „Streikpostenketten gegen den Krieg in Gaza zu respektieren“, die weit verbreitete Abscheu der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Vernichtung des palästinensischen Volkes in Gaza wider. Die Ortsgruppe 10 respektiert seit jeher pro-palästinensische Streikposten in Häfen, sodass die israelische Reederei ZIM den Hafen nicht mehr anläuft (Maersk tut dies seit 2024 ebenfalls nicht mehr). Die Ortsgruppe führte 1984 Aktionen gegen das südafrikanische Schiff Nedlloyd Kimberley durch, und am 1. Mai 2008 legte die ILWU alle Häfen an der Westküste aus Protest gegen den imperialistischen Krieg und die Besetzung Afghanistans und des Irak still. Doch nun haben die Spitzen der ILWU die kraftvolle Resolution der Ortsgruppe 10 auf dem Gewerkschaftskongress im Juni 2024 torpediert.

Die International Longshoremen’s Association (ILA) an der Ostküste ist noch schlimmer. Der Trump-freundliche ILA-Präsident Harold Dagget hat Militärfracht demonstrativ von dem dreitägigen Streik der Gewerkschaft im Oktober 2024 ausgenommen. Als die ILA im Juni in Charleston, South Carolina, ein Treffen des International Dockworkers Council unter der Leitung von Daggets Sohn Dennis veranstaltete, zusammen mit einer Gedenkfeier für den Kampf der „Charleston Five“ gegen die Unterdrückung von ILA-Mitgliedern während ihres historischen Streiks im Jahr 2000,¹⁹ gab Dagget Sr. eine abscheuliche Erklärung ab, in der er Trumps Bombardierung des Iran *lobte*. Dies bereitete einigen anwesenden IDC-Mitgliedern Unbehagen, aber ihre Reaktion bestand darin, eine halbherzige pazifistische Erklärung abzugeben, in der kein Wort gegen Israel zu finden war. Jetzt organisieren die Daggets und die IDC im November in Lissabon, Portugal, eine Konferenz zum Widerstand gegen die Automatisierung in den Häfen. Typischerweise rufen sie nicht zu Arbeiteraktionen auf, sondern blicken auf den US-Präsidenten und den Papst in Rom.

Unterdessen bleibt die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), die Spitze der Gewerkschaftsbükratie und eine offenkundig korrupte Organisation die sich – wenig überraschend – untätig zeigt. Während ihre Afrika-Abteilung 2024 dazu aufrief, Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, befinden sich die ITF-Führer im Krieg mit den Mitarbeitern ihres Londoner Hauptsitzes, den sie um ein Viertel verkleinern wollen; die Streiks dieser Arbeiter dauern an.²⁰ Das Versagen oder die völlige Weigerung der „Mainstream“-Gewerkschaften weltweit, gegen den Völkermord in Gaza, gegen den zionistischen Krieg gegen einen Großteil des Nahen Ostens und gegen die imperialistische Kriegstreiberei der USA und der NATO gegen Russland und China vorzugehen, bedeutet, dass der Kampf für klassenkämpferische Arbeiteraktionen Teil eines umfassenderen Kampfes für eine revolutionäre Opposition gegen die proimperialistische Gewerkschaftsbükratie und ihre zunehmende Integration in den kapitalistischen Staat sein muss.

¹⁹ Die ILA sabotierte diesen Kampf sogar, indem sie sich über ein Jahr lang weigerte, die Charleston Five zu verteidigen.

²⁰ Siehe „Rolex-Wearing Union Leader Faces Allegations of Union-Busting“ [Gewerkschaftsführer mit Rolex-Uhr sieht sich Vorwürfen der Gewerkschaftsbekämpfung ausgesetzt], *Novara Media*, 6. August.



Hafenarbeiter und Demonstranten blockieren die Zufahrt zum Hafen von Genua während des Streiks für Gaza am 22. September 2025.

In Italien, dem „Epizentrum“ des kämpferischen Widerstands der Arbeiterbewegung gegen das barbarische Gemetzel der Zionisten und Imperialisten, stieß der explosive Massenstreik vom 22. September auf den Widerstand der rechtsextremen Koalitionsregierung von Giorgia Meloni und ihrer faschistischen Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens). Während Reformisten vergeblich versuchten, Druck auf die Regierung auszuüben, wetterte Meloni gegen „sogenannte ‚Pro-Pal‘, sogenannte ‚Antifa‘, sogenannte ‚Pazifisten‘“ und „Pseudo-Demonstranten“ und erklärte ihre Unterstützung für die Polizei gegen „diese Hooligans“. Der faschistische Senatspräsident Ignazio La Russa prangerte „Stadtguerillas“ an, und Verkehrsminister Matteo Salvini von der Lega erklärte unheilvoll, die Regierung müsse „über das Streikrecht nachdenken“ und Organisatoren von Demonstrationen müssten künftig eine Kautions für Schäden hinterlegen.

Tatsächlich war der Massenstreik und die Mobilisierung vom 22. September ein Test für das drakonische Sicherheitsgesetz der Regierung, das so ziemlich alles verbietet, was die Demonstranten taten: Streikposten, Verkehrsblockaden, Besetzung von Bahnhöfen, Absperrung von Autobahnen. Es war ein anschauliches Beispiel für den Klassencharakter des Staates und dafür, dass „das Gesetz“ das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen widerspiegelt. „So viel zum Sicherheitsgesetz“, bemerkte ein älterer Aktivist der Basisgewerkschaften. „Wenn wir 300 000 sind, nehmen wir die Umgehungsstraße ein, und sollen sie uns doch angreifen!“ (*Il Manifesto*, 23. September). Letztendlich geht es dabei um den Kampf um die Staatsmacht, für den eine revolutionäre Führung unverzichtbar ist.

Heute wie auch in den vergangenen Jahrzehnten führen die verschiedenen italienischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände keine kraftvollen Einheitsfrontaktionen durch, sondern gehen jede für sich vor und veranstalten an unterschiedlichen Tagen partielle „Generalstreiks“. Die Streiks und Besetzungen waren als Taktik gedacht, um Druck auf das faschistisch geführte Regime auszuüben, das zu polizeistaatlichen Maßnahmen greift. Der Nucleo Internazionalista d'Italia, eine Sektion der Liga für die Vierte Internationale, hat aufgerufen: „Für einen echten Generalstreik, um das ‚Sicherheitsgesetz‘ und die Wiederausrüstung zu stoppen!“ (*L'Internazionalista* Nr. 8, Mai 2025). Und während CGIL-Chef Maurizio Landini am 22. September in Catania erklärte, Israel solle genauso wie Russland sanktioniert werden, rufen wir Trotzlisten dazu auf, die Bestrebungen der Imperialisten der USA und der NATO zu vereiteln, Russland zu zerstückeln und letztendlich China zurückzuerobern und seine revolutionären Errungenschaften zu zerstören, die die stalinistische Bürokratie eifrig untergräbt.

Der Kampf gegen Waffenlieferungen (oder andere Lieferungen) an den zionisti-

schen Staat muss ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen die imperialistische Kriegstreiberei sein. Dieser Kampf wird durch weit verbreitete antimarxistische falsche Vorstellungen unter Linken untergraben, die Russland, ein mittleres kapitalistisches Land, und China, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, mit dem Imperialismus gleichsetzen, einschließlich des zweitrangigen italienischen Imperialismus, der Superprofite aus der Ausbeutung halbkolonialer und unterdrückter Völker und Nationen zieht. Einige Strömungen, die ihre Abstammung auf Amadeo Bordiga zurückführen, weigerten sich sogar, im Krieg zwischen dem zionistischen Israel und den Palästinensern oder dem Iran Partei zu ergreifen. Echte Leninisten und Trotzlisten hingegen stehen militärisch auf derselben Seite der Barrikaden wie diejenigen, die gegen Imperialismus und Zionismus kämpfen, während sie den stalinistischen, islamistischen oder anderen nicht-proletarischen Kräften keine politische Unterstützung gewähren.

Derzeit brechen in verschiedenen Teilen Europas Klassenkämpfe aus. In Frankreich kämpfen Populisten und Gewerkschafter, in getrennten Mobilisierungen, gegen die brutale Sparpolitik, während der selbsternannte „jupiterianische“ Präsident Emmanuel Macron einen Premierminister nach dem anderen auswechselt. In Deutschland nährt sich die faschistoide Alternative für Deutschland von der Unzufriedenheit, die durch die wirtschaftliche Rezession verursacht wird, die eine direkte Folge der NATO/EU-Sanktionen gegen Russland ist. In Großbritannien führen offene Faschisten Massenmärsche gegen Immigranten an. Auf der anderen Seite des Atlantiks tritt die ultrarechte Regierung von Donald Trump in die erste Phase eines Polizeistaatsregimes ein, in dem maskierte paramilitärische Kräfte durch die Städte marodieren und in ihrem Streben nach Massenabschiebungen Immigranten (und Bürger) festnehmen.

All dies und der Ausbruch von Kriegen auf der ganzen Welt sind Ausdruck des fortgeschrittenen Verfalls des imperialistischen Systems, das, wie die COVID-Pandemie mit ihrer schrecklichen Zahl von Todesopfern (insbesondere in Italien) dramatisch gezeigt hat, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr befriedigen kann. Die neoliberale „Globalisierung“ hat ihren Lauf genommen und ganze Industriezweige in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zerstört. Der Sozialstaatskapitalismus der Nachkriegszeit liegt in den letzten Zügen. Die Situation spitzt sich rapide in Richtung eines thermonuklearen Dritten Weltkriegs zu, den nur eine internationale sozialistische Revolution verhindern kann. Die Aufgabe, die sich die Liga für die Vierte Internationale gestellt hat, besteht darin, den Kern der revolutionären Avantgarde auf der Grundlage des bolschewistischen Programms von Lenin und Trotzki zusammenzuschweißen, um diesen Kampf zu führen.

Wie Trotzki 1938 im Übergangsprogramm schrieb: „Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.“ Und wie Rosa Luxemburg inmitten der Schrecken des ersten imperialistischen Weltkriegs schrieb, steht die Menschheit vor der Wahl zwischen *Sozialismus oder Barbarei*. Wenn ihr wissen wollt, wie Barbarei aussieht, schaut euch einfach den Völkermord im heutigen Gaza an. ■

Hafenarbeiter...

fortgesetzt von Seite 18

die Verbände sich den arbeiterfeindlichen Gesetzen Italiens völlig unterwerfen, berufen sich alle auf die „Antikriegsklausel“ (Artikel 11) der italienischen (bürgerlichen) Verfassung und auf das Gesetz 185/1990, Artikel 1, §6(a) gegen den Export von Waffen in Kriegsgebiete, die im Grunde genommen nur auf dem Papier bestehen.

Heyman's Äußerungen fanden bei einigen Teilnehmern der Versammlung großen Anklang, wie Pietro Barabino in seinem aufschlussreichen Bericht in *Il Fatto Quotidiano* (28. September), einer linkspopulistischen Tageszeitung, berichtet:

„Ein US-Hafenarbeiter ergriff ebenfalls das Wort und streute Salz in die Wunde der Gewerkschaftsspaltungen: ‚Wir mögen getrennt marschieren‘, paraphrasierte er Lenin, ‚aber am Ende müssen wir gemeinsam streiken.‘ Er schien kein Neuling zu sein und zitierte Bewegungen, die den Krieg hätten verhindern können, wären sie nicht in grotesken Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und England versunken. Die Bemerkung löste eine Reaktion eines CGIL-Mitglieds aus, das im ‚USB-Haus‘ das Wort ergriff, um die umstrittene Entscheidung seiner Organisation, sich nicht am Generalstreik vom vergangenen Montag [22. September] zu beteiligen, zu beschönigen: ‚Dank des Drucks unserer eigenen Mitglieder haben wir mit der Flottilla eine operative Vereinbarung mit den Basisgewerkschaften über eine gemeinsame Mobilisierung für den nächsten Generalstreik im Falle einer Blockade der humanitären Mission erzielt.‘“

Genau das ist am 3. Oktober zum ersten Mal seit Menschengedenken geschehen, wenn überhaupt jemals zuvor. Die jüngsten Massenstreiks und millionenstarken Mobilisierungen unter der Führung italienischer Arbeiter – zusammen mit den Aktionen griechischer, marokkanischer und französischer Hafenarbeiter – sowie das Treffen der Hafenarbeiter in Genua, die versuchen, Waffenlieferungen, insbesondere an die zionistische Völkermord-Kriegsmaschine, zu stoppen, können ein Funke sein. Wie Demonstranten der Internationalist Group in der San Francisco Bay Area bei einer Solidaritätskundgebung für Gaza am 5. Oktober skandierten: „Italian workers showed us how, workers arms embargo now!“ („Italienische Arbeiter zeigten uns den Weg: Waffenlieferstopp und zwar jetzt!“)

Rede von Jack Heyman vor der Versammlung der europäischen Hafenarbeiter

Guten Tag, Genossinnen und Genossen, mein Name ist Jack Heyman. Ich bin hier im Namen der International Longshore and Warehouse Union von der Westküste Amerikas. Ich bin hier, um Solidaritätsgrüße aus dem kämpferischsten Hafen der Vereinigten Staaten von Amerika zu überbringen. 1984 haben wir elf Tage lang gegen ein Schiff aus dem Apartheid-Südafrika gestreikt. Nelson Mandela war im Gefängnis, als wir 1984 unseren Streik koordinierten. Sechs Jahre später, 1990, unternahm er eine Weltreise. Er machte Halt in Oakland, Kalifornien, und seine ersten Worte waren: „Ich lobe die Hafenarbeitergewerkschaft für ihren Streik gegen das Schiff aus Südafrika. Eure Aktion hat die Anti-Apartheid-Bewegung in Kali-

fornien ausgelöst.“ [Beifall]

Im Jahr 2008 führten wir einen historischen Streik an der Westküste durch. Wir legten alle Häfen in Kanada und den Vereinigten Staaten lahm, um ein Ende der imperialistischen Kriege im Irak und in Afghanistan zu fordern. [Beifall] Diese historische Aktion kam zustande, weil ich in Zusammenarbeit mit der Liga für die Vierte Internationale in unserer Ortsgruppe einen Antrag stellte, der einstimmig angenommen wurde, alle Häfen an der Westküste zu schließen. Dem folgte die *Mavi Marmara*-Flottilla, die Freedom Flotilla, nach Gaza, ähnlich der Flottille, die jetzt unterwegs ist. Die israelische IDF [Armee] griff diese Flottille an und ermordete neun der humanitären Helfer. Unmittelbar nach diesem Angriff organisierten wir einen Protest gegen das nächste Schiff der israelischen Reederei ZIM, das in unseren Hafen einlief. Um fünf Uhr morgens versammelten sich zweitausend Menschen im Hafen und stoppten die Arbeit auf dem ZIM-Schiff. [Beifall] Ich möchte meinen Genossen von der Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsvereinigung mitteilen, dass seit 2014 keine Schiffe der ZIM Linie mehr in den Häfen von Oakland und San Francisco anlegen – wir haben das beendet. [Beifall]

Im vergangenen Jahr veröffentlichte der Allgemeine Palästinensische Gewerkschaftsbund eine Erklärung, in der es hieß: „Worte reichen nicht aus, um unseren Kampf zu unterstützen. Wir brauchen Arbeiter, insbesondere in den Häfen, die sich weigern, Militärgüter für Israel zu transportieren.“ Es gab viele schön klingende Erklärungen von Gewerkschaftsbürokraten. Aber die Arbeiter in ihren Gewerkschaften wurden nicht zum Handeln aufgerufen. Das ist Heuchelei seitens der Gewerkschaftsbürokraten. Insbesondere in einem Land wie Großbritannien, aber auch in den Vereinigten Staaten, dem Hauptlieferanten von Kriegsmaterial für das zionistische Völkermordregime.

In jedem wichtigen Kampf der Gewerkschaftsbewegung ist es immer die Gewerkschaftsbürokratie, die die Basis davon abhält, aktiv Maßnahmen zu ergreifen. Ich verstehe, dass es in Italien mehrere Hafenarbeitergewerkschaften gibt, die aus verschiedenen Gründen unterschiedliche Standpunkte vertreten. Aber wir müssen die Hafenarbeiter nicht nur in Italien, sondern in den westeuropäischen Ländern, der EU (Europäische Union) und in den Vereinigten Staaten vereinen. Wir müssen uns den Gewerkschaftsbürokratien widersetzen, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Militärfracht zu stoppen. Wir müssen sie als „heiße Fracht“ bezeichnen. Ihr weigert euch, heiße Fracht nach Israel zu transportieren. Was wir tun müssen, ist, alle Hafenarbeiter zu vereinen. Und Lenin hat es am besten ausgedrückt: Er sagte, ***marschiert getrennt***, ihr habt eure eigenen Gewerkschaften, aber lasst uns ***gemeinsam streiken (schlagen)***. Lasst uns gemeinsam streiken, um Israel davon abzuhalten, seinen Genozid-Krieg gegen das palästinensische Volk fortzusetzen. [Beifall]

Neben dem Kampf innerhalb der Gewerkschaften gibt es einen breiteren politischen Kampf. Wir müssen die Führungen in der gesamten EU und in den Vereinigten Staaten ersetzen, den imperialistischen Ländern, die die zionistische Maschinerie in Israel unterstützen. Lasst mich abschließend sagen: Der einzige Weg, diese imperialistischen Regime zu stürzen, sind erstens koordinierte Streiks, und zweitens müssen wir uns auf den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei in den Industrieländern zubewegen. Ich bin ein Unterstützer der Zeitung *L'Internazionalista*,² in der ihr das, was ich zu sagen habe, ausführlicher nachlesen könnt. Aber lasst mich abschließend sagen: ***Alle Macht der internationalen Arbeiterklasse!*** [Beifall] ■

¹ Der Name des türkischen Schiffs, das von israelischen Kommandos gestürmt wurde, die neun der Aktivisten kaltblütig ermordeten und 57 weitere verwundeten.

² Zeitung des Nucleo Internazionalista d'Italia, italienische Sektion der Liga für die Vierte Internationale.

Angeklagt für Gewerkschaftsblockade von Militärfracht an Israel

Verteidigt den Präsidenten der griechischen Hafenarbeitergewerkschaft, Markos Bekris

In der Nacht des 17. Oktober 2024 blockierten Hafenarbeiter im griechischen Hafen Piräus die Verladung eines Containers mit 21 Tonnen Munition auf ein Schiff der israelischen Reederei ZIM Lines mit Ziel Haifa. Die Arbeiter sprühten die Parolen „Mörder raus aus dem Hafen!“ und „Freiheit für Palästina!“ auf die Container. Die Blockade erregte weltweites Aufsehen. Wir veröffentlichten einen Artikel in *The Internationalist*, in dem wir die mutige Aktion der Hafenarbeiter von Piräus als Musterbeispiel für den Aufruf der Liga für die Vierte Internationale zu internationalen Arbeiteraktionen gegen den völkermörderischen Krieg der USA und Israels gegen die palästinensische Bevölkerung von Gaza würdigten. (Siehe „Griechische Arbeiter blockieren Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine“, *Permanente Revolution* Nr. 7, Oktober-Dezember 2024.)

Ein Jahr später haben die griechischen Behörden nun ein Verfahren gegen Markos Bekris, den Präsidenten der Gewerkschaft der Arbeiter im Containerumschlag (ENEDEP) im Hafen von Piräus, wegen der mutigen Aktion seiner Gewerkschaft eingeleitet. Die Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsverband PAME (Allgemeine Arbeiter-Kampffront) angeschlossen, der der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE) nahesteht, und Bekris kandidierte für die KKE bei den Europawahlen. Die Hafenaktion im Oktober 2024 war nicht das erste Mal, dass griechische Hafenarbeiter militärisches Material für die zionistische Mordmaschinerie blockierten. Im Juni des Vorjahres weigerten sie sich, ein für Israel bestimmtes Schiff zu be- noch zu entladen, und im Juli 2025 verweigerten sie die Umladung einer Ladung Militärstahl

mit der Begründung, sie würden diese „Todesfracht“ nicht anrühren.¹

Die Regierung von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis von der rechtsextremen Partei Nea Dimokratia (ND) versucht offensichtlich, an Bekris ein Exempel zu statuieren und der ultra-zionistischen israelischen Regierung einen Gefallen zu tun, die über die Verbreitung der Aktionen von Hafenarbeitern in Marokko, Frankreich, Italien und Griechenland besorgt ist, da diese bereits ihren Kriegsnachschub beeinträchtigen. Dies geschieht kurz nach der Europäischen Hafenarbeiterkonferenz in Genua (Italien) am 26. und 27. September sowie Massendemonstrationen, die am 22. September und 3. Oktober in Solidarität mit Gaza italienische Häfen, Flughäfen, Bahnstrecken und Autobahnen lahmlegten und damit die „Sicherheits“-Dekrete der faschistisch angeführten Meloni-Regierung missachteten.²

Doch der Versuch, die kämpferischen Hafenarbeiter einzuschüchtern, erfährt einen Rückschlag, denn Solidaritätsbekundungen treffen von Gewerkschaften aus Palästina, Italien, Dänemark und anderen Ländern ein. In Italien wurde für den 28. und 29. November ein landesweiter Massendemonstration und eine Massendemonstration in Solidarität mit Gaza ausgerufen. In den Vereinigten Staaten stimmte die Ortsgruppe 10 der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) am 20. November für einen Antrag, der

¹ Siehe „Massendemonstration für Gaza bringt Italien zum Stillstand“, auf der Seite 19 von dieser Ausgabe von *Permanente Revolution*

² Siehe „Europäische Hafenarbeiter rufen zu Streikaktionen auf, um Waffenlieferungen zu stoppen“, auf der Seite 18 von dieser Ausgabe.

die Aktion der griechischen Hafenarbeiter begrüßte und den ENEDEP-Präsidenten Markos Bekris verteidigte. Am 1. Mai 2024 beschloss die Ortsgruppe 10 einstimmig, die Beförderung von Militärgütern nach Israel zu verweigern (als „heiße Fracht“). Dieser Antrag wurde jedoch später von der ILWU-Bürokratie auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Vancouver, Kanada, unterdrückt.

Unter Berufung auf das ILWU-Motto „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ fordert der unten abgedruckte Antrag der Ortsgruppe 10 die ILWU-Führung auf, einen Brief an die griechische Regierung zu senden, indem sie die Einstellung des Verfahrens gegen Bekris fordert.

Verteidigt Markos Bekris, Präsident der griechischen Hafenarbeitergewerkschaft

In Erwägung, dass Markos Bekris, Präsident der griechischen Containerarbeitergewerkschaft ENEDEP, angeklagt wurde für eine Blockade im vergangenen Jahr der Verladung von Containern mit Munition auf ein Schiff, das für den Hafen von Haifa in Israel bestimmt war, und

In Erwägung, dass die Blockade von Militärgütern, die Israels Völkermord in Gaza ermöglichen, kein Verbrechen ist, sondern ein Akt der Solidarität mit dem belagerten palästinensischen Volk, der zu loben ist, und

In Erwägung, dass ENEDEP weiterhin Kriegsmaterial für Israel blockiert, darunter auch, im vergangenen Juli, Lieferungen von militärischem Stahl, und

In Erwägung, dass diese mutige Aktion

Hafenarbeiter weltweit inspiriert hat und andere europäische und mediterrane Häfen dem Beispiel der griechischen und italienischen Hafenarbeiter gefolgt sind, und

In Erwägung, dass die Europäische Hafenarbeiterkonferenz im September andere Hafenarbeiter dazu aufgerufen hat, Waffenlieferungen nach Israel als „heiße Fracht“ zu betrachten, die nicht umgeschlagen werden darf, und um diejenigen zu verteidigen, die wegen dieser mutigen Aktion verfolgt werden, und

In Erwägung, dass die Strafverfolgung von Markos Bekris eine ernstzunehmende Bedrohung der weltweiten Arbeiterbewegung darstellt, durch Regierungen, die sich dem maritimen Kapital verpflichtet haben,

Wird deshalb beschlossen, dass wir in bester Tradition der ILWU die Aufhebung der Anklage gegen unseren Genossen Markos Bekris fordern und unseren Protest gegenüber der griechischen Regierung zum Ausdruck bringen werden, und

Wird ferner beschlossen, dass die ILWU Local 10 unter unserem Motto „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ einen Solidaritätsbrief an die Hafenarbeitergewerkschaft ENEDEP in Piräus schickt, der unsere Solidarität mit ihrer Aktion erklärt und darauf hinweist, dass unsere Ortsgruppe 10 am 1. Mai 2024 für den Boykott von Militärfracht nach Israel abgestimmt hat, und

Entschließen wir schließlich, dass wir unsere internationalen Funktionäre auffordern, sich mit anderen Hafenarbeitergewerkschaften über gemeinsame Maßnahmen zur Verteidigung von Markos Bekris und der griechischen Hafenarbeitergewerkschaft ENEDEP zu beraten. ■

Flughafenarbeiter: Stoppt Todesfracht für Israel!

24. SEPTEMBER 2025 – Mitte Juni, auf dem Höhepunkt des massiven Luftkriegs Israels gegen den Iran und zwei Tage vor dem US-Angriff auf iranische Nuklearanlagen, landeten 18 Militärtransportflugzeuge aus den Vereinigten Staaten und Deutschland in Israel. Dies geschah „zusätzlich zu den mehr als 800 Militärtransportflugzeugen, die seit Beginn des genozidalen Krieges gegen den Gazastreifen angekommen sind“, berichtete der *Middle East Monitor* (19. Juni). Aber dies ist nur ein kleiner Teil der Luftbrücke für Militärgüter, die den zionistisch-imperialistischen Völkermord und Krieg gegen den Iran versorgt hat. Seit Oktober 2023 wird die Lieferung von Militärgütern zunehmend an kommerzielle Fluggesellschaften ausgelagert.

Eine kürzlich durchgeführte detaillierte Analyse der vom Flughafen Oakland in Kalifornien nach Israel verschickten Militärfracht ergab mindestens 280 Lieferungen von Ende Januar bis Anfang August 2025. Der Bericht der Palestinian Youth Movement (PYM) und der Oakland People's Arms Embargo mit dem Titel „Exposing Oakland Airport's Military Cargo Shipments to Israel“ (Aufdeckung der Militärfrachtlieferungen des Flughafens Oakland nach Israel) wurde am 28. August veröffentlicht. Aus einer ausgewählten Stichprobe von 500 Lieferungen, die vom 1. April bis zum 30. Juni von FedEx Express befördert wurden, war Oakland mit 16 % (82) der Gesamtzahl der zweitgrößte Umschlagplatz (weit mehr kamen aus Fort Worth, Texas). Allein aus Oakland wurden „fast das ganze Jahr über mehrmals pro Woche Sendungen verschickt“, heißt es in dem Bericht.

Die Tatsache, dass diese Militärtransporte über zivile Einrichtungen abgewickelt werden, bietet die Möglichkeit für Arbeiteraktionen, um diese Fracht des Völkermords zu stoppen. Am 12. Juni rief die Flughafen-Gewerkschaft SUD Aérien in Paris ihre Mitglieder dazu auf, wachsam zu sein, um einen

Transport von Militärstahl aus Schweden zu stoppen, der vom Flughafen Roissy-Charles de Gaulle nach Tel Aviv gehen sollte. Der Empfänger war das israelische Rüstungsunternehmen Elbit. Eine zweite Alarmierung erfolgte am 7. Juli zusammen mit der Gewerkschaftsföderation CGT. Mit Verweis auf Aktionen von Hafenarbeitern in ganz Europa forderte SUD von Air France und allen anderen Unternehmen, den Transport von Militärgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel einzustellen.

Am 25. Juni, wurde ein Flug vom Flughafen Brescia Montichiari in Italien gestrichen, wodurch eine Lieferung von Raketen nach Israel gestoppt wurde, nachdem die Basisgewerkschaft USB (Unione Sindicale di Base) dort zu einem Streik aufgerufen hatte. Die Annullierung wurde mit einer Kundgebung gefeiert. Der Flughafenbetreiber GDA Handling reagierte jedoch mit der Drohung, den langjährigen Mitarbeiter und USB-Delegierten Luigi Borrelli wegen angeblicher Verletzung der Vertraulichkeit und „Loyalität gegenüber dem Unternehmen“ zu entlassen, weil er sich öffentlich über verdächtige Lieferungen im letzten Jahr beschwert hatte. Bei einer Kundgebung am 17. Juli in Brescia bekundeten Gewerkschafter aus ganz Italien und Europa ihre Solidarität mit Borelli.

Am 23. August deckte dann ein Demonstrationmarsch zum Flughafen Leipzig/Halle die deutschen Waffenexporte nach Israel auf. Pro-palästinensische Aktivisten erfuhren davon nur aufgrund einer Erwähnung in einem Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der faschistoiden Partei Alternative für Deutschland (AfD), denen Spionage für China vorgeworfen wurde und von denen einer am Flughafen arbeitete. Damit wurde die Lüge aufgedeckt, dass Deutschland im Herbst 2024 die Waffenlieferungen eingestellt habe. Unter den Demonstranten befanden sich Mitglieder von ver.di, der breiten deutschen Dienstleistungs-

gewerkschaft, zu der auch Transportarbeiter gehören, und ihre Flugblätter fanden bei den Flughafenarbeitern großen Anklang. Die ver.di-Bürokraten und der Betriebsrat reagierten jedoch mit der Aufforderung an die Arbeiter, nicht mit den Protestierenden zu sprechen.

Die transportierte Militärfracht steht in direktem Zusammenhang mit dem Völkermord der USA und Israels. Der Oakland-Bericht stellte fest, dass es sich bei vielen Teilen um Komponenten für Israels (in den USA gebaute) F-35-Jagdbomber aus dem Distributionszentrum der Defense Logistics Agency in Tracy, Kalifornien, handelte. Dazu gehören „Bombenabwurfseinheiten, Adapter für Waffenschächte, Überwachungssensoren und flugkritische Elektronik“. Der Bericht zitiert, wie die F-35 im Juli 2024 drei 2 000-Pfund-Bomben (eine Tonne) auf das Flüchtlingslager Al-Mawasi in Gaza abwarfen und dabei mindestens 90 Menschen in dieser „humanitären Sicherheitszone“ töteten. Aber dies ist nur eines von unzähligen Waffensystemen, die die Imperialisten den genozidalen Zionisten zur Verfügung gestellt haben.

Ein Aspekt, der kaum erwähnt wird, ist der Zusammenhang mit dem Krieg Israels und der USA gegen den Iran. F-35 werden eingesetzt, um Tod und Verderben über die Palästinenser zu bringen, aber ihre „Stealth“-Technologie macht sie zu einem Schlüsselement für die Bombardierung des Iran. Dies ist ein Thema, das viele Demonstranten gegen den Völkermord in Gaza nicht ansprechen wollen. Doch Israels Rolle als Gendarm des Imperialismus konzentriert sich seit Jahrzehnten auf den Iran als sein Ziel Nr. 1. Die Liga für die Vierte Internationale verteidigt den halbkolonialen Iran



18. September, Start einer Kampagne gegen Militärfracht nach Israel am Flughafen Oakland, Kalifornien.

gegen imperialistische und zionistische Angriffe, einschließlich seines Rechts, eine nukleare Abschreckung gegen die mit Atomwaffen ausgerüsteten Kriegstreiber der USA und Israels zu entwickeln, während wir das antikomunistische islamistische klerikale Regime des Iran politisch bekämpfen.

Viele der Initiativen in Häfen und Flughäfen zielen darauf ab, Druck auf lokale Behörden und Politiker auszuüben. In Oakland gehört dazu auch die „progressive“ demokratische Bürgermeisterin Barbara Lee. Lees Büro erklärte jedoch lediglich, es habe die Flughafenbehörden gebeten, „die Fakten zu überprüfen“, während der Flughafen erklärte, er sei „gesetzlich verpflichtet, den von der Bundesregierung genehmigten Flugverkehr zu bedienen“ (KQED, 18. September).

Kein bürgerlicher Politiker wird sich dem widersetzen. Wie die Plakate der Demonstranten der Internationalist Group und der Revolutionary Internationalist Youth auf der Pressekonferenz zur Ankündigung der Kampagne gegen „Killerfracht“ am Flughafen Oakland betonten, dringend erforderlich sind „Arbeiteraktionen, um die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen“. ■

Linkspartei: Retter der Regierungskoalition

Seit ihrem Erfolg bei den Bundestagswahlen im Februar 2025 ist viel von einer „erneuerten“ Linkspartei die Rede. Die Linke gewann viele ihrer ehemaligen Wähler zurück, die zu den Grünen und Sozialdemokraten (SPD) abgewandert waren, die danach aber von der Kriegspolitik der ehemaligen SPD/FDP/Grünen-Ampelkoalition bezüglich Gaza und Ukraine abgestoßen waren. Die Linke gewann auch den größten Anteil an jungen und Erstwählern, vor allem, weil sie als Bollwerk gegen Faschismus und Rassismus angesehen wurde. Viele wählten Die Linke als Oppositionspartei, aber seit der Wahl hat sie keineswegs als solche agiert, sondern ist immer wieder der aktuellen schwarz-roten CDU/SPD-Koalition zu Hilfe geeilt. Was geht hier vor sich?

Ende 2024 steckte die Linkspartei in der Klemme. Bei der letzten Bundestagswahl war sie unter die 5-Prozent-Hürde gefallen, konnte kaum noch eine Fraktion bilden, war von internen Richtungskämpfen zerrissen und schien nirgendwo Wirkung zu entfalten. Doch als bekannt wurde, dass sich rechte AfD- und CDU-Politiker mit offenen Faschisten getroffen hatten, um über die Massenabschiebung von Immigranten und ethnische Minderheiten zu diskutieren, spielte Die Linke eine Schlüsselrolle beim Aufbau „antifaschistischer“ Mobilisierungen, die über 200 000 Menschen auf die Straße brachten. Dass Politiker der Ampelkoalition daran teilnahmen, bedeutete, dass diese Demos als Deckung für die Regierung dienten, die selbst Massenabschiebungen „im großen Stil“ verkündet hatte, schien aber für Viele ein Beweis der „Relevanz“ der Linkspartei zu sein.

Jetzt, mit fast doppelt so vielen Stimmen wie 2021 und 64 Sitzen im Bundestag, ist die Regierungsunterstützung der Linkspartei entscheidend, um die faschistoide AfD von der Staatsmacht fernzuhalten. Viele, wie die Co-Vorsitzende der Linken, Ines Schwerdtner, dachten, die Partei solle der CDU/SPD-Koalition „ein Stachel im Fleisch“ sein. Doch die Bonzen der Bundestagsfraktion nutzten stattdessen ihren neu gewonnenen Einfluss, um die Wahl von Friedrich Merz zum Kanzler im Mai zu beschleunigen und dann im Dezember seine Regierung zu retten, indem sie seinem Rentenpaket (das von einigen CDU-Parlamentariern abgelehnt wurde) zur Verabschiedung verhalfen, so dass es zu keiner Regierungskrise kam. *In der Tat funktioniert die Linkspartei als Retter und ein fester externer Bestandteil der regierenden Koalition.*

In Wirklichkeit haben Die Linke und ihre Vorgänger nie versucht, eine echte Oppositionspartei zu sein. Sie strebten stets die Regierungsbeteiligung an, und wenn sie ab und zu auf Kommunal- und Landesebene damit Erfolg hatten – besonders wenn es darum ging, die Drecksarbeit zu übernehmen, den Arbeitern Kürzungen und Entlassungen reinzuwürgen – auf Bundesebene haben die Großparteien Die Linke stets vor der Tür stehen lassen. Jetzt hat sie einen Fuß drinnen. Und das spiegelt sich folgerichtig in ihrer gesamten Politik wider, von der Bewilligung von Kriegskrediten bis hin zu Renten-



Die Linkspartei behauptet, eine „Friedenspartei“ zu sein, setzt sich jedoch für die Vertreibung Russlands aus der Ukraine ein. Oben: Bei der Antikriegsdemonstration am 3. Oktober 2024. Der Co-Vorsitzende der Linken, Jan van Aken (Mitte), will „wirksamere“ Sanktionen gegen Russland, bezeichnet Merz' Reise nach Kiew als „coole Aktion“ und fordert „Sicherheitsgarantien“ für die Ukraine in Form von UN-„Blauhelmen“, die als Garanten imperialistischer Interessen fungieren würden.

schlachten und Abschiebungen.

„Nach heutigen Gesichtspunkten wäre Bernstein eben schon linker Flügel Linkspartei“, sagte Schwerdtner in einem Interview (*Jung & Naiv* Nr. 772, 15. Juli). Dabei meinte sie auch, „Rosa Luxemburg hat gesagt, dass Antimilitaristin zu sein, heißt nicht, eine Friedenstaube zu sein.“ und „man kann Rosa Luxemburg vorhalten, dass sie zu sehr an die Revolution geglaubt hat“. (Schwerdtner mitsamt ihren Kriegsfalken sollte lieber Rosa in Ruhe lassen). Ein aufschlussreiches Eingeständnis. Eduard Bernstein war der Theoretiker des reformistischen Flügels der Vorkriegs-SPD. Es war diese Partei, die 1914 die Tür zum Ersten Weltkrieg öffnete, indem sie im Namen der „nationalen Verteidigung“ für die Kriegskredite stimmte. Als die Führer der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen im März 2025 effektiv die Kriegskredite befürworteten, folgten sie damit der koalitionspolitischen Linie ihrer Partei, sich an der Regierung zu beteiligen.

Seit ihrer Gründung 1990 als SED-PDS, später PDS, übernahm die Partei die Rolle, die ihr die BRD-Machthaber zugedacht hatten: die Kontrolle und Kanalisierung der Wut der enteigneten ostdeutschen Arbeiterklasse, während die Industrie im Osten abgerissen und zerlegt wurde. Später schlossen sich die ehemaligen stalinistischen „Reformer“ der PDS wie Gregor Gysi mit Oskar Lafontaines Abspaltung von der SPD (und einer Handvoll Pseudotrotzkisten wie Christine Buchholz) zur Gründung der WASG zusammen, wodurch die Arbeiter im Osten unter die Fuchtel der westdeutschen Gewerkschaftsbürokratie gerieten, und im Jahr 2007 verwandelte sich diese in Die Linke. Eine ihrer Hauptaufgaben war und ist es, eine „links“ anmutende Version der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie zu vertreten.

Ukraine...

Die Linkspartei ist eine sozialdemokratische Partei der zweiten Mobilisierung, die gegründet wurde, um die linke Flanke des

deutschen Staates abzudecken, die die SPD offen gelassen hatte. In einem von Wikileaks veröffentlichten Gespräch zwischen Gregor Gysi und dem US-amerikanischen Botschafter Philip Murphy aus dem Jahr 2010 versicherte der Gründer und damalige Vorsitzende der Linkspartei dem US-Vertreter, dass die Forderung der Partei aus dem Jahr 2007 nach „der Auflösung der Nato und ihrer Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ nur eine Taktik war, um die Stimmen innerhalb der Partei zu beruhigen, die sich für einen Austritt Deutschlands aus der NATO einsetzten.

Und heute? Auf dem Bundesparteitag der Linkspartei in Chemnitz am 9. Mai sagte Lukas Hof, Sprecher von Die Linke/SDS, dass im Koalitionsvertrag „Russland zum Hauptfeind erklärt“ ist, dass die neue Regierung klar macht, dass sie bereit ist, um „ihre Weltmachtansprüche durchzusetzen“, „gegen Russland und nötigenfalls gegen China in den Krieg zu ziehen“. Aufgabe der Linken, fährt er fort, „ist aufzuklären, dass hier ein Krieg vorbereitet wird“ und dass die Aufrüstung „für einen Krieg stattfindet... Dagegen muss unsere Partei ihre Stimme erheben“. Aber sowohl die Führung der Partei als auch die Beschlüsse der Parteitage kritisieren nur eine abstrakte „Aufrüstung“ oder „Hochrüstung“, ohne zu sagen, wozu sie dient. Es wird eine bittere Lektion sein, wenn diese Jugendlichen in einer Partei gefangen bleiben, deren Zukunft fest mit der „Staatsräson“ der Bundesrepublik verknüpft ist.

All dies geht auf den Anfang des Krieges um die Ukraine zurück. In unserem Artikel über die „Gleichschaltung der Linken in der Zeitenwende“ (*Permanente Revolution*, Januar 2023) haben wir darauf hingewiesen, dass die Sprecherin der Linkspartei-Fraktion, Amira Mohamed Ali, Bundeskanzler Olaf Scholz antwortete, dass es „große Einigkeit“ bei der Verurteilung Russlands gebe. Die „Zeitenwende“, die Scholz in dieser Erklärung ankündigte, war die Ausrufung einer neuen Ära des unerbittlichen militärischen und ideologischen Krieges gegen Russland. Sie gab dem Staat einen Blankoscheck für die

Verdrängung jeglicher „Relativierung“ des Krieges um die Ukraine. Fortan würde jede Erwähnung, wie die NATO-Imperialisten den Krieg provoziert, bewaffnet und geführt haben, mit dem Totschlagwort der Stunde, „Putinversteh“, beantwortet werden.

Seit die Kriegstrollen in Deutschland lauter wurden, schrumpft das pazifistische Feigenblatt der Linken. Die Forderung der „erneuerten“ Linkspartei nach „belastbaren Sicherheitsgarantien für die Ukraine“ ist nichts anderes als ein verschleierte Aufruf zur Aufnahme der Ukraine in die NATO oder etwas Gleichwertiges. „In der Vergangenheit“, heißt es im Leitantrag des Bundesparteitags 2024 in Halle, „konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich wirksam sein.“ Heute jedoch „gilt es darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden.“

Die Behauptung des Antrags, dass „die ukrainische Bevölkerung um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung kämpft“, verschleierte die Tatsache, dass der Krieg um die Ukraine ein imperialistischer Stellvertreterkrieg ist, der von der NATO angezettelt und geführt wird und von der Marionettenregierung in Kiew und der vom Westen bewaffneten, faschistisch geführten ukrainischen Armee ausgetragen wird.

Während die Ukraine ausgeblutet wird, nähern sich die Forderungen des Co-Vorsitzenden Jan van Aken zunehmend denen von Friedrich Merz an. Für van Aken und die Linkspartei reichen die Sanktionen, die durch die Unterbindung günstiger russischer Energie die Deindustrialisierung Deutschlands beschleunigt haben, nicht aus. Seine Forderung, dass der deutsche Staat die Häuser russischer Privatpersonen in Berlin enteignet und damit die ukrainische Kriegsmaschinerie finanziert, ist nur eine Nachahmung des Vorhabens von Merz und EU-Chefin von der Leyen, die in Belgien befindlichen russischen Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Van Aken's Forderung nach einem UN-Blauhelmeinsatz ähnelt der von Merz angekündigten „multinationalen Truppe“ aus NATO- und „AUKUS“-Ländern.

Der Parteivorstand der Linken schließt sich der SPD/CDU-Regierung an in ihrer falschen Behauptung, dass ein bevorstehender deutscher Krieg defensiven Charakter haben würde. Heidi Reichinnek und van Aken haben die Bundeswehr als „Verteidigungsarmee“ dargestellt, die natürlich „ausgerüstet“ sein muss. Van Aken bekräftigt, „natürlich braucht es eine ausreichende Armee in Deutschland, in Europa für eine EU- und Landesverteidigung“. Gregor Gysi erklärt, dass eine von Deutschland geführte EU zu „einer Art vierter Weltmacht“ werden könnte, womit er seine Unterstützung für die Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie bekundet, eine unabhängige Rolle gegenüber den USA einzunehmen. Genau diese Landes- und Nationalverteidigung war Grundlage des historischen Verrats der SPD an der Arbeiterklasse, der der Bourgeoisie den Ersten Weltkrieg ermöglichte.

...und Palästina

Die Unterbindung jeglicher Anzeichen von Protesten gegen die Kriegführung in der Ukraine durch die Bourgeoisie (zum Beispiel das Verbot russischer und sowjetischer Fahnen am Tag der Befreiung, dem 8. Mai, an dem der Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime gefeiert wird) war die Vorstufe für die Unterdrückung von Protesten gegen den Völkermord in Gaza. Mit letzterer wird die Unterordnung der Linkspartei unter die imperialistische Politik der BRD, der Nachfolgerin Nazideutschlands, den neuen Parteimitgliedern der Linken vielleicht am deutlichsten, wo es nämlich um die Weigerung ihrer Partei geht, die Unterstützung des deutschen Staates für das zionistische Schlachten in Gaza anzuprangern.

Schon am 11. Oktober 2023 bekräftigte eine Erklärung der Parteiführung „das Existenzrecht Israels“ und setzte die Unterstützung des palästinensischen Widerstands mit Antisemitismus gleich. Am nächsten Tag stimmten die Abgeordneten der Linkspartei im Bundestag für einen Beschluss, der einstimmig angenommen wurde, in dem es hieß: „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“ und „Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation und ihre Folgen trägt einzig und allein die Hamas.“ Kein Wort über das dreiviertel Jahrhundert der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser durch die Zionisten. Dieser Beschluss war der Auslöser für die massive und brutale Unterdrückung der Proteste gegen den Völkermord, die darauf folgten.

Am Tag vor dem Chemnitzer Parteitag im Mai 2025 veröffentlichte der Bundesvorstand einen Beschluss, in dem es hieß: „Das Existenzrecht des Staates Israel ist für uns nicht verhandelbar.“ Dies war eine Reaktion auf eine Erklärung der israelischen Botschaft, in der diese ein Mitglied des Parteivorstands, Ulrike Eifler, verurteilte, die einen Tweet mit einer Karte des historischen Palästinas in den rot-schwarz-grünen Farben der palästinensischen Flagge gepostet hatte. Als Zionisten die Linkspartei aufforderten, sich von Eifler zu distanzieren, taten sie dies gehorsamst. In den Debatten auf dem Parteitag waren die wichtigsten Verteidiger des Vorstands einige der größten Kriegstreiber innerhalb der Linkspartei, wie Brigitte Forßbohm (die Waffenlieferungen an die Ukraine fordert) und Christoph Spehr (der selbst auf dem Höhepunkt des Völkermords Waffenlieferungen an Israel verteidigt hat).

Dennoch wurde der neue Zustrom von Linken, die an pro-palästinensischen Protesten teilgenommen haben, in die Linkspartei auf dem Bundesparteitag sichtbar in einem Antrag zur Unterstützung der „Jerusalem-Erklärung“ – einer von israelischen Akademikern formulierten Erklärung, die Kritik an der israelischen Politik von Antisemitismus unterscheidet – im Gegensatz zur Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die von den Zionisten und dem deutschen Staat als Knüppel benutzt wird, um Gegner des Völkermords als „Antisemiten“ zu diffamieren und zu unterdrücken.



Aber doch. Linkspartei rief nach der Bundestags-Wahl Februar 2025 für die Abschaffung der „Schuldenbremse“, während Linken-Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek (links) versprach, „keine dreckigen Deals“ einzugehen. Dann aber haben die Bremer und Mecklenburg-Vorpommerns Linke-Länderminister im Bundesrat die Aufhebung der Bremse nur für militärische Ausgaben zugestimmt, und damit die Aufrüstungspläne der Regierung ermöglichten.

Der Antrag wurde mit 213 zu 181 Stimmen angenommen. Das hat die Parteiführung jedoch nicht davon abgehalten, gegen pro-palästinensische Mitglieder vorzugehen.

Diese „Oppositionspartei“ hat sich nicht gegen die Unterdrückung von Protesten gegen Völkermord gestellt, sondern sich stattdessen der Überwachung ihrer eigenen Mitglieder gewidmet. Die Bundesschiedskommission bestätigte den Ausschluss des Palästinensers Ramsis Kilani (dem offiziell vorgeworfen wurde, das Image der Partei geschädigt zu haben, indem er sich nicht ausreichend hinter Israel gestellt habe). Und im November griff der Parteivorstand den Bundeskongress des Jugendverbandes solid an, der in seiner Resolution „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ das „Staatsprojekt Israel“ als das eines „kolonialen“ und „rassistischen“ Unternehmens charakterisierte. Die offen pro-zionistischen Elemente verlangten, „klare Grenzen“ gegenüber der abtrünnigen Jugend zu ziehen.

Der „Waffenstillstand“ von Trump in Gaza wurde von den Parteivorsitzenden Schwerdtner und van Aken herzlich begrüßt: Die von den Linkspartei-Obernen so abgesegnete koloniale Besetzung von mehr als der Hälfte des winzigen Gazastreifens durch die israelische Armee sei „eine gute Nachricht“, sagte van Aken. Es sollte also erfreuen, dass Palästinenser weiterhin erschossen und ausgehungert werden, um „die Sicherheit Israels“ zu gewährleisten. In diesem Sinne ist die Zustimmung des Vorstands der Linkspartei nicht weit entfernt von der des Brandenburger „Antisemitismusbeauftragten“ Andreas Büttner (ein Polizist, ehemaliges Mitglied der CDU und FDP, jetzt Mitglied der Linkspartei), der in einem Tweet (X) schrieb, dass die Golanhöhen nun zu Israel gehören.

Die schändliche Bilanz der Linkspartei lautet also: unzählige Solidaritätsbekundungen mit Israel, ein Spritzer Kritik an der IDF (kaum anders als die deutsche Regierung), interne Repression gegen jegliche

Opposition gegen die deutsche Staatsunterstützung des Zionismus, sogar Forderungen nach einer Entwaffnung der Hamas unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“, und vieles mehr. Die Gründung der Gruppe „Palästinasolidarität“ in der Linkspartei in Berlin wird als Erfolg der neuen Energie in der Partei angesehen, sowie auch der Aufruf zu einer Solidaritätsdemonstration für Palästina am 27. September (die erste für Die Linke) und die Verwendung des Begriffs „Völkermord“ durch einige Abgeordnete der Linkspartei (jedoch nie im Bundestag selbst). Aber sie werden zu nichts führen, wenn man sich nicht mit dem grundlegenden Sozialpatriotismus der Partei auseinandersetzt.

Pseudotrotzkisten auf der Suche nach Sündenböcken

Die Linkspartei mit ihren politischen Kompromissen, ihrer Tradition und Geschichte, und ihrer Verflechtung mit dem deutschen Staat, ist eine Wahlpartei, die überwiegend vom Staat finanziert wird, und zwar mit mehreren zehn Millionen Euro jährlich (plus 75 Millionen Euro für die Rosa-Luxemburg-Stiftung). Und doch verbreiten verschiedene pseudotrotzkistische Organisationen trotz der Treue und Nabelschnur der Linkspartei zu ihrer herrschenden Klasse die Vorstellung, dass die Linkspartei reformiert werden könnte, indem man die pro-NATO- und pro-zionistische Führung und solche Mitglieder rauswirft. Das glauben sie selber nicht.

Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO, klassegegenklasse.org), deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion (kürzlich wiedergetauft als Strömung Permanente Revolution), fordert in einem offenen Brief an die Linkspartei vom 28. März den „Ausschluss aller Kriegstreiber aus der Linkspartei“. Dies wäre ein ziemliches Unterfangen, da die Parteiführung, Parteitage, Länder- und Kreisverbände endlos für pro-ukrainische Anträge gestimmt haben, die, auch wenn sie vorgeben, für Frieden, Waffenstillstand usw. zu sein, letztlich auf eine Unterstützung der ukrainischen Marionetten der NATO-Imperialisten in deren Stellvertreterkrieg gegen Russland hinauslaufen. Was sie als „revolutionären Bruch“ darstellen, ist eine illusorische Kampagne, die sie seit Jahren verfolgen. Was sie tatsächlich damit anstreben, ist ein Wahlbündnis etwas links von der Linkspartei, statt einer grundlegenden Opposition gegen deren sozialdemokratisches Programm.

Die „Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands“ (SpAD), Sektion der ex-trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga, fordert seit einiger Zeit den Ausschluss von Gysi, dem ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und etlichen anderen faulen Äpfeln. Nach dem katastrophalen Abschneiden der Partei bei den ost-deutschen Landtagswahlen im Herbst 2024 erklärte die SpAD, dass die „letzte Chance für Die Linke“ die Bildung einer „linken, anti-imperialistischen Opposition“ sei. Immer auf

der Suche nach einem neuen Trick erfanden diese Scharlatane den „Antiimperialistischen Pol“, der „antiimperialistische Kräfte“ in der Linkspartei anziehen solle, und listeten „Linke Neukölln, Berliner Linksjugend, Kommunistische Plattform (KPF), Liste Links, SOL, SAV usw.“ als solche auf. Das ist Unsinn, da die hier erwähnten pseudotrotzkistischen Gruppierungen behaupten, Russland und China seien „imperialistisch“, während die KPF Dietmar Bartsch verteidigt, der dazu aufgerufen hatte, die Mitglieder der Linksjugend, die Israel verurteilt hatten, auszuschließen.

Anfang 2025, als ihr Antiimperialistischer Pol sich als eine Fehlgeburt erwiesen hatte, versuchte die SpAD, sich der Initiative von RIO anzuschließen und sich mit den mehreren tausend Mitgliedern der Linkspartei und 50 Parteigremien zu verbünden, die einen offenen Brief gegen die Zustimmung der Linkspartei-Mitglieder in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zu Kriegskrediten veröffentlicht hatten („Die Linke vor Chemnitzer Parteitag: Kriegstreiber rausschmeißen“, *Spartakist*, 19. April). Aber RIO und die SpAD selbst vertreten keine konsequent antiimperialistische Position, sondern geben der Kriegspropaganda ihrer Bourgeoisien nach, indem sie sich weigern, Russland, eine mittlere kapitalistische Macht, gegen den imperialistischen Stellvertreterkrieg der NATO zu verteidigen.

Selbst wenn man bedenkt, dass ihre Forderungen, die schlimmsten Kriegstreiber und Klassenkollaborateure auszuschließen, in Wirklichkeit zynische Appelle an linksgerichtete Mitglieder sind, mit der Linkspartei zu brechen, sobald die hoffnungslose Initiative scheitert, was wäre das angestrebte, „optimale“ Ergebnis? Bestenfalls eine linksreformistische Partei, ohne klare Klassenlinie in irgendeiner Frage, in der diese Poseure nach Rekruten herumwühlen könnten.

Die Internationalistische Gruppe und die Liga für die Vierte Internationale kämpfen für den authentischen Kommunismus der Bolschewiki angeführt von Lenin und Trotzki, und für Initiativen für Klassenkampffaktionen, die den Würgegriff der reformistischen Gewerkschaftsbürokratien brechen. In den letzten Monaten haben wir solche Beispiele gesehen, von den italienischen, marokkanischen, französischen und griechischen Hafenarbeitern, die Waffenlieferungen an Israel (und die Ukraine) gestoppt haben. Es geht darum, die Macht der Arbeiter gegen die Militarisierung der BRD und der Europäischen Union zu mobilisieren und gleichzeitig zu kämpfen für die Niederlage der von der NATO unterstützten, faschistisch durchseuchten ukrainischen Armee und des Marionettenregimes in Kiew sowie für die Verteidigung Russlands gegen den imperialistischen Stellvertreterkrieg; für die Niederlage des zionistischen Völkermords in Gaza; und für die bedingungslose Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China gegen Imperialismus und Konterrevolution.

Für die Wiederschmiedung einer authentisch trotzkistischen Vierten Internationale! ■



Kriegspartei. Seit Jahren hat die Linke die Losung „Abrüsten statt Aufrüsten“ betrieben, jetzt hat sie für die allergrößte Aufrüstung der Bundeswehr gestimmt.



Blöd und blöder. RIO und SpAD zum Trotz, auch ohne Ramelow, Gysi und Bartsch wäre Die Linke eine „staatstragende“ Partei des deutschen Imperialismus.

Revolutionärer Trotzismus vs. Gramscismus: Der programmatische Gegensatz

Von Jan Norden

Der folgende Artikel ist übersetzt aus „*Revolutionary Trotskyism vs. Gramscism: The Programmatic Clash*“, veröffentlicht in *The Internationalist* Nr. 64, Juli-September 2021, Zeitung der Internationalist Group, US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale (LVI). Er wurde zuerst veröffentlicht in deutscher Sprache in *Ergebnisse und Perspektiven* (1. März 2025). Eine gekürzte Fassung des Aufsatzes wurde auf der Online-Veranstaltung Trotsky in Permanence am 6. August 2021 vorgetragen.

Es ist weithin bekannt, dass sich die Ideen von Antonio Gramsci nun schon seit einigen Jahrzehnten allseitiger Beliebtheit in der internationalen Linken erfreuen. Gruppen und Anhänger stalinistischer, eurokommunistischer, sozialdemokratischer, populistischer und sogar bürgerlich-liberaler Strömungen, darunter auch einige, die sich mit dem Trotzismus identifizieren, erheben Anspruch auf das Erbe des italienischen kommunistischen Anführers. In akademischen Kreisen haben gramscianische Konzepte in verschiedenen Disziplinen (Pädagogik, Geschichte, Soziologie, Volkswirtschaft) weite Verbreitung erlangt, selbst in Kreisen, die kaum als radikal bezeichnet werden können. In Italien wurde Gramsci zu einer nationalen Ikone, einem der Väter der Republik, so sehr, dass sogar Silvio Berlusconi mit dem Erbe des sardischen Marxisten prahlt, der in Mussolinis Gefängnissen starb.

Andererseits ist Gramsci zum Lieblingsziel der Ultrarechten geworden, sogar von Präsidenten wie Jair Bolsonaro in Brasilien und Donald Trump in den Vereinigten Staaten. Vor ein paar Jahren hielt der brasilianische Außenminister einen Vortrag bei der Heritage Society in Washington, einem konservativen rechten Thinktank, wo er vor der Gefahr des „Kulturmarxismus im Allgemeinen“ und vor „Antonio Gramsci und Drogenhandel“ im Besonderen warnte. An seinem letzten Tag im Amt [seiner 1. Amtszeit] veröffentlichte Trumps Weißes Haus ein Dokument mit dem Titel „The 1776 Report“ (benannt nach dem Jahr, in dem die Unabhängigkeit der USA erklärt wurde), um einen Kulturkrieg zu führen, den er in den Schulen auszulösen versucht, in welchem Gramsci als Urheber der Identitätspolitik angeprangert wird.

Deshalb möchte ich hier betonen, dass diejenigen, die Gramsci verehren, und auch diejenigen, die ihn verteufeln, dies aus ihren eigenen Gründen tun. Lassen wir Trump und Bolsonaro beiseite und konzentrieren uns auf die linken Anhänger des italienischen Theoretikers und kommunistischen Führers der 1920er Jahre.

Die ersten, die Gramsci wiederentdeckten, waren die Anführer der Kommunistischen Partei Italiens, nach den Enthüllungen Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Jahr 1956 über Stalins Verbrechen. Indem sie Gramsci priesen, konnten sie für sich ein anderes Erbe in Anspruch nehmen als das des bedingungslosen Handlagers des großen Organisators von Niederlagen und des Henkers während der Moskauer Prozesse. Mitte der 1960er Jahre stießen Gramscis Schriften bei der Neuen Linken in Europa und den Vereinigten Staaten als „heterodoxer“ Marxismus auf Interesse. Nach dem „Französischen Mai“ von 1968 und insbesondere der Tatsache, dass all die studentischen Unruhen und Fabrikbesetzungen durch Arbeiter nicht zu einer Revolution



Leo Trotzki, Gründer der Roten Armee, um 1920.

geführt hatten, gab es unter den enttäuschten „soixante-huitards“ (68ern) einen erneuten Anstieg des Interesses an Gramsci.

Warum? Sie waren durch Persönlichkeiten wie den Akademiker Louis Althusser, damals ein Maoist, besonders an Gramscis Hegemoniekonzept und seiner These interessiert, dass es einer „subalternen“ Gruppe – in der esoterischen Sprache, die unter Hochschulabsolventen so beliebt ist – das heißt, in marxistische Terminologie übersetzt, einem Sektor der Ausgebeuteten oder Unterdrückten, gelingen kann, „die Stufe der politisch-intellektuellen Hegemonie in der Zivilgesellschaft und die Herrschaft im Staat zu erreichen.“ Gramsci schrieb, dass im Gegensatz zum zaristischen Russland, das seiner Meinung nach seine Untertanen fast ausschließlich durch staatliche Macht beherrschte, westliche Gesellschaften über ein Gefüge von Institutionen verfügen, durch die die herrschende Klasse ihre Vorherrschaft aufrechterhält, und zwar durch Mittel, die über die Polizeigewalt hinausgehen. In solchen Gesellschaften, so argumentierte er, müsse man, bevor man die Übernahme der politischen Macht in Betracht ziehe, zunächst darum kämpfen, die kulturelle Führung zu erobern.

Dies war sehr attraktiv für ehemalige linke Studierende, die Akademiker geworden waren und sich der Erziehung einer neuen Generation von Jugendlichen widmen konnten, um die „politisch-intellektuelle“ Hegemonie der Bourgeoisie zu brechen, als eine Vorstufe oder zur Vorbereitung der Revolution. Sie glaubten, dass sie sich mit diesem Ziel staatliche Initiativen zunutze machen könnten, die darauf abzielten, dem Radikalismus des Mai 68 durch die Gründung einer ganzen Reihe neuer Universitäten in der Umgebung von Paris – Paris VIII (Saint-Denis), Paris X (Nanterre) usw. – ein Ventil zu bieten. Und das nicht nur in Frankreich. In Mexiko wird nach jeder Studentenrevolte eine neue Universität gegründet, an der ehemalige Studentenführer eingestellt werden – nach 1968 wurde die Autonome Metropol-Universität (UAM) gegründet; nach dem zehnmonatigen Streik von 1999–2000 wurde die Autonome Universität von Mexiko-Stadt (UACM) gegründet. Damit gibt es zwei große Probleme. Zum einen stellt sich die Frage: In dieser seltsamen, sagen wir mal so, „Allianz“ zwi-

schen den gramscianischen Intellektuellen und dem Staat, der sie angestellt hat, wer ist hier der Reiter und wer ist das Pferd? In Wirklichkeit war es die Bourgeoisie, die von dem „langen Marsch durch die Institutionen“ der ehemaligen 68er profitierte, wie es der deutsche Neue Linke Rudi Dutschke formulierte, der von Gramsci beeinflusst war. Und zweitens widersprechen Gramscis These und die „Praxis“ der Post-68er-Gramscianer von Grund auf Marx’ These aus *Die deutsche Ideologie* (1846), die lautet: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft darstellt, stellt zugleich ihre herrschende *intellektuelle* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, verfügt damit zugleich über die Steuerung der Mittel geistiger Produktion....“

In Wirklichkeit kann der herrschenden Kapitalistenklasse die politisch-intellektuelle Hegemonie nur in einer potentiell revolutionären Krise entrissen werden. Die Vorstellung, es könne eine mehr oder weniger lange Vorbereitungszeit geben, in der proletarische Revolutionäre vor der Machtergreifung die Vorherrschaft in der Gesellschaft erlangen können, ist grundlegend falsch. In gewisser Weise unterscheidet sich dies von der Situation der Vorhut der Bourgeoisie, die in feudalen oder halbfeudalen Gesellschaften an Einfluss gewann, wie die Philosophen im Zeitalter der Aufklärung. Da sie die Hegemonie nicht erobern können, spielen die akademischen Pseudolinken der Bourgeoisie in die Hände. Die ideologische Vorbereitung der kommenden sozialistischen Revolution ist hauptsächlich die Aufgabe der kommunistischen Avantgarde-Arbeiterpartei, die sich in den Klassenkampf einbringt und Kader heranbildet, in dialektischer Beziehung zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft.

Zusammengefasst ist das Kampfziel von Gramsci und seinen Anhängern, die politisch-intellektuelle Hegemonie in der Gesellschaft vor der Revolution zu erobern, antimarxistisch und zum Scheitern verurteilt. Diejenigen, die sich von diesem Plan leiten lassen, dienen der Bourgeoisie, indem sie den Kampf auf reformistische Ziele lenken.

Dies bringt mich zu den zeitgenössi-

schen Gramsci-Anhängern der politischen Strömungen, die sich selbst als Trotzisten verstehen. Ich beziehe mich hier vor allem auf die Strömung, die sich Trotzistische Fraktion nennt. Auf den ersten Blick – und auch auf den zweiten und dritten – ist es schon erstaunlich, dass Gruppen, die behaupten, die Politik von Leo Trotzki zu vertreten, versuchen, sich Gramsci zu eigen zu machen oder die Inhalte dieser sehr unterschiedlichen Traditionen zu verbinden oder sie zumindest als sich gegenseitig ergänzend zu betrachten. Auf programmatischer Ebene gibt es tiefe Widersprüche zwischen dem revolutionären Trotzismus und dem Konglomerat der gramscianischen Vorstellungen. Es ist offensichtlich, dass man aufgrund der Natur seines Werks nicht von einer Gramsci’schen Theorie sprechen kann, was besonders deutlich in den *Gefängnisheften* wird, die unter repressiven Bedingungen verfasst wurden, die sprachliche Umwege erzwingen, in fragmentarischer Form erhalten sind und widersprüchliche Passagen enthalten. So unterscheidet Gramsci an einigen (den meisten) Stellen die Zivilgesellschaft vom Staat, während er in anderen Aufsätzen die Zivilgesellschaft als integralen Bestandteil des Staates bezeichnet. Wie auch immer.

Dies hat zu zahlreichen humanistischen, stalinistisch-reformistischen, eurokommunistischen, sozialdemokratischen, liberalen, populistischen und jetzt trotzkoiden Interpretationen der Ideen von Antonio Gramsci geführt. Obwohl man nicht von einer Gramsci’schen Lehre an sich sprechen kann, gibt es eine Reihe seiner Konzepte, die von verschiedenen linken Gruppen übernommen wurden, wie z. B. der Kampf um die Hegemonie, den wir bereits erwähnt haben, der Kampf um die Kohärenz eines „neuen historischen Blocks“, die Priorität eines „Stellungskrieges“ im Westen gegenüber dem „Bewegungskrieg oder Frontalangriff“ der Bolschewiki. All diese Konzeptionen widersprechen der Politik der Bolschewiki-Leninisten – d. h. der Trotzisten in den 1930er Jahren – und stehen auch im Widerspruch zur Politik der frühen Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki. Insgesamt stellen sie eine rechtsgerichtete Abweichung vom Leninismus dar, die mehr oder weniger mit der Politik der Rechten Opposition von Bucharin übereinstimmt und in klarem Gegensatz zur Politik der Linken Opposition steht.

Lasst mich eine kategorische Aussage treffen: Antonio Gramsci hätte sich selbst nie als Trotzisten betrachtet oder auch nur gedacht, dass seine theoretisch-philosophischen Ansätze mit dem Trotzismus vereinbar wären. Mehr noch, jede dieser Ansichten wurde ausdrücklich *gegen Trotzki* entworfen und formuliert. So stellt er beispielsweise in seinen *Gefängnisheften* die These auf, dass „Bronsteins berühmte Theorie über den permanenten Charakter der Bewegung“ als „die politische Widerspiegelung... der allgemeinen wirtschaftlich-kulturell-sozialen Bedingungen eines Landes, in dem die Strukturen des nationalen Lebens embryonal und instabil sind“, angesehen werden kann. Er bezeichnet Bronstein (d. h. Trotzki) abfällig als „Kosmopoliten“, der weder wirklich noch nur „äußerlich“ Russe oder Europäer sei. Er bemerkt verächtlich über Trotzki, dass „seine Theorie als solche weder 15 Jahre früher noch 15 Jahre später gut war“ und dass Trotzki in Bezug auf den Charakter der Oktoberrevolution von 1917 nur „mehr oder

weniger richtig geraten“ habe. Er fährt fort, dass Trotzki angesehen werden könnte als „der politische Theoretiker des Frontalangriffs in einer Zeit, in der ein solcher Angriff nur zur Niederlage führen konnte“.

Die Trotskoid-Gramscianer erklären solche polemischen Angriffe als Ergebnis von Verwirrung: Wie konnte Gramsci die Einheitsfrontpolitik loben, sie mit Lenin identifizieren und sie mit Trotzki in Gegensatz bringen, wenn dies die Politik beider Führer der bolschewistischen Revolution gegen die Politik einer allgemeinen revolutionären Offensive war, die von den sogenannten „linken Kommunisten“ auf dem Dritten Kongress der Dritten Internationale befürwortet wurde? Aber Gramsci wusste ganz genau, dass Trotzki die Einheitsfrontpolitik befürwortete, da Gramsci an diesem Kongress teilnahm. Er wusste auch, dass Trotzki das grundlegende Dokument zur Beschreibung dieser Politik, „Über die Einheitsfront“, verfasst hatte. Dies war keine Verwirrung, sondern eine Verdrehung, die zu Gramscis kategorischer Ablehnung der permanenten Revolution passte.

Ein weiteres Beispiel für Versuche, Gramsci fälschlicherweise mit Trotzki in Verbindung zu bringen, ist der berühmte Brief, den ersterer im Oktober 1926, Wochen vor seiner Verhaftung, an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion schrieb. Darin prangert Gramsci im Namen des Politbüros der Kommunistischen Partei Italiens die Opposition auf der Grundlage von Behauptungen der bürgerlichen Presse an, wonach „aufgrund von Äußerungen der bekanntesten Führer des oppositionellen Blocks der Kommunistischen Partei der UdSSR selbst, der Sowjetstaat sich mit Sicherheit in einen reinen kapitalistischen Staat verwandelt“. Ebenso erklärt Gramsci, „wir [halten] die politische Linie der Mehrheit des ZK der Kommunistischen Partei der UdSSR grundsätzlich für richtig“, und fügt hinzu, dass „die Verhaltensweise der Oppositionen die gesamte politische Linie des ZK angreift und direkt ins Herz der Leninschen Lehre und der politischen Aktion unserer Partei der Sowjetunion stößt. Es handelt sich um das Prinzip und die Praxis der Hegemonie des Proletariats, die zur Diskussion gestellt werden; es handelt sich um die grundsätzlichen Bündnisbeziehungen zwischen Arbeitern und Bauern, die in Frage gestellt und in Gefahr gebracht werden, das heißt die Grundpfeiler des Arbeiterstaates und der Revolution.“

Das Einzige, was er beanstandet, ist „die wilde Leidenschaft“, mit der der Fraktionskampf in der KPdSU geführt wurde.

Zu behaupten, dass dies eine verschleierte oder heimliche Unterstützung der Opposition darstelle, ist reine Selbsttäuschung. In einem Buch des US-amerikanischen Akademikers Emanuele Saccarelli mit dem Titel *Gramsci and Trotsky in the Shadow of Stalinism* (2008) wird argumentiert, „Gramscis Beschwerden über Trotzki“ wurden „als eine Art bequeme Abkürzung für den von Stalin in der dritten Periode auferlegten Linksradikalismus verwendet“. Gramsci war ein großer Kenner Machiavellis, und es kann sein, dass er die Figur des Oppositionsführers zum Teil als Zielscheibe für eine verschlüsselte Kritik an Stalin benutzte (obwohl er keine Ahnung hatte, ob seine Notizen jemals veröffentlicht werden würden). Aber Gramscis weitreichende Kritik und kategorische Ablehnung der Politik Trotzkis sind zweifellos echt und vor allem im Einklang mit dem Rest seiner Politik, die rechtsgerichtet war.

Es stellt sich also die Frage: Wenn es nicht aus Verwirrung, Unwissenheit, Missverständnissen oder einem machiavellischen Trick geschieht, warum postulieren die Pseudotrotskisten dann die Vereinbarkeit von Gramsci mit Trotzkis Politik? Nehmen wir die Trotskistische Fraktion (FT, nach ihren Initialen auf Spanisch), die, nebenbei bemerkt, Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Wörtern in ihrem Bestreben



Antonio Gramsci

geschrieben hat, den Gramscismus mit dem Trotskismus zu verbinden. In einem Artikel aus dem Jahr 2015 in der Zeitschrift der FT räumen Emilio Albamonte und Matías Maiello die eklatanten Widersprüche zwischen den Ansätzen von Gramsci und Trotzki in einer Reihe von Fragen ein und bezeichnen sie als „Lücke im Denken des italienischen Revolutionärs“, die sie als „die wichtigste Quelle von Unklarheiten in seinen strategischen Überlegungen“ zur Einheitsfront, zum „Stellungskrieg“ usw. betrachten. Aber wenn es bei so wichtigen Fragen „Lücken“ und „Mehrdeutigkeiten“ gibt, warum erheben sie dann Anspruch auf Gramsci?

Das liegt daran, dass der Vorkämpfer des Kampfes um die „Hegemonie“ im Kapitalismus ihnen eine theoretische Rechtfertigung für ihre elektoralistische und „demokratische“ Politik im Allgemeinen liefert. Dieselben Wortführer haben die Verbindung, detaillierter herausgearbeitet in einem Artikel aus dem Jahr 2016 mit dem Titel „Trotzki, Gramsci und die kapitalistische Demokratie“,¹ der die Leitlinie der Politik der FT darlegt. Dort schreiben sie, „die Frage der Entwicklung eines radikaldemokratischen Programms [war] ein Schlüsselpunkt in Gramscis Kampf gegen die ultralinken Tendenzen im italienischen Kommunismus“, und dass dies „viele Ähnlichkeiten“ mit Trotzkis Ansatz in Spanien im Jahr 1931 aufweise. Sie fassen die Politik des großen Revolutionärs wie folgt zusammen: „Trotzki: Radikale Demokratie, Einheitsfront und Räte“ und behaupten sogar, dass nach Ansicht des Gründers der Roten Armee „Revolutionär*innen bereit sind, ein Übergangsprogramm aufzustellen, das die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die Angriffe der Bourgeoisie beinhaltet, mit dem Ziel eine Arbeiter*inneneinheitsfront aufzubauen“.

Falsch. Dies ist eine völlige Verdrehung der Politik Trotzkis, der nie ein „Programm der radikalen Demokratie“ vorgelegt oder zur „Verteidigung der bürgerlichen Demokratie“ aufgerufen hat. Ganz im Gegenteil: In seinem Artikel „Die Spanische Tragödie“ (Januar 1939)² stellt Trotzki unumwunden fest: „Die Losung ‚Verteidigung der Demokratie‘ hat wieder einmal ihr reaktionäres Wesen und zugleich ihre Hohlheit offenbart.“ (Übrigens werden diejenigen, die sich näher mit diesem Thema befassen möchten, diesen Artikel in den Sammlungen des CEIP [Centro de Estudios, Investigaciones y Publicaciones León Trotsky, das mit der Trotskistischen Fraktion verbunden ist] vergeblich suchen, aber er ist in der von Fontanella herausgegebenen Ausgabe von Trotzkis Schriften über Spanien zu finden.)

„Verteidigung der Demokratie“ war der verräterische Slogan der Stalinisten und Sozialisten in Spanien, nicht Trotzkis. Wofür Trotzki in den imperialistischen – das heißt

¹ Übersetzung durch die deutsche Schwesterorganisation KgK/RIO von FT: <https://www.klasse-gegenklasse.org/trotzki-gramsci-und-die-kapitalistische-demokratie-teil-i>

² <https://www.sozialistischesklassiker2punkt0.de/sites.google.com/site/sozialistischesklassiker2punkt0/trotzki/spanien/leo-trotzki-die-spanische-tragoedie.html>

fortgeschritten kapitalistischen – Ländern *tatsächlich* eintrat, war, zu bestimmten Zeitpunkten einige demokratische Forderungen zu erheben, denen die Bourgeoisie und die Reformisten ablehnend gegenüberstanden. Dies wäre jedoch ein untergeordnetes und nebensächliches Element, weit davon entfernt, ein Programm darzustellen. Und natürlich trat Trotzki im Spanischen Bürgerkrieg für die militärische Niederlage der reaktionären Truppen Francos ein, betonte aber gleichzeitig, dass das ein Teil des dafür notwendigen Kampfes für eine proletarische Revolution gegen die Volksfront der Klassenzusammenarbeit sei.

Im selben Text entwickeln Albamonte und Maiello dann die Hauptaspekte der Politik der Trotskistischen Fraktion: die Priorität, die der Teilnahme an Wahlen eingeräumt wird, die Losung der Verfassungsgebenden Versammlungen, die sie so gut wie überall erheben, und die damit einhergehenden Forderungen nach „radikaler Demokratie“. Wir haben es auch auf dieser Konferenz gehört, in der Präsentation der brasilianischen FT-Führenden Diana Assunção am 2. August, als sie, wenn ich es richtig verstanden habe, „radikale Demokratie“ als Antwort auf den von [dem chilenischen Präsidenten] Sebastián Piñera und der Sozialistischen Partei ausgeheckten Verfassungsgebenden Konvent entgegengesetzte. Aber gerade in Chile kann man so deutlich sehen, wie der Slogan einer Verfassungsgebenden Versammlung den Politikern, die die bürgerliche Herrschaft verteidigten, als „demokratischer“ Ausweg aus der Krise diente, in der sie sich im Oktober und November 2019 befanden.³ Die Forderungen der Massen, die zu dieser Zeit aufstanden, konnten im Kapitalismus nicht erfüllt werden. Sollte die Alternative der Trotskisten zum Verfassungsgebenden Konvent eine „freie und souveräne Verfassungsgebende Versammlung“⁴ sein? Auf keinen Fall, wir müssen für eine Arbeiterregierung kämpfen, die auf Arbeiterräten basiert. In Brasilien ist die Alternative zum bonapartis-

³ Im Oktober und November 2019 wurde Chile in einer sozialen Explosion von einer Welle massiver Proteste erschüttert. Was als Widerstand gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr begann, weitete sich im Zuge der Radikalisierung der Proteste zu einem Protest gegen steigende Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne, miserable Renten, hohe Preise für Medikamente und Gesundheitsversorgung, neoliberale Wirtschaftspolitik und soziale Ungleichheit im Allgemeinen sowie gegen die (während der Militärdiktatur von Augusto Pinochet erlassene) chilenische Verfassung von 1980 aus. Mitte November gelang es der rechtsgerichteten Regierung von Sebastián Piñera, die Proteste mit der Ankündigung einer mit den „gemäßigten“ Oppositionsparteien ausgehandelten Vereinbarung zu entschärfen, eine Volksabstimmung über die Verfassung abzuhalten, was letztlich zur Einberufung des Verfassungsgebenden Konvents führte, der derzeit (2021) tagt.

⁴ Siehe z. B. „Chile: Was steht bei dem Plebiszit für eine neue Verfassung auf dem Spiel?“ *Klasse gegen Klasse*, 24. Oktober 2020.

tischen Regime von Bolsonaro, Murão und den Generälen weder eine breite Front noch eine Volksfront, noch die PT [Arbeiterpartei] oder eine bürgerliche Verfassungsgebende Versammlung, egal wie radikal sie vorgibt zu sein, sondern der Kampf für eine sozialistische Revolution.

Eine Randbemerkung: In Argentinien gibt es andere Sektoren, die die Faszination für Gramsci kritisieren, wie die Partido Obrero und ihr Umfeld. Aber in Wirklichkeit sind die praktischen Unterschiede gar nicht so groß, und trotz manchmal stürmischer Auseinandersetzungen sind sie gemeinsam in der Front der Linken und der Arbeiter (FIT), in ihrer neuesten Version 2.0 namens „Einheit“ (FIT-U) oder in früheren Versionen solcher Propagandablöcke, wie es auch in zukünftigen Blöcken der Fall sein wird. Wir haben darüber in einem Artikel aus dem Jahr 2018 geschrieben,⁵ und 2007 auch über die Slogans, die überall zu Verfassungsgebenden Versammlungen aufriefen.⁶

Dies bringt mich zum zweiten Teil meiner Präsentation, nämlich, dass die Gegensätze zwischen Trotskismus und Gramscismus nicht auf den theoretischen Bereich beschränkt sind. Zunächst einmal beugte sich Gramsci nicht nur der „Generallinie“ der stalinistischen Führung der Komintern, sondern er war es auch, der die Säuberung der Linken in der Kommunistischen Partei Italiens im Namen der „Bolschewisierung“ anführte, was sich als ein Zwischenschritt zur vollständigen Stalinisierung der Dritten Internationale herausstellte. Dabei wandte er dieselben bürokratischen Methoden an, die seine Gleichrangigen in anderen kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt anwandten, wie der Text des italienischen trotskistischen Forschers Paolo Casciola mit dem Titel „Gramsci lag auch falsch ...“ zeigt. Natürlich stand die PCI-Linke damals unter der Führung von Amadeo Bordiga, der bekanntlich demokratische Parolen generell ablehnte, sich der von Lenin und Trotzki befürworteten Einheitsfrontpolitik der Komintern widersetzte und die Teilnahme an bürgerlichen Wahlen und bürgerlichen Parlamenten ausschloss. Gramscis Politik ging ins andere Extrem, nach rechts.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es zwar offensichtlich eine Entwicklung von den Ansichten des jungen Gramsci zu seinen Überlegungen im mittleren Alter unter schrecklichen Gefängnisbedingungen gab, viele der Motive in seinen *Gefängnisheften* jedoch bereits in früheren Jahren vorhanden waren. Insbesondere wenn er von einer „organischen Krise“ spricht, in der „die herrschende Klasse den Konsens verloren hat“

⁵ Siehe „The Left Front in Argentina: A Reformist Electoral Cartel“, *The Internationalist* Nr. 53, September/Oktober 2018.

⁶ Siehe „Trotskyism vs. ‚Constituent Assembly‘ Mania“ (Oktober 2007), *The Internationalist* Nr. 27, Mai/Juni 2008



Die Arbeiter, die im September 1920 die Fabriken im Norden Italiens besetzten, wurden von der sozialistischen Linken und insbesondere von Gramsci mit seiner Politik des ewigen Wartens verraten.

Unsere Antwort auf die RKI-Kundgebung in Rom: Programm ist ausschlaggebend

Sich selbst als Kommunist zu bezeichnen, macht einen noch zu keinem

Dieses Flugblatt wurde von unseren Genossen des Nucleo Internazionale d'Italia, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, am 23. November 2024 auf einer Kundgebung der Partito Comunista Rivoluzionario, italienische Sektion der Revolutionären Kommunistischen Internationale, in Rom verteilt. Unser Beharren auf der Notwendigkeit eines authentisch trotzkistischen revolutionären Programms und die wackeligen politischen Grundlagen des RKI-„Rebrandings“ werden durch die Erklärung des Vorstandes der Revolutionären Kommunistischen Partei vom 15. März – im Wesentlichen ein Hilferuf an die Linkspartei (wie im Februar sogar an die Jusos) – nur noch unterstrichen. Daher haben wir dieses Flugblatt ins Deutsche übersetzt.

Im Juni 2024 trafen sich mehrere hundert Delegierte aus mehreren Ländern in Mittelitalien und riefen bombastisch die Revolutionäre Kommunistische Internationale (RKI) aus. Jetzt ist die italienische Sektion der nagelneuen RKI dabei, „das Land mit Zehntausenden von Plakaten und Aufklebern zu pflastern“, alles im Hinblick auf eine riesige Kundgebung in Rom im November, auf der verkündet werden soll: „Die Revolutionäre Kommunistische Partei ist geboren!“ Inmitten des Jubels wird dies dann der Startschuss für eine Kampagne sein, die die frohe Botschaft weit und breit verkündet.

Die Kampagne der RKI/PCR „Bist du ein Kommunist?“ hat eine beträchtliche Anzahl

und nur noch auf „reine Zwangsgewalt“ angewiesen ist, weil sich die Massen „von den traditionellen Ideologien abgewandt haben“, beschreibt er dies wie folgt: „Die Krise besteht genau darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann.“ Und er fügt hinzu: „In diesem Interregnum finden die unterschiedlichsten krankhaften Phänomene statt.“ Offensichtlich spricht er unter anderem vom Ausbruch des Faschismus.

Tatsächlich verwendete Gramsci 1920, in den Monaten vor der berühmten Besetzung der Fabriken in Turin im September desselben Jahres, sehr ähnliche Ausdrücke. Nicht nur er, sondern die gesamte „maximalistische“ Führung der Sozialistischen Partei Italiens (PSI)⁷ war davon überzeugt, dass die Situation revolutionär war, die Massen jedoch noch nicht reif genug waren, um einen Kampf um die Macht zu beginnen. Im April 1920 fand in Mailand eine Sitzung des Nationalrats der PSI statt, während in Turin ein Generalstreik stattfand, der bis dahin größte in der Geschichte Italiens. Serrati, der wichtigste zentristische Anführer, eröffnete die Debatte und betonte, „wir befinden uns in einer anderen Situation als die russischen Genossen, die sich in einem Umfeld befanden, in dem der Staat und mit ihm alle bürgerli-

⁷ 1912 wurden die früheren reformistischen Führer der PSI durch eine heterogene, zentristische „maximalistische“ Führung ersetzt, die so genannt wurde, weil sie das sozialistische Maximalprogramm betonte. Die Maximalisten festigten ihre Macht 1914, und während des Krieges nahm die PSI eine neutrale Haltung ein, im Gegensatz zu den deutschen, französischen und anderen Sektionen der Zweiten Internationale, die schändlicherweise „ihre eigenen“ Bourgeoisien im Krieg unterstützten. Diese Neutralität spiegelte jedoch zum Teil die Position der italienischen Bourgeoisie wider, die sich zunächst aus dem Krieg heraushalten wollte, und stand im Gegensatz zur Politik des revolutionären Defätismus der russischen Bolschewiki unter Lenin. Bis 1920 hatte sich innerhalb der PSI ein linker Flügel gebildet, der mit der bolschewistischen Revolution sympathisierte, aber zögerte, mit den zentristischen „Maximalisten“ unter der Führung von Giacinto Menotti Serrati zu brechen.

junger Menschen angezogen. Nach einem Jahrzehnt der kapitalistischen Wirtschaftsdepression, gefolgt von dem Massaker der COVID-Pandemie, und angesichts der andauernden Kriege – vom imperialistischen Angriff auf Afghanistan und den Irak bis hin zum imperialistischen NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland über die Ukraine und dem von Italien unterstützten Israel/US-Völkermord in Gaza – hat das Wort „Kommunismus“ bei vielen Jugendlichen nicht mehr die abschreckende Wirkung, die es einst hatte.

Im Aufruf zur Kundgebung am 23. November heißt es: „Eine neue internationale Organisation“, die RKI, „wurde im Juni gegründet, mit Sektionen, Gruppen und Unterstützern in mehr als 40 Ländern“. Da marxistische Materialisten nicht an eine jungfräuliche Geburt glauben, müsste man fragen, woher diese neue Internationale mit Gruppen und Unterstützern in mehr als 40 Ländern kommt? Die Antwort ist, dass die RKI die Umwandlung der Internationalen Marxistischen Tendenz ist, obwohl diese Organisation weder im Aufruf zur Kundgebung noch im Manifest der RKI erwähnt wird.

„Ist die Zeit reif für eine revolutionäre kommunistische Internationale?“, fragt das „Manifest“ vom März 2024. Nach der Auf-

chen Institutionen zerfallen waren. Wir sind mit einem bürgerlichen Staat konfrontiert, der mit all seinen Kräften noch steht. Deshalb brauchen wir eine andere Taktik“ (*Avanti!*, 20. April 1920). Der zentristische Führer, der das Haupthindernis für die Proklamation einer kommunistischen Partei in Italien darstellte, führt also dasselbe Argument an, das Gramsci in seinen *Gefängnisheften* anführt, um die Überlegenheit des „Stellungskriegs“ im Westen zu rechtfertigen.

Serrati bestand darauf, „die Situation ist in der Tat revolutionär“, denn „die gesamte bürgerliche Welt zerbröckelt und eröffnet uns die Möglichkeit, die Führung selbst in die Hand zu nehmen“. Er schloss mit der Bemerkung, dass dies seit dem Ende des Weltkriegs der Fall gewesen sei, aber trotz der Tatsache, dass „das Proletariat große Hoffnungen gehegt hatte, sahen wir, dass wir immer noch nicht über die notwendigen Mittel verfügten, um die Macht zu übernehmen“. Und so weigerte er sich, den Generalstreik auf das ganze Land auszuweiten, was zu seiner Niederlage führte. Als Reaktion auf diesen Verrat schrieb Gramsci später (*L'Ordine Nuovo*, 8. Mai 1920) und machte den „allgemeinen Zustand der italienischen Gesellschaft“ dafür verantwortlich. Er erklärte, „es steht fest, dass die Arbeiterklasse von Turin besiegt wurde, weil in Italien die notwendigen und ausreichenden Bedingungen für eine organische und disziplinierte Bewegung der gesamten Arbeiterklasse und Bauernschaft nicht existieren, sie sind noch nicht ausreichend gereift“. Er griff auf dieselben Argumente zurück wie Serrati, der mit solchen Rechtfertigungen den Turiner Arbeitern in den Rücken fiel.

Dasselbe geschah dann bei den Fabrikbesetzungen im September desselben Jahres. Alle, auch die Wortführer der Bourgeoisie, erwarteten, dass die Metallarbeiter mit Gramscis Ordine-Nuovo-Gruppe an der Spitze die Gelegenheit nutzen würden, um den letzten Schlag auszuführen. Aber nein: Obwohl sie die Fabriken besetzt hatten, gingen

zählung einiger der Schrecken des „nie endenden Kreislaufs von Kriegen, wirtschaftlichem Zusammenbruch und zunehmendem Elend“, der die kapitalistische Welt heimsucht, und der wachsenden Ablehnung der „freien Marktwirtschaft“ – was alles absolut richtig ist – kommt es zu dem Schluss: „Jetzt ist die Zeit!“ Doch während der verfaulende Kapitalismus zu potenziell revolutionären Situationen führt, die dringend eine wirklich kommunistische Vorhut erfordern, reicht es nicht aus, sich einfach zu einer solchen zu erklären.

Vor allem in Italien, das einst die größte kommunistische Partei des Westens hatte, die nach dem Zweiten Weltkrieg über 2 Millionen Mitglieder zählte und 1976 über 12 Millionen Wählerstimmen erhielt, mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen, kann der Ruf nach einer allgemeinen kommunistischen Partei, selbst wenn man das Wort „revolutionär“ hinzufügt, viele verschiedene Dinge bedeuten, darunter auch völligen Reformismus. Das Programm ist der Schlüssel. Im imperialistischen Zeitalter kann eine revolutionäre Avantgarde nur leninistisch und trotzkistisch sein, und muss sich somit an den Lehren der russischen bolschewistischen Revolution von 1917 orientieren.

sie nicht auf die Straße, um gegen die sehr schwachen Polizei- und Militäreinheiten zu kämpfen, und sie riefen die Eisenbahnarbeiter nicht zu einem Generalstreik in ganz Italien auf. Tatsächlich stellten sie nicht einmal die Produktion in diesen Fabriken ein. Warum nicht? Weil es in der gramscianischen Konzeption der Fabrikräte darum ging, den Bossen, und den Arbeitern selbst, zu zeigen, dass sie in der Lage waren, die Produktion zu leiten. Für Lenin und Trotzki und die junge Kommunistische Internationale war die Arbeiterkontrolle dagegen der Auftakt zum Aufstand. Aber weder 1920 noch in seinen *Gefängnisheften* befasste sich Gramsci mit der Vorbereitung eines Arbeiteraufstands. Stattdessen kämpfte er für die Eroberung der Hegemonie in der Gesellschaft.

Das Urteil der Führer der Kommunistischen Internationale über die Ereignisse vom September 1920 und die vorangegangenen Monate in Italien wurde von Lenin auf dem Dritten Kongress der Dritten Internationale im folgenden Jahr zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Hat sich denn während der Fabrikbesetzung in Italien dort auch nur ein einziger Kommunist hervorgetan? Nein, der Kommunismus existierte damals noch nicht in Italien...“⁸ Und das schloss Gramsci mit ein. Der PCI-Historiker Paolo Spriano fasste die Politik von Ordine Nuovo als Abbild des gesamten linken Flügels der PSI zusammen, „die perfekt zum klassischen Maximalismus passt, mit seiner ... glühenden Sprache, kombiniert mit dem ewigen Warten auf den besseren Moment und dem ständigen Aufschieben“. Das Ergebnis im September 1920 war eine weitere Niederlage, und diesmal von verheerendem Ausmaß, denn es waren die Faschisten, die mobilisierten, die Straßen eroberten und einen weißen Terror gegen die aufständischen Bauern auslösten, die von den Gramscianern von Turin im Stich gelassen worden waren.

Gramscis Politik wurde von italienischen

⁸ Lenin, „Rede zur italienischen Frage“, 28. Juni 1921, in *Werke*, Bd. 32, S. 488.

Man beachte auch, dass das Manifest der RKI, wenn es über das Wesen der Partei spricht, die sie aufbauen will, sich nur bezieht auf die Stelle im Kommunistischen Manifest von 1848, wo Kommunisten als „der fortgeschrittenste und entschlossenste Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ bezeichnet sind. Kein Wort über das Beharren der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki, dass in diesem imperialistischen Zeitalter, in dem ein ganzer Teil der Arbeiterbewegung (die „Arbeiteraristokratie“) durch imperialistische Bestechungsgelder gekauft worden ist, heute eine Partei von „Berufsrevolutionären“ gebraucht wird, die den Kampf für die internationale sozialistische Revolution zu ihrer Lebensaufgabe machen.

Während die Führer der RKI an den jugendlichen Enthusiasmus appellieren und versuchen, eine quasireligiöse Inbrunst für ihre jüngste Kampagne zu entfachen, sind sie die Erben der Militant Tendenz, die mehr als ein Dreivierteljahrhundert lang in der erzreformistischen britischen Labour Party begraben war. In einer Reihe von Ländern ist die IMT in bürgerliche Parteien eingetreten und hat bis vor kurzem, insbesondere in Großbritannien und anderen englischsprachigen Ländern, bewusst und ausdrücklich das Wort „kommunistisch“ vermieden.

Für die IMT ist die Gründung der RKI also definitiv eine Wende, aber in vielerlei Hinsicht setzt sie ihre opportunistische Politik der Vergangenheit fort. In ihrem

Historikern als „molekulare Zersetzung“ der bürgerlichen Verwaltung und „kapillare Konstruktion“ einer vermeintlichen Doppelherrschaft zusammengefasst. Mit linken Argumenten billigte er in der Tat die Lähmung der anderen zentristischen Sektoren der Sozialistischen Partei Italiens. Diese Politik war verantwortlich für die Niederlage der Arbeiterkämpfe des italienischen *Biennio Rosso* (Rote Zwei Jahre) von 1919–1920 und die daraus resultierende Isolation der jungen Sowjetrepublik mit ihren verheerenden Folgen. In Italien war der Triumph des Faschismus zwei Jahre später mit dem Marsch auf Rom von Mussolini und seinen Squadristi die Strafe der Geschichte dafür, dass das Proletariat die Macht im richtigen Moment nicht ergriffen hatte. Und der Weg, der zur Katastrophe von 1922 führte, war das Ergebnis des Verrats vom September 1920, der wiederum das getreue Abbild der Politik des ewigen Abwartens von Gramsci und den anderen Anführern der sozialistischen Linken in Italien war.

Zu dieser Zeit der historischen Katastrophe brachte Gramsci erneut seine Politik der Passivität zum Ausdruck. In einem neu entdeckten Artikel, den er am 7. November 1922, also am fünften Jahrestag der bolschewistischen Revolution, für die *Prawda* verfasste, schrieb Gramsci über den faschistischen Marsch, der einige Tage zuvor stattgefunden hatte: „Die Machtergreifung der Faschisten reduziert die Aktivität der italienischen Kommunistischen Partei auf die einer rein konspirativen Bewegung.“ Aber, stellt er fest, „die Widersprüche der italienischen Gesellschaft... haben sich in den letzten zwei Jahren deutlich manifestiert“ und „daher, trotz der Schwere der gegenwärtigen Situation, sind die Zukunftsaussichten für das Proletariat und seine Partei nicht besonders negativ“. Nun, das war leider nicht der Fall.

Der Kampf für den revolutionären Trotzkismus erfordert ein strenges historisches Urteil über das ihm entgegengesetzte gramscianische Erbe. ■

Manifest vom März 2024 wird das Wort „trotzkistisch“ nur erwähnt, wenn sie „pseudotrotzkistische Sektierer“ anprangert und den Leuten rät, sich von „ultralinken und sektiererischen Gruppierungen“ fernzuhalten. Eine (fast 20 800 Wörter umfassende) Mammut-Tirade gegen die Internationalist Group, die US-Sektion unserer Liga für die Vierte Internationale, trägt den Titel „Marxismus vs. Sektierertum“ und bezeichnet die IG als „eine virulente ultralinke Sekte“.

Während sich die neugeborene RKI in ihrem Manifest und ihrer agitatorischen Propaganda als Art unbefleckte Empfängnis darstellt, die aus dem Nichts kommt, hat die im Entstehen begriffene PCR für die Kenner einen Artikel von Alessandro Giardello parat über „Die Ursprünge der Partito Comunista Rivoluzionario“.¹ Darin werden die politischen Positionen des Anführers der Militant-Tendenz, Ted Grant, die bis in die 1930er Jahre zurückreichen, und des Anführers der IMT (jetzt RKI), Alan Woods, seit der Spaltung der Tendenz in den frühen 1990er Jahren bekräftigt. Was in dem „Ursprünge“-Artikel nicht erwähnt wird, ist, dass Grant und seine Erben, anstatt eine unabhängige kommunistische Avantgarde aufzubauen, jahrzehntelang in der britischen Labour Party begraben waren.

Grant gründete die Zeitung *The Militant* 1964 als Organ seiner Gruppe, die seit den späten 1930er Jahren „Entrismus“ in der Labour Party betrieben hatte und dort über 80 Jahre lang verblieb. Auf ihrem Höhepunkt kontrollierte Militant Labour den Liverpools Stadtrat, von 1983-87. Im Jahr 1985 entließ der von Militant geführte Rat 31 000 städtische Angestellte, weil „sie nicht das Geld hatten, sie zu bezahlen“. Als die Arbeiter Streiks und Protestaktionen organisierten, stigmatisierte Militant sie (4. Oktober 1985) und schrieb, dass „es verrückt wäre, einen Generalstreik durchzuführen“. Kurzum, die kurze Amtszeit der Grant-Anhänger diente dazu, die Drecksarbeit des Kapitals zu erledigen.

1991 beschloss die große Mehrheit von Militant, damals die führende Gruppe des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), die Labour Party zu verlassen. Ted Grant und Alan Woods weigerten sich, dem zu folgen, und spalteten sich von der CWI ab, um 1992 die IMT zu gründen. Sie blieben in der Labour-Partei unter Premierminister Tony Blair in den Jahren 1997-2007, als dieser die „neoliberalen“, arbeiterfeindliche Politik der Tories von Margaret Thatcher fortführte. Das bedeutet auch, dass Grant und Woods während der NATO-Bombardierung Jugoslawiens 1999 und während der US-amerikanisch-britischen Invasion im Irak 2003 der Regierungspartei des britischen Imperialismus angehörten und somit Verantwortung für diese Verbrechen tragen.

Im Jahr 2021 wurde die Gruppe von Alan Woods (Socialist Appeal) im Zuge der Säuberungen im Zusammenhang mit dem Sturz von Jeremy Corbyn aus der Labour Party hinausgedrängt. Sie wollte nicht gehen, und zweifelsohne wäre sie auch noch heute in der Labour-Partei verankert, während diese ihre Kriegshetze von der Ukraine bis nach Gaza fortsetzt, wenn sie nicht vertrieben worden wäre. Mehr als jede andere vorgeblich trotzkistische Strömung war die IMT dem „Entrismus“ verhaftet und machte aus dem, was Trotzki in den 1930er Jahren als kurzfristige Taktik vorschlug, als sich Massen von Arbeitern nach links bewegten, eine langfristige Strategie. Das ist der eigentliche Grund, warum Grant und seine Gruppe nicht Teil von Trotzki's Vierter Internationale bei deren Gründung 1938 waren.

Der Grund für die derzeitige „Linkskurve“ der IMT liegt also zum Teil darin, dass ihre Muttersektion in Großbritannien zu einer unabhängigen Existenz gezwungen wurde. Es gibt auch in einigen anderen

Ländern weniger Möglichkeiten, in andere Kräfte einzutreten. Aber das Manifest der RKI vom März 2024 stellt klar, dass sie immer bereit ist, andere tiefe Entrismen zu vollziehen, wenn sich die Gelegenheit dazu ergeben sollte: „Unter gewissen Umständen kann es nötig sein, all unsere Kräfte in die reformistischen Organisationen zu schicken“, und fügt hinzu, dass dies derzeit nicht ansteht.

Darüber hinaus erstreckt sich die Vorliebe der IMT/RKI für Entrismus sogar auf bürgerliche Parteien, die sie zweckdienlich in „reformistisch“ umtauft. Dasselbe Manifest polemisiert gegen Linke, die vor SYRIZA in Griechenland kapituliert haben (wie auch vor Bernie Sanders in den USA, Jeremy Corbyn in Großbritannien, Podemos in Spanien). Was die RKI nicht sagt, ist, dass die IMT die Wahl von SYRIZA im Januar 2015 bejubelte und dass ihre Gruppe in Griechenland damals als Kommunistische Tendenz von SYRIZA auftrat.

Die Tatsache, dass die IMT Teil einer solchen bürgerlichen Partei war, ist nichts Neues, da sie sich seit Jahren als „marxistischer Flügel“ populistischer kapitalistischer Parteien, von Benazir Bhuttos pakistanischer Volkspartei bis zur Partei der demokratischen Revolution in Mexiko, ausgegeben hat. Dies steht im diametralen Gegensatz zu einer der Säulen, auf denen Trotzki die Internationale Linke Opposition aufbaute, und zu den Lehren, die er aus der blutigen Niederlage in China 1927 zog. Als Reaktion auf Stalins katastrophale Politik des Eintretens in die bürgerlich-nationalistische Guomindang, die im April 1927 zur Abschichtung Zehntausender Kommunisten durch GMD-Führer Chiang Kai-shek führte, schrieb Trotzki:

„Niemals und unter keinen Bedingungen kann die Partei des Proletariats in eine Partei einer anderen Klasse eintreten oder sich organisatorisch mit ihr verbinden. Eine absolut unabhängige Partei des Proletariats ist die erste und entscheidende Bedingung der kommunistischen Politik.“

– L. D. Trotzki, „Die politische Lage in China und die Aufgaben der bolschewistisch-leninistischen Opposition“ (Juni 1929)

Im Jahr 2024 kritisiert die neugeborene mexikanische Sektion der RKI Claudia Sheinbaum, die siegreiche Präsidentschaftskandidatin der bürgerlich-populistischen Morena-Partei ihres Vorgängers Andrés Manuel López Obrador (AMLO), die sich seit Jahren als Grenzwächterin des Yankee-Imperialismus betätigt. Aber 2012, als die mexikanische Sektion der IMT damit prahlte, Teil von Morena zu sein, und auch 2018, unterstützte sie AMLO bei der Präsidentschaftswahl. Und mehr als zehn Jahre lang waren Grant und Woods vielleicht am besten dafür bekannt, dass sie dem bürgerlichen Nationalisten Hugo Chávez in Venezuela schmeichelten und seine „sozialistische“ Rhetorik von ganzem Herzen lobten.

Die IMT unterstützte auch andere bürgerliche Nationalisten in Lateinamerika wie Evo Morales in Bolivien und Pedro Castillo in Peru. Dies ist die Politik der Klassenkollaboration, die in direktem Widerspruch zur bolschewistischen Politik Trotzki's steht. Echte Kommunisten geben bürgerlichen Parteien und Politikern keine politische Unterstützung.

Die IMT/RKI betreibt auch in den imperialistischen Ländern eine Politik der Klassenkollaboration. In Frankreich unterstützte die IMT bei den Wahlen 2017 und 2019 den bürgerlichen Populisten Jean-Luc Mélenchon, und im vergangenen Juni rief die RKI „zur Mobilisierung auf der Straße und zur Stimmabgabe für die Kandidaten der Volksfront auf“ (marxiste.org, 13. Juni 2024). Die Nouveau Front Populaire (Neue Volksfront) ist ein bürgerliches Wahlbündnis, das sich aus Mélenchons La France Insoumise, der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und den Grünen zusammensetzt und auf ihren Namensverwandten in den 1930er Jahren zurückgeht, der von den Stalinisten vorangetrieben wurde, was

zur Niederlage in Frankreich (1936) und im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39) führte.

Ein weiteres Beispiel: Bei den italienischen Wahlen im September 2022, die zur Regierung Meloni führten, schrieb die IMT-Sektion Sinistra Classe Rivoluzione, sie werde „unsere Stimme der Unione Popolare (Volksunion) geben“, die „die einzige Option ist, die im Lager der Arbeiterklasse steht“ (*Rivoluzione*, 8. September 2022). Im Lager der Arbeiterklasse? Unione Popolare wurde vom bürgerlichen Ex-Richter und Ex-Bürgermeister von Neapel, Luigi De Magistris, geleitet und wird hauptsächlich von den bürgerlichen Populisten von Potere al Popolo (Macht dem Volk) vorangetrieben. Immer wieder hat die IMT solche klassenkollaborationistischen Bündnisse politisch unterstützt. Von Lateinamerika bis Europa und zu den USA ist die umbenannte RKI unfähig, eine Klassengrenze zu ziehen.

Zu den Wahlen am 4. Juli 2024 in Großbritannien, schrieb die RCP: „Raus mit den Tories! Aber wir sagen auch: Kein Vertrauen in eine Starmer-Regierung“ (*The Communist*, 22. Mai). Diese klassische opportunistische „Kampf den Rechten“-Rhetorik ist ein Täuschungsmanöver, um links zu erscheinen, ohne direkt dazu aufzurufen, nicht für Labour unter (dem jetzigen Premierminister) Keir Starmer zu stimmen. Nach den rassistischen und faschistisch motivierten einwanderungsfeindlichen Ausschreitungen, die Ende Juli nach einer tödlichen Messerstecherei, die fälschlicherweise einem muslimischen Flüchtling zugeschrieben wurde, ausbrachen, schrieb die RCP: „Wir können weder Starmer noch der Polizei vertrauen, dass sie uns schützen“ (*The Communist*, 12. August). „Kein Vertrauen“? Die Polizei ist der Wachhund des Kapitals, zu dessen Aufgaben für die Bosse die rassistische Unterdrückung von Einwanderern gehört. Dies ist keine vorübergehende oder unbedeutende Erscheinung. Die Militant-Tendenz unter der Führung von Ted Grant und dann der IMT behauptet seit langem, dass Polizisten „Arbeiter in Uniform“ sind, fordert die gewerkschaftliche Organisation von Polizei und Gefängniswärtern und hat wiederholt „Streiks“ der Polizei unterstützt. Wenn die Polizei streikt, tut sie das, um ihre repressiven Befugnisse auszubauen. Die Liga für die Vierte Internationale prangert seit langem den Verrat der IMT an den Klassenprinzipien durch ihre Unterstützung für Polizei-„Gewerkschaften“ an und fordert seit Jahrzehnten, dass Polizisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Siehe unseren Artikel über das Gerede von Militant/IMT von „bolschewistischen Bobbies“ (ein Kosenamen für die Polizei).²

Diese grobe Verleugnung der marxistischen Klassenpolitik ist das Produkt eines sozialdemokratischen Milieus, in dem reformistische Linke davon träumen, den Staatsapparat zu übernehmen und die Chefs der Bullen zu sein, wie es *Militant Labour in den 1980er Jahren tat*. Dies steht im Einklang mit der seit langem bestehenden Forderung der IMT/RKI, dass das britische Parlament mit einer Majorität der Labour Party ein „Ermächtigungsgesetz“ verabschieden soll, das die größten Unternehmen verstaatlichen und damit angeblich den Sozialismus einführen würde, während der bürgerliche Staat intakt bleibt. Weit davon entfernt, für eine sozialistische Revolution zu kämpfen, erinnert eine solche Politik an die linke Labour-Regierung von Aneurin Bevin in den späten 1940er Jahren.

Die historische politische Strömung Militant/IMT hat nichts mit Trotzki'smus zu tun und hat systematisch vor dem Imperialismus kapituliert. Zwei Beispiele: Im Zweiten Weltkrieg standen Trotzki und die Vierte Internationale im Kampf zwischen den faschistischen und „demokratischen“ Imperialisten

² Siehe „Her Majesty's Social Democrats in Bed with the Police“, *The Internationalist* Nr. 29, Sommer 2009. Auch „RCA/IMT's Long History of Supporting Cop 'Unions', *Revolution* Nr. 21, September 2024.

auf beiden Seiten für revolutionären Defätismus und kämpften gleichzeitig für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus. Ted Grants Workers International League vertrat dagegen eine sozialchauvinistische Position, die den britischen Imperialismus rückhaltlos unterstützte. Und im Falkland/Malwinen-Krieg zwischen Argentinien und Großbritannien 1982 stellte sich die Militant-Gruppe auf die Seite des britischen Imperialismus und rief sogar zum „Arbeiterboykott“ gegen Argentinien auf.

Heute führen die NATO-Imperialisten und ihre ukrainische Marionettenregierung einen Stellvertreterkrieg gegen Russland, der jetzt möglicherweise zu einem direkten Krieg eskaliert, als ein Schritt in ihrem imperialistischen Kriegskurs, der letztendlich auf die Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft in China abzielt, dem einzigen großen Land der Welt, das gerade wegen seiner Planwirtschaft in der Lage war, seine Bevölkerung gegen die Verwüstungen der COVID-Pandemie zu mobilisieren. Wir vom Nucleo Internazionalista d'Italia, Sektion der Liga für die Vierte Internationale, stehen unverblümt für die Niederlage der NATO und verteidigen Russland im gegenwärtigen Krieg und verteidigen den deformierten chinesischen Arbeiterstaat bedingungslos gegen imperialistischen Krieg und Konterrevolution.

Die LVI warnt, dass die rasende imperialistische Kriegstreiberei, die sich auch im völkermörderischen Krieg der USA und Israels gegen Gaza widerspiegelt, gefährlich auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zusteuert. Im Gegensatz dazu weigert sich die nicht so revolutionäre Revolutionäre Kommunistische Internationale, Russland oder China gegen den Imperialismus zu verteidigen – eine „Die Pest auf eure beiden Häuser“-Linie, die eine Kapitulation vor dem Imperialismus darstellt. Darüber hinaus versichert uns das Manifest der RKI, dass „ein Weltkrieg unter den gegenwärtigen Bedingungen ausgeschlossen ist“, sowohl weil ein Atomkonflikt „gegenseitig gesicherte Zerstörung“ bedeutet, als auch aufgrund der „Massenopposition gegen den Krieg“. Aber das hat die US/UK/NATO-Imperialisten nicht davon abgehalten, ihre Angriffe im Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine ständig zu eskalieren.

Das Manifest beruhigt uns auch, dass das Gerede von einer „angeblichen Gefahr des ‚Faschismus‘“ desorientierend sei und dass ein faschistisches Regime als „Rammbock zur Zerstörung der Arbeiterorganisationen“ „durch das Gleichgewicht der Kräfte ausgeschlossen ist“. Diese „Ruhe bewahren und weiter machen“-Botschaft mag für die italienischen Anhänger der RKI neu sein, die bereits mit einer faschistisch geführten Regierung konfrontiert sind. Ist die Regierung Meloni ein voll ausgebildetes faschistisch-bonapartistisches Regime? Nein, aber das war Mussolinis parlamentarische Regierung in ihren ersten Jahren auch nicht. Bis sie es war.

Wir von der Liga für die Vierte Internationale ermutigen diejenigen, die von der „neuen“ Revolutionären Kommunistischen Internationale durch ihre auffällige „Linkswende“ angezogen worden sind, zu überprüfen, was hier geschrieben steht, und die Geschichte der kommunistischen Bewegung zu studieren. Das wiedererwachte Interesse der Jugend am Kommunismus ist ermutigend, aber es muss zu der Einsicht führen, dass man noch kein Kommunist ist, nur weil man sich selbst zum Kommunisten erklärt. Entscheidend ist das Programm. Wir ermutigen euch auch, mit uns in Kontakt zu treten und unsere Presse zu lesen. Eine revolutionäre kommunistische Internationale kann heute nur ausdrücklich leninistisch und trotzkistisch sein, sie kann nicht auf der Grundlage von Klassenkollaboration und Kapitulation vor dem Imperialismus aufgebaut werden. ■

¹ „Le origini del Partito Comunista Rivoluzionario“, *Rivoluzione* Nr. 109, 1. Juli 2024, online unter <https://rivoluzione.red/le-origini-del-partito-comunista-rivoluzionario>.

„Stadtbild“ und rassistische Säuberungen

Am 14. Oktober sagte Friedrich Merz, es gäbe „im Stadtbild noch dieses Problem“, das durch verstärkte Abschiebungen gelöst werden könnte. Einen Tag später, auf Nachfrage, erklärte der Bundeskanzler weiter: „Fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte.“ Damit machte er ganz deutlich, dass er – aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes – eine ganze Gruppe von Männern als potentiell gewalttätig und sexuell übergriffig definiert hatte. Er sinnierte nicht über den trostlosen Zustand deutscher Städte, die Stellung der Frau oder sonst was.

CDU-Bundestagsfraktionschef Jens Spahn kam dann Merz zu Hilfe. Er behauptete, dass er in Bahnhöfen „Verwahrlosung, Drogendealer, junge Männer, meistens mit Migrationshintergrund, meistens Osteuropa oder arabisch-muslimischer Kulturraum“ gefunden habe (*Die Zeit*, 18. Oktober 2025). Wiedermal Spahn (Tagesschau, 26. Oktober): Es geht um „Straßenzüge und Stadtteile, wo Juden, Schwule, Frauen sich nicht hintrauen.“ Eine „woke“ Version mit dem unvermeidlichen Alibi der „Staatsräson“ zur Unterdrückung der Solidarität mit Palästina.

Die Regierung will die Menschen mit Angst vor dem Feindbild Russland erfüllen, hat jedoch Schwierigkeiten, die vermeintliche Bedrohung greifbar zu machen. Daher konzentriert sie (mit starker Unterstützung der bürgerlichen Medien) auf Flüchtlinge hier, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber noch nicht abgeschoben wurden. Es gibt etwa 935 000 solcher Flüchtlinge (Statistik des Ausländerzentralregisters von Oktober 2025). Das Ziel besteht darin, sie aufgrund einer sehr geringen Anzahl von Einzelfällen als potenziell gewalttätige Straftäter zu brandmarken.

Die von Merz und Spahn heraufbeschworene „Bedrohung“ schließt nicht nur Flüchtlinge und Migranten ein, sondern auch deutsche Staatsbürger „mit Migrationshintergrund“.

Ranzige Vorläufer

„Das öffentliche Leben in Berlin muss schleunigst von ihnen [den Juden] gereinigt werden. [...] Sie verderben nicht nur das Straßenbild, sondern auch die Stimmung,“ schrieb Joseph Goebbels am 20. August 1941 in sein Tagebuch. Ob „Stadtbild“ oder „Straßenbild“, das Konzept ist das gleiche.

Die Verknüpfung von „Ausländern“ mit Drogen, Prostitution und Vergewaltigung ist seit der Gründung der NPD Ende der 1960er Jahre ein fester Bestandteil der deutschen (und europäischen) faschistischen Agitation. Seitdem hat sie unzählige mörderische Übergriffe auf migrantische Arbeiter und ihre Familien, Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte angeheizt.

In 2025 kam es in einer Reihe westlicher Länder zu Krawallen gegen Migranten, z. B. Ballymena in Nordirland und Epping in England im Juli, und Madrid in Spanien im Sep-

tember, durch Vergewaltigungsvorwürfe, die von Faschisten ausgenutzt und teilweise konstruiert wurden. Die landesweite Ausschreibungswelle in England 2024 erreichte fast das Ausmaß von Pogromen. Merz’ Aussage sollte ebenso berichtigt werden wie die Klage des britischen Premierministers Keir Starmer, dass „wir Gefahr laufen, zu einer Insel von Fremden zu werden“ (12. Mai 2025).

Doch „Remigration“ hat als eindeutig identifizierbarer faschistischer Slogan seine Schockwirkung verloren. Die Hunderttausenden, die im Winter 2024/2025 auf die Straße gingen, um die CDU dazu zu bewegen, sich von der faschistoiden Alternative für Deutschland fernzuhalten (nachdem ein geheimes Treffen von Reaktionären mit Faschisten zum Thema „Remigration“ bekannt geworden war), sind heutzutage nicht zu sehen.

Laut dem Netzwerk zur Beobachtung von Islamfeindlichkeit, CLAIM gab es 2024 in Deutschland einen Anstieg von 60 % bei antimuslimischen Angriffen, wobei 71 % der Betroffenen Frauen waren. Fälle wie die Ermordung der 26-jährigen algerischen Krankenpflegeschülerin Rahma Ayad im Juli 2025 in Hannover erregen nicht einmal ein Zehntel der Aufmerksamkeit, die andere „Messerverbrechen“ in den Medien erhalten. (Der deutsche Verdächtige muss natürlich ein „verrückter Einzeltäter“ sein.)

Die Hexenjagd auf Migranten wird unter dem emotional aufgeladenen Motto der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durchgeführt. Die Angst vor „Ausländern“ (insbesondere Juden und Muslimen), die „unsere Mädels beschmutzen“, ist tief verwurzelt (bis ins Mittelalter zurückreichend) und sogar noch entzündlicher als der Groll gegen den angeblichen Vorzug der „Ausländer“ bei schwindenden Sozialleistungen, Wohnraum und Arbeitsplätzen, was die materielle Grundlage bildet.

Natürlich braucht der deutsche Kapitalismus weiterhin Arbeitskräfte aus dem Ausland (das ist eine Konstante in der imperialistischen Epoche). Er möchte die „nützlichen“ Arbeitskräfte behalten (z. B., syrische Flüchtlinge, von denen viele inzwischen eingebürgert sind, sind u. a. im Gesundheitswesen unverzichtbar) und das „Nutzlose“ abwerfen. Dies wird noch komplizierter durch das demagogische Versprechen, Syrer massenhaft in ein völlig zerstörtes Land zurückzuschicken, regiert von einem reaktionären islamistischen Regime, das ethnische/religiöse Minderheiten tötet.

Wasser auf die Mühlen der Faschisten

„Remigration schützt Frauen“, sagt die Alternative für Deutschland. Die Regierung könnte versuchen, ihrer großen Unbeliebtheit durch Sündenbock-Strategien entgegenzuwirken und ein „geregeltes“ Abschiebungsprogramm vorschlagen. Aber die Staats- und

Regierungschefs der europäischen Länder – Starmer, Macron, Merz – werden auf die Methoden eines Donald Trump zurückgreifen müssen, wenn sie ihre Erklärungen konkretisieren und Eingreiftruppen auf die Straße schicken wollen, um Menschen (Flüchtlinge, Migranten,

Staatsbürger) zu misshandeln, zu entführen und verschwinden zu lassen.

Die von der AfD geforderten „millionenfachen Abschiebungen“ würden eine regelrechte faschistische Massenbewegung erfordern. Solche Parolen waren deutlich zu sehen bei der Gründungsveranstaltung der „Generation Deutschland“ am 29. November. Deren Kader und Programm unterscheiden sich kaum von denen der „Junge Alternative für Deutschland“.

Es bedarf einer Wiederaufnahme des Klassenkampfes, der sich ausdrücklich gegen Angriffe auf Einwanderer richtet, um zu Spaltungen innerhalb der AfD-Wählerschaft zu führen (und die Gewinne der AfD-Frontgruppen bei den Betriebsratswahlen im nächsten Frühjahr zu blockieren). Dies erfordert jedoch einen von revolutionären Marxisten angeführten Kampf gegen die kriegsbefürwortende Gewerkschaftsbürokratie, die es der AfD ermöglicht, sich als Verfechterin des „Friedens“ zu präsentieren.

Es war richtig in Gießen am 29. November zu versuchen, die Gründungsveranstaltung von „Generation Deutschland“ mit seinem Netzwerk von Verbindungen zu faschistischen Banden zu verhindern. Aber diese Aufgabe erforderte eine noch größere Zahl organisierter Arbeiter.

Jeder erfolgreiche Abwehrkampf gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen sozialen Abbaus unter dem Deckmantel des Krieges gegen Russland muss von der Erkenntnis ausgehen, dass die hiesige Arbeiterklasse multinational und multiethnisch ist. Ein erfolgreicher Kampf um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum oder Gesundheitsversorgung und gegen den Kriegskurs ist unmöglich, ohne gleichzeitig den Schutz von Flüchtlingen und Migranten aufzugreifen. **Arbeiterverteidigung der Immigranten gegen rassistische Angriffe und Massenabschiebungen organisieren! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! ■**

Schulstreik...

fortgesetzt von Seite 32

Regierungsparteien von der faschistoiden AfD inspirieren, um ihre rassistische, militaristische Agenda durchzusetzen. Der Grund, den die SPD 2020 für ihre Ablehnung des Antrags der AfD anführte, war der Mangel an Infrastruktur und Auszubildenden. Auch jetzt ist die „freiwillige“ Wehrpflicht eine Übergangslösung bis alles bereit ist, aber die Entscheidung der Bourgeoisie, für den Krieg zu mobilisieren, ist gefallen.

Bundeswehr-Liegenschaften, die zuvor für zivile Zwecke umgebaut wurden, müssen nun wieder zu Militärgeländen umfunktioniert werden. Immobilienunternehmen konkurrieren darum, zuvor geschlossene Kasernen wieder funktionsfähig zu machen und neue zu bauen. Es müssen Musterungskapazitäten aufgebaut und Personal geschult werden, um mehr als 300 000 junge Männer (und einige Tausend Frauen) pro Jahrgang zu mustern. Und vielleicht am wichtigsten ist es, die Bevölkerung auf den beabsichtigten Krieg vorzubereiten, damit sie Einschnitte in ihre Lebensbedingungen und Lebensunterhalt akzeptiert, und dass sie oder ihre Kinder an die Front geschickt werden.

Der nächste Krieg wird ganz anders aussehen als der 20-jährige Einsatz von etwa 90 000 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, von denen ungefähr 60 starben (während sie mindestens mehrere Hundert Afghanen töteten). Im Falle eines direkten Krieges mit Russland schätzt Generaloberstabsarzt Ralf Hoffmann rund 1000 verwundete Soldaten pro Tag (*Die Zeit*, 22. September 2025). Tausend Schwerverletzte täglich? Wie ein aufmerksamer Leser bemerkte, bei solchen Opferzahlen, „das nenne ich Vorbereitung für

einen Bundeswehreinsatz in der Ukraine“. Und die Toten? Bei dem üblichen Verhältnis von Verwundeten zu Gefallenen im Krieg von 4:1 würde dies 250 toten deutschen Soldaten täglich entsprechen. Kanonenfutter?

Aber dies wird noch unpopulärer werden, als es ohnehin schon ist. In einer Meinungsumfrage des MDR (17. Dezember) hielten 82 % der 15- bis 29-Jährigen die Ablehnung der Wehrpflicht für „gerechtfertigt“. Dies dürfte umso mehr für das Drittel der jungen Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund gelten, die mit rassistischer Ausgrenzung konfrontiert sind.

Unterdessen würden laut einer RND-Umfrage (3. August) 59 % aller Altersgruppen im Falle eines Angriffs auf Deutschland „wahrscheinlich nicht“ oder „auf keinen Fall“ zu den Waffen greifen. Nur 16 % wären bereit, die BRD zu verteidigen. Im Vergleich, einer internationalen Gallup-Umfrage von 2024 zufolge, behaupten 41 % der US-Amerikaner, sie wären persönlich kampfbereit.

Bundeswehr raus aus den Schulen

Bei derartiger Ablehnung wird es den Machthabern schwerfallen, die Bevölkerung für den Krieg zu disziplinieren. Laut dem neuen Gesetz soll „der neue Wehrdienst durch eine deutlich gesteigerte Attraktivität, Wertschätzung und einen sinnvollen, anspruchsvollen Dienst die Bereitschaft zum Wehrdienst dauerhaft und signifikant steigern“. Dafür braucht man viel Propaganda, und es muss schon in jungen Jahren damit begonnen werden.

Das tun sie auch. Die ZDF-Kindersendung „logo“ hat zum Beispiel einen Beitrag zum Thema Wehrpflicht, das Kindern im Rahmen ihres Politikunterrichts gezeigt wird. Es wird vorausgesetzt, dass Deutschland in den Krieg zieht, und Jugendliche werden gefragt, wie alle dazu beitragen können. In diesem grotesken Video beziehen Teenager Stellung für oder gegen die Wehrpflicht. Gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, ihr Land zu verteidigen, eine Waffe in die Hand zu nehmen und jemanden zu töten, antwortete eine 14-jährige: „Ich persönlich könnte das nicht über das Herz bringen, unschuldige Leute zu töten, nur weil die Politiker sagen, ja, das sind unsere Feinde, die Leute müsst ihr jetzt umbringen.“

Am Ende des Videos werden die Teenager zu einem „Kompromiss“ gedrängt: es sollte eine Dienstpflicht geben, aber diejenigen, die nicht für Deutschland töten oder sterben wollen, können andere Aufgaben im Militär übernehmen.

Darüber hinaus kommen Jugendoffiziere regelmäßig in die Schulen, um Vorträge zu halten, die in Wirklichkeit Kriegspropaganda sind. Die Bundeswehr hat Rekrutierungsstände in den Schulen und auf Berufsmessen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bekräftigt, dass die Bildung in den Händen von pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften liegt und nicht in denen von Bundeswehr-Rekrutierern oder Jugendoffizieren. Und laut GEW kann keine Lehrkraft und kein Schüler zur Teilnahme an einer Veranstaltung mit der Bundeswehr gezwungen werden. Die Realität sieht jedoch anders aus. In Bayern sind Schulen und Hochschulen seit 2024 zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verpflichtet.

Die GEW plädiert dafür, „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurück[zu]drängen“. Sie „lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie“. Sie „ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf“. Jetzt kann und muss sie viel mehr tun gegen die wachsende Militarisierung des Schulwesens. Weil Besuche der Bundeswehr in den Schulen gesetzlich nur auf Einladung stattfinden dürfen, sollte die GEW (in Zusammenarbeit mit Schülern und Studenten) solche Einmischung des Militärs strikt ablehnen, sogar mit Demonstrationen und Schulstreiks. Wenn die Schulver-

Besucht die Liga für die Vierte Internationale/ Internationalistische Gruppe im Internet

<https://www.internationalist.org>

auf Deutsch <https://www.internationalist.org/indexdeutsch.html>

Auf unserer Website verfügbar:

- Gründungserklärung der Internationalistischen Gruppe
- Declaration of the League for the Fourth International
- Artikel von *Permanente Revolution*
- Artikel von *The Internationalist*
- Artikel von *Revolution (Jugendpresse)*
- Artikel von *Revolución Permanente*
- Artikel von *Vanguardia Operária*
- Artikel von *L'Internazionalista*
- Artikel von *L'Internazionaliste*
- Artikel von *Marxism & Education*
- *Marxism & Women's Liberation*
- Publikationen und Dokumente der LVI, Marxistische Lektüren und mehr





Schulstreik gegen Wehrdienst, Köln, 5. Dezember 2025.

waltung sie trotzdem einlädt, dann sollten Wehrdienstgegner eingeladen werden, um ihnen entgegenzutreten.

Die Lehrgewerkschaft muss auch Schüler verteidigen, die wegen ihres Widerstands gegen die Wehrpflicht sanktioniert werden, mit möglicherweise lebensverändernden Repressionen.

- In Leipzig haben Schüler des Humboldt-Gymnasiums im Rahmen der Kampagne „Kein Werben fürs Sterben“ im vergangenen Jahr einen „Die-In“-Protest gegen eine Veranstaltung der Bundeswehr in ihrer Schule veranstaltet, woraufhin zwei Schülern ein Schulverweis angedroht wurde (der später aufgrund einer Protestpetition zurückgezogen wurde).

- In Gotha erhielten zwei Schüler der Staatlichen Fachschule für Bau, Wirtschaft und Verkehr sechs Tage dauernde Schulverweise als Strafe für einen Protest gegen einen Rekrutierungsstand der Bundeswehr, bei dem sie den Stand mit rosa Luftballons umzingelten und ein Transparent mit der Aufschrift „Bildung statt Bomben“ hochhielten.

- In Freiburg wurde ein 19-Jähriger im Dezember wegen „Beleidigung“ eines Jugendoffiziers mit zwei Instagram-Memes nach einer Bundeswehr-Veranstaltung an seiner Schule zu 15 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Das sind nur einige wenige Fälle von Repressionen gegen Antikriegsaktivisten an Schulen durch den deutschen Staat und die Schulleitungen, die die Interessen dieses Staates verteidigen.

Darüber hinaus sollte es eine aktive Unterstützung der Bildungsgewerkschaft für den nächsten Schulstreik geben, der für den 5. März geplant ist. Am 5. Dezember riefen GEW-Mitglieder an verschiedenen Orten (z. B., Hessen) zur Solidarität mit dem Schülerstreik auf. Diesmal sollten Lehrkräfte in der gesamten BRD ihre Unterstützung bekunden. Auch sollte versucht werden, den Streik auszuweiten, zumal die Gewerkschaftsjugend von ver.di und IG Metall sich gegen die Wehrpflicht ausgesprochen hat. Und der Kampf gegen die Militarisierung soll zusammen mit Tarifikämpfen im öffentlichen Dienst und Protesten gegen die Aushöhlung sozialer Programme als Konsequenz der Aufrüstung geführt werden.

Arbeitermobilisierung gegen den imperialistischen Kriegskurs

So mutig und erfrischend die Proteste gegen die Wehrpflicht auch sind, statt kollektiven Widerstand gegen den imperialistischen Kriegsdrang zu leisten – der Grund für die Wiedereinführung der Wehrpflicht –, sind sie fast alle von demokratischen Illusionen („Wehrpflicht, nein danke!“¹) und Appellen an die individuelle Freiheit („Wehrpflicht: ohne uns!“², „Nicht meine Pflicht“³ usw.) geprägt. Aber die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen dagegen ist und viele sich weigern, Kriegsdienst

¹ <https://ka.die-linke-bw.de/start/wehrpflicht-nein-danke/>

² SDAJ Artikel in *Unsere Zeit*: <https://www.unsere-zeit.de/wehrpflicht-ohne-uns-2-4802629/>

³ Social-Media-Kampagne der ver.di Jugend.

zu leisten, wird die Zwangsrekrutierung nicht aufhalten. Selbst Wilhelm Liebknechts Aufruf von 1887 „Kein Mann und kein Pfennig für den Militarismus“ bedeutet, ohne ein Programm für den revolutionären Kampf gegen die Kriegsziele der Imperialisten, lediglich „Nein“ zu sagen.

Ein Großteil der Linken setzt seine Hoffnungen auf die Linkspartei als vermeintliche Kriegsgegner. Die Linke stimmte zwar im Bundestag gegen die Wehrpflicht, und einige Kreisverbände der Partei unterstützten den Schulstreik am 5. Dezember. Ihre Jugendgruppen – Die Linke.SDS und Linksjugend solid – waren sehr stark an der Organisation von Schülerprotesten gegen die Wehrpflicht beteiligt. Aber die Linkspartei stellt keine Opposition zur Militarisierung dar. In einer Debatte in der ARD Das Erste zwischen Heidi Reichinnek und Tim Klüssendorf (SPD) meinte Die Linke Sprecherin, dass „niemand zum Dienst an der Waffe gezwungen werden kann. Punkt“. Das glaubt sie wirklich?! Reichinnek fährt fort: „Man muss darüber diskutieren, wie die Bundeswehr als Arbeitgeberin attraktiv werden kann.“

Die Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung der Linkspartei sind vor allem besorgt, Beweise ihrer „Regierungstüchtigkeit“ zu erbringen. So hat ihre Bundestagsfraktion in Mai 2025 mit ihren Stimmen Friedrich Merz den Weg ins Kanzleramt verholfen. So hat sie jüngst im Dezember mit ihrer Stimmenthaltung die „Rentenreform“ der regierenden Koalition ermöglicht. Und am Anfang dieses Jahres stimmte die Linkspartei in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern für das Schuldenpaket, das weitere Investitionen in Militär und Infrastruktur vorsieht. Trotz einiger verbaler Ausflüchte steht die Parteilinie der Linken ganz im Einklang mit der Kriegskampagne des NATO-Imperialismus, insbesondere indem sie Russland für den Krieg in der Ukraine beschuldigt.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei, gibt vor, eine marxistische Linie zu verfolgen. So schreibt sie: „Militarismus und Krieg sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden – und somit ist der konsequente Kampf gegen Militarismus und Krieg auch ein unmittelbar revolutionärer und antikapitalistischer Kampf.“⁴ Damit meinen sie aber *nicht*, dass eine klassenkämpferische Opposition gegen den Militärdienst organisiert werden soll, sondern im Gegenteil, dass der Kampf gegen die Wehrpflicht an sich schon antikapitalistisch sei, selbst wenn er auf der Grundlage eines liberalen Programms („ohne uns“) und durch volksfrontartige Bündnisse geführt werde – z. B. mit bürgerlichen Gruppen wie den Jungen Liberalen.

Während sie Lippenbekenntnisse zur Revolution abgibt, schließt sich die SDAJ der pazifistischen Antikriegsbewegung an und fordert „Friedensverträge und Abrüstung statt weiterer Kriegsvorbereitung, inkl. Wehrpflicht“. Sie fordert: „Deutschland

⁴ <https://www.sda-j.org/2025/04/23/keinen-menschen-keinen-cent-der-bundeswehr-die-wehrpflicht-ihr-kontext-und-unsere-rolle/>

raus aus NATO und EU! NATO raus aus Deutschland! Nein zu einer EU-Armee!“ Als ob eine eigenständige deutsche Bundeswehr irgendwie den Interessen der Werktätigen entspricht! Ihr Programm läuft darauf hinaus, auf eine andere Politik des deutschen imperialistischen Staates

zu drängen und pazifistische Illusionen zu fördern. So erklärt die SDAJ, dass sie sich 2011 gegen die Aussetzung der Wehrpflicht positionierte, und sich heute gegen ihre Wiedereinführung ausspricht. Überlege mal.

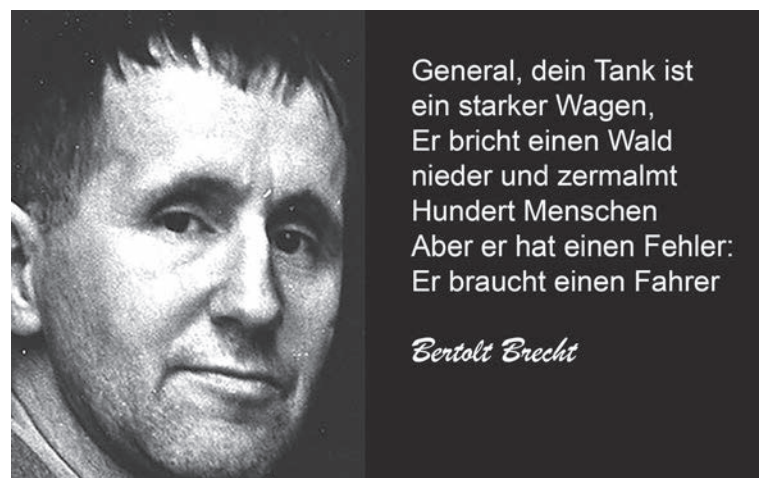
Im Gegensatz dazu schrieben wir auf dem Höhepunkt des Irakkrieges: „Proletarische Revolutionäre lehnen alle Mittel ab, mit denen die Imperialisten Arbeitskräfte für ihre Kriegsmaschinerie rekrutieren, sei es durch Wehrpflicht oder durch ‚Freiwillige‘, und kämpfen dagegen.“⁵ Die Kriegsdienstverweigerung, wie sie die SDAJ fordert, akzeptiert die Wehrpflicht und sucht lediglich einen individuellen Ausweg. Wie die US-Sektion der Liga für die Vierte Internationale 2005 schrieb: „Pazifisten mögen die Illusion der ‚Abrüstung‘ der Bourgeoisie propagieren, aber Revolutionäre versuchen durch Massenproteste und Aktionen der Arbeiterklasse, die Fähigkeit der Bourgeoisie zu behindern, eine Armee für imperialistische Invasionen und koloniale Besetzungen aufzubauen.“⁶

An vorderster Front, um Jugendliche zur Verweigerung zu bewegen, steht die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK), die Beratung darüber anbietet, wie man einen Antrag auf Verweigerung stellt. Aber die Wehrpflicht kann nicht umgangen werden: Selbst nach einem erfolgreichen Antrag muss ein Kriegsdienstverweigerer eine Ersatzleistung in der Bundeswehr erbringen und somit weiterhin seinen Beitrag zur Kriegsmaschinerie leisten. Jugendliche, die zur Wehrdienstverweigerung greifen, wollen sicherlich die Militarisierung ablehnen. Aber eine Bewegung gegen die Wehrpflicht auf dieser Grundlage zu organisieren, hilft der Kriegsmaschine, die Zwangsrekrutierung verdaulicher zu machen.

Wir Trotzlisten unterstützen natürlich das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Aber Verweigerung ist ein kleinbürgerliches Programm, um sich individuell dem Kriegsgräuel zu entziehen. Viele Jugendliche aus der Arbeiterklasse werden nicht im Stande sein, diese Ausstiegsmöglichkeit zu benutzen. Auf jeden Fall sollten klassenbewusste Jugendliche den Militärdienst absolvieren, unter anderem, um sich den Umgang mit Waffen anzueignen und unter den jungen „Arbeitern in Uniform“ politische Aufklärungsarbeit über ihre Klasseninteressen und demokratischen Rechte

⁵ Siehe „Not One Person, Not One Cent for the Imperialist War Machine!“, *The Internationalist* Nr. 26, Juli 2007.

⁶ Siehe *The Internationalist* Nr. 21, Sommer 2005 (<http://www.internationalist.org/Internationalist21web.pdf>).



General, dein Tank ist ein starker Wagen,
Er bricht einen Wald nieder und zermalm
Hundert Menschen
Aber er hat einen Fehler:
Er braucht einen Fahrer

Bertolt Brecht

zu leisten. Sonst wird die größer gewordene Bundeswehr noch mehr zum Rekrutierungsfeld für faschistische Kräfte werden als sie es jetzt schon ist.

Manche mögen die Illusion hegen, dass die Wehrpflicht noch nicht in Kraft getreten ist, da der Militärdienst zunächst „freiwillig“ sein soll. Das ist falsch, die Entscheidung ist gefallen. Aber die Tatsache, dass der Bundestag eine zusätzliche Sitzung einberufen muss, um sie verbindlich zu machen, verschafft Zeit, sich dagegen zu organisieren. Und auf jeden Fall werden revolutionäre Marxisten weiterhin gegen den imperialistischen Militarismus kämpfen, der auf einen thermonuklearen Dritten Weltkrieg zusteuert, in dem jeder zum „Raketenfutter“ wird. Der Schlüssel liegt darin, eine revolutionäre Führung auf der Grundlage eines Programms des internationalistischen Klassenkampfs zu schmieden.

Also nochmals: um die Wehrpflicht wirksam zu bekämpfen, muss man gegen den Krieg kämpfen, den sie mit „Kanonenfutter“ versorgen soll. Die Internationalistische Gruppe betont die Notwendigkeit der Mobilisierung der Macht der Arbeiterklasse, um den NATO-imperialistischen Stellvertreterkrieg gegen Russland zum Scheitern zu bringen. Für Arbeiteraktionen, um Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel zu stoppen! Für politische Streiks gegen den Krieg! Der einzige Weg, die Wehrpflicht zu beenden, besteht darin, den imperialistischen Kriegswahn ein für alle Mal durch eine Arbeiterrevolution zu zerschlagen. Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A. Email: internationalistgroup@msn.com
Website: www.internationalist.org

LVI in Australien

E-mail: lfi_aus@proton.me

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; Email: lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg;
Email: permanenterevolution@posteo.de

Nucleo Internacionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, C.P. N. 78, Ufficio Postale San Sisto, 06132 Perugia (PG), Italien; Email: it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; Email: grupointernacionalista@yahoo.com.mx

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.;
New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711;
New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894;
Los Angeles (323) 984-8590
Email: internationalistgroup@msn.com

Schüler, Studenten, Werktätige: Für gemeinsamen Kampf gegen „Wehrdienst“ und Militarisierung

Schulstreik: Kein „Kanonenfutter“ für den deutschen Imperialismus!



Screenshots aus einem Video der Berliner Zeitung

Schülerinnen, Schüler und Studenten, und auch Eltern, demonstrieren gegen die Einführung der Wehrpflicht, Berlin, 5. Dezember 2025.

Am Freitagnachmittag, den 5. Dezember, brodelte es vor dem U-Bahn-/S-Bahnhof Hallesches Tor in Berlin. Dreitausend oder mehr Schülerinnen und Schüler versammelten sich, um ihren Widerstand gegen das „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ zu bekunden, über das am selben Tag im Bundestag abgestimmt werden sollte. In ganz Deutschland gingen rund 55 000 Schüler und Studenten in 87 Städten auf die Straße, um gegen dieses Gesetz zu protestieren, das bei jungen Menschen und ihren Eltern fast überall auf Ablehnung stößt. Die Botschaft der Demonstrationen war klar: „Wir sind nicht Kanonenfutter für eure Krisen.“

Dennoch wurde das Gesetz von der regierenden „schwarz-roten“ Koalition kurzerhand verabschiedet: Fast alle CDU- und SPD-Abgeordneten stimmten dafür. Es ist das Kernstück der Militarisierung der Gesellschaft, die darauf abzielt, Deutschland bis 2030 „kriegsfähig“ zu machen. Die imperialistische Bourgeoisie will die Zahl der Soldaten in der Bundeswehr von 180 000 auf 260 000 erhöhen, was einer Steigerung von fast 50 % entspricht. Mit der Reserve, soll die Gesamtzahl der Bundeswehrsoldaten bis 2030 auf 460 000 erhöht werden. Dies soll zunächst freiwillig erfolgen, wird aber zur Zwangsrekrutierung, wenn die Bundeswehr, wie absehbar, ihre Quote an freiwilligen Rekruten nicht erfüllt.

In den bürgerlichen Medien wird das Thema als individuelle Angelegenheit dargestellt: Wer nicht in die Kaserne will, darf sich weigern. Aber bei dieser „Wehrpflicht“ geht es um die Vorbereitung auf den Krieg im Osten: Wieder einmal bereiten sie sich darauf vor, deutsche Soldaten in die Ukraine zu schicken, wo die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg Völkermord begangen hat. Seit vier Jahren rüsten die NATO-Staaten das faschistisch verseuchte Heer der Marionettenregierung in Kiew bis an die Zähne auf. Da sie den imperialistischen Stellvertreterkrieg um die Ukraine verlieren, drängen sie auf

einen „Waffenstillstand“, um die innere Militarisierung zu eskalieren und EU-„Friedenstruppen“ an die Front zu schicken.

Um die Wehrpflicht wirksam zu bekämpfen, muss man gegen den Krieg kämpfen, den sie mit Einwegtruppen versorgen soll. Sie ist die Speerspitze des Programms, das die gesamte Gesellschaft auf den Krieg vorbereiten soll, von „patriotischer“ Erziehung über die Umstellung von Autofabriken auf Panzerproduktion bis hin zum Kahlschlag der Sozialleistungen. Sie geht Hand in Hand zusammen mit der Offensive gegen Immigranten und der brutalen Repression von Protesten gegen den imperialistisch-zionistischen Völkermord in Gaza. Und keine Frage: ein direkter Krieg mit Russland wäre der Anfang des Dritten Weltkriegs, mit den ab 2027 in Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen als Auslöser für den Atomkrieg.

Die Wehrpflicht ist nicht nur ein Problem für Jugendliche, sondern betrifft alle Werktätigen. Sich zu weigern, „Kanonenfutter“ zu werden, verlangt, die Kanonen zum Schweigen zu bringen. Dennoch fordern die meisten Linken und Proteste nur die individuelle Verweigerung, weil sie die Frage des Krieges vermeiden wollen. Sollen die Kriegsvorbereitungen also „ohne uns“ voranschreiten? Auf keinen Fall. Gerade wegen der mutigen Kampfbereitschaft der Jugend gegen diese rufen wir Trotzlisten dazu auf, die Schulstreiks gegen den Wehrdienst in Arbeiterstreiks und allgemeinen Klassenkampf gegen Militarisierung und imperialistischen Krieg auszuweiten.

Junge, und ältere, Menschen nicht bereit für Deutschland zu sterben

In seiner ersten Regierungserklärung verlangte Bundeskanzler Friedrich Merz, Deutschland solle „die stärkste konventionelle Armee Europas“ erhalten. Dafür brauchen sie nicht nur mehr Panzer, sondern müssen auch die marode Infrastruktur (Eisenbahnstrecken, Autobahnbrücken) für

deren Transport sanieren, Militärärzte zur Versorgung der Verwundeten ausbilden und vor allem mehr Soldaten rekrutieren, die sie in die Fänge der imperialistischen Kriegsmaschine schicken können. Nachdem der Bundestag am 5. Dezember dem Wehrdienstgesetz zugestimmt hatte, folgte der Bundesrat am 18. Dezember.

Ab dem 1. Januar 2026 müssen alle Männer im Alter von 18 Jahren (für Frauen vorerst optional) einen Fragebogen zur Beurteilung der Eignung und Rekrutierbarkeit für die Bundeswehr ausfüllen und sich ab Juli 2027 zur Musterung vorstellen. Die Rekrutierung soll zunächst freiwillig erfolgen. Die Bundeswehr soll mit einem Monatslohn von 2.600 € (dem aktuellen Bruttogehalt eines Pflegehelfers) und einem Zuschuss für den Erwerb eines Führerscheins attraktiver gemacht werden. Angriffe auf das Sozialsystem und der Abbau von Arbeitsplätzen werden zu einer verstärkten „Armutsrekrutierung“ führen. Wenn sich bis 2027 zu wenig Freiwillige melden, wird der Bundestag die Bedarfswehrrpflicht einsetzen.

Obwohl sie sich selbst als einzige Friedenspartei bezeichnet, hat die Alternative für Deutschland 2020 (also vor Beginn des Stellvertreterkrieges in der Ukraine) im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Wehrpflicht vorgelegt, in dem sie die Notwendigkeit einer Aufstockung der Bundeswehr um 30 000 Soldaten begründete. Dieser wurde von den anderen Bundesparteien abgelehnt. Fünf Jahre später haben sich SPD und CDU/CSU in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass eine Erhöhung der Soldatenzahl notwendig ist, allerdings in viel größerem Umfang. Obwohl die AfD am 5. Dezember gegen das Wehrpflichtgesetz stimmte, gibt es inzwischen interne Auseinandersetzungen darüber.

Trotz ihre Friedenstöne beim Ukraine-Krieg, wo sie abgeneigt war, der antirussischen Marschmusik aus Washington unter dem Kalten Krieger Joe Biden zu gehorchen, ist die AfD immer für die Stärkung des deutschen Imperialismus. Und wie auch bei der antimuslimischen Kampagne lassen sich die

weiter auf Seite 30



Yann Bombeke / DBWV

Sozialdemokratischer Kriegsminister Boris Pistorius beim Besuch der Infanterieschule des Heeres, Hammelburg, Mai 2023.